

SCHUMPETER-ARCHIV

www.  .info

herausgeben von Ulrich Hedtke

Josef Alois Schumpeter
Politische Memoranden 1916-1918

Herausgegeben von Ulrich Hedtke, Berlin

Edition vom 30. Juli 2004

Alle Rechte vorbehalten

Copyright © 2003 Ulrich Hedtke

Inhalt

Danksagung

Ulrich Hedtke: Zum Forschungsstand in Sachen Schumpeter-Memoranden

Joseph Schumpeter: Politisches Memorandum vom 1. Dezember 1916

[Erstveröffentlichung des Gesamtmemorandums]

Joseph Schumpeter: Politisches Memorandum vom 23. Juni 1917

Die Ursachen des Misserfolges der Regierung und die politische Lage

[Erstveröffentlichung]

Joseph Schumpeter: Politisches Memorandum, Juli/August 1917

Die Aufgaben und die Chancen des österreichischen Cabinetts

[Erstveröffentlichung]

Joseph Schumpeter: Politisches Memorandum, Johannisbad August 1917

[Nachveröffentlichung nach dem Archivexemplar]

Joseph Schumpeter: Politisches Memorandum, Weihnachten 1917

[Erstveröffentlichung]

Joseph Schumpeter: Politisches Memorandum [Fragment, Frühjahr 1918]

[Erstveröffentlichung]

Archivliste

Die Quellen für die Edition entnehmen Sie bitte der Tabelle S. 7

Danksagung

Diese umfangreiche Edition ist nur dadurch möglich geworden, dass eine Reihe tschechischer Historiker und Archivare bei den Forschungen nach Schumpeter-Memoranden kompetent und initiativreich mitgewirkt haben. Eines der hier publizierten Memoranden hat Prof. Zdeněk Jindra aufgespürt. Dr. Eduard Mikušek hat in seinem Archiv das Typoskript der hier als Memorandum Nr. 8 bezeichneten Denkschrift entdeckt und wichtige Hinweise gegeben. Ihm, Frau Dr. Croy von der tschechischen Akademie der Wissenschaften, Direktor Dr. Václav Babička und Herrn Magister Jan Kahuda vom Zentralen Staatsarchiv Prag wie Herrn Direktor Bořivoj Indra vom Staatlichen Regionalarchiv Prag, möchte ich an dieser Stelle herzlich für ihre Unterstützung des Projektes danken.

Zum Forschungsstand in Sachen Schumpeter-Memoranden

„Ich selbst“ schrieb Schumpeter am 23. Oktober 1918 an Zdenko Lobkowitz „wurde im August zum Allerhöchsten Herrn berufen. Damals hielt Er meine Vorschläge für zu weitgehend, heute geht Er weit über sie hinaus.“

Auch diese Begegnung mit Karl I. wird Schumpeter davon überzeugt haben, dass die von ihm bisher favorisierte konservative Reformpolitik in dieser Form nunmehr chancenlos geworden ist. So gesehen markiert diese bisher in der Schumpeter-Forschung unbekannte Audienz ein Moment jener Wende, die den Gelehrten schließlich im März 1919 als Vertrauensmann der Christlich Sozialen Partei in das Kabinett Renner führte. Es wäre jedoch falsch, jenes realpolitische Umdenken für den Beginn seines initiativreichen politischen Wirkens überhaupt zu halten. Das begann keineswegs erst mit seiner Mitarbeit in der deutschen Sozialisierungskommission und dem anschließenden deutschösterreichischen Ministeramt. Was sich schon mit der Veröffentlichung der ersten politischen Denkschriften durch Seidl und Stolper abzeichnete¹, ist im Lichte des nunmehr bekannt zu machenden (informellen) politischen Schrifttums ganz offensichtlich: spätestens im Frühjahr 1916 beginnt er in der politischen Werkstatt von Heinrich Lammasch mitzuarbeiten und widmet in Kooperation mit dem namhaften Völkerrechtler, später auch mit anderen Partnern und Bezugspersonen, einen überaus großen Teil seiner Arbeitskraft politischen Anliegen. Schumpeter führt auf seine Art Krieg gegen den Krieg. Cisleithanien möge sich gegen die Intentionen des deutschen Oberkommandos mit der Entente umgehend auf einen Frieden verständigen und gleichzeitig tiefgreifende Verfassungsreformen zur föderativen Umgestaltung des Landes einleiten. Besonders an Hand seiner Parteinahme für die Rechte des tschechischen Volkes wird deutlich, dass es ihm um die Konstituierung Cisleithaniens als einer politischen Konföderation seiner tragenden Nationen ging. Angesichts des gesamteuropäischen Nationalismus könne nur der Interessenausgleich zwischen den Völkern der Monarchie den Vielvölkerstaat bewahren.

¹ Siehe: Joseph A. Schumpeter: Aufsätze zur Wirtschaftspolitik, herausgegeben und eingeleitet von W. F. Stolper und Ch. Seidl, Tübingen 1985

Mit Blick auf die führenden zeitgenössischen Geistes- und Sozialwissenschaftler ist damit auch zu notieren: Schumpeters Position ist nicht nur der nationalistischen Kriegsideologie strikt entgegengesetzt, wie wir sie beispielsweise aus Werner Sombarts Schrift „Händler und Helden“ kennen, auch zum eher nationalistischen Machtstaatsdenken Max Webers liegt Schumpeter politisch quer. Er ist einer der wenigen prominenten Sozialwissenschaftler, die dem Weltkrieg antinationalistisch und pazifistisch entgegengetreten.²

Es ist hier nicht der Ort, um das mit den Denkschriften verbundene politische Projekt näher zu erörtern, die Akteure und Konturen des oben als Werkstatt bezeichneten politischen Verbundes um Heinrich Lammasch vorzustellen und zu prüfen, in welchem Verhältnis dabei das literarische zu dem praktisch-politischen Engagement stand. Das muss einem nächsten Aufsatz vorbehalten bleiben, mit dem ich den jetzigen Forschungsstand zu den Briefen mit dem zu den Memoranden verknüpfen werde. Da wäre dann auch zu verdeutlichen, dass Schumpeters Pazifismus die Kehrseite seiner fundierenden Vorstellung über den zeitgenössischen Imperialismus als einem Atavismus ist; ein durchaus wichtiger Aspekt, hat er diese Vorstellung später doch unmissverständlich revidiert.

Nachstehend soll es um den jüngsten Forschungsstand zum Korpus der politischen Denkschriften gehen. Da zwei der neuen Manuskripte leider nur unvollständig und ohne Autorenunterschrift vorliegen, werde ich abschließend begründen, warum ich in beiden Fällen für eine Autorschaft Schumpeter votiere.

Die *Tabelle zum Forschungsstand und der Quellenlage* vermittelt einen Gesamtüberblick. Im Anschluss an bereits vorliegende Editionen verwende ich zur Notierung des Bestandes eine chronologische Numerierung. Da nunmehr auch die ersten Kopien resp. Dubletten bekannt sind, muss auch dies bei gleichzeitiger Wahl von Bezugsmanuskripten notiert werden. Dazu kommt das Bedürfnis, den fragmentarischen Charakter eines Manuskriptes zu kennzeichnen. Insoweit Memoranden schon komplett publiziert worden sind, habe ich deren Archivquellen als Bezugsmanuskript gewählt. Ist es einerseits der Nachteil der Ordnungsnumerierung, sich mit jeder Entdeckung zu verschieben, so bietet sie doch den Vorteil der übersichtlichen Präsentation des

² Die politische Distanzierung Max Webers von Schumpeter, die 1919 klar zu erkennen ist, vor allem aber die Feindschaft, mit der Werner Sombart Schumpeter bis in die dreißiger Jahre verfolgt hat, findet – selbst, wenn man die eigenwillige Persönlichkeit Schumpeters in Rechnung stellt – offensichtlich hier ihren tieferen Grund.

Forschungsstandes. Der mit dem Internet verbundene geringe Publikationsaufwand bringt es überdies mit sich, dass der genannte Nachteil kaum noch zählt. So kann diese Internet-Ausgabe der Memoranden die in der ersten Arbeitsfassung noch vorausgesetzte Datierung eines Briefes an Otto Harrach vom vermeintlich 25. Januar 1916 korrigieren. Dieses Datum, mit dem der Brief sowohl 1992 in *Politische Reden* wie 2000 in den *Briefen* veröffentlicht worden ist, korrigiere ich nach nochmaliger Überprüfung der Januar- und Februarbriefe der Jahre 1916 und 1917 hiermit um genau ein Jahr.

Wenn Schumpeter auch in einem Briefe an Lammasch davon gesprochen hat, er habe ihn schon 1915 mit „politischen Ergüssen“ behelligt, so bedeutet diese Richtigstellung des Briefdatums (die auch auf einen Brief vom vermeintlich 1. Februar 1916 zutrifft) jedoch: es besteht angesichts der Forschungslage augenblicklich kein Grund, für das Jahr 1915 die Existenz von uns bisher unbekannt gebliebene Memoranden anzunehmen.

TABELLE ZUM FORSCHUNGSSTAND UND DER QUELLENLAGE

Ordnungs- nummer	Forschungs- stand	Bemerkung zum Typoskript	Publikation und zugehöriger Archivstandort
1	Veröffentlicht: Seidl/Stolper 1985	Typoskript ohne Titel. Die erste Seite beginnt: "Der Weltkrieg tangiert die Monarchie..." Auf der abschließenden Seite 32 die eigenhändige Angabe: „Graz, Frühjahr 1916“ sowie die Unterschrift Schumpeters.	Erstveröffentlichung in: J. A. Schumpeter: Aufsätze zur Wirtschaftspolitik, herausgegeben von W. F. Stolper und Chr. Seidl, Tübingen 1985. Quelle: Nachlass Eisner Eisenhof, Wien.
1-Kopie1	Ermittelt: Hedtke	Wie in der Beschreibung zu Nr. 3	Quelle: Nachlass Otto Harrach, Kt. 866, Wien.
1-Kopie2	Ermittelt: Hedtke	Typoskript ohne Überschrift. Die erste Seite beginnt: "Der Weltkrieg tangiert die Monarchie..." Auf der abschließenden Seite 32 die eigenhändige Unterschrift Schumpeters. Abweichend von Nr. 3: keine Orts- und Datumsangabe.	Quelle: Nachlass Bedřich und Vojtěch Schönborn, Inv. Nr. 80, Kt.2, Prag.
2	Ermittelt: Hedtke	Typoskript ohne Überschrift. Die erste Seite beginnt mit den Worten: "Vertraulich Vor einigen Monaten...." Auf der abschließenden Seite 26 die eigenhändige Angabe: "Graz, 1. Dezember 1916" sowie die Unterschrift Schumpeters.	Erstveröffentlichung in <i>Schumpeter.info</i> nach der Quelle im Nachlass Otto Harrach, Kt. 866, Wien.
2-Kopie1 (Fragment)	Veröffentlicht: Seidl/Stolper 1985	Wie in der Beschreibung zu Nr. 4 Fragmentarisch: es fehlt die Seite 10.	J. A. Schumpeter: Aufsätze zur Wirtschaftspolitik, siehe oben. Quelle: Nachlass Eisner-Eisenhof, Wien
3	Veröffentlicht: Seidl/Stolper 1985	Typoskript mit der Überschrift „Die politische Lage und die Interessen der Monarchie“ Eigenhändig: "Graz im April 1917" und Unterschrift	J. A. Schumpeter: Aufsätze zur Wirtschaftspolitik, Hrsg. W. F. Stolper und Chr. Seidl, Tübingen 1985. Quelle: Nachlass Eisner-Eisenhof, Wien.
4	Ermittelt: Hedtke	Typoskript Die erste Seite mit der maschinenschriftlichen Angabe: „Graz, 23.VI.17.“ sowie der Überschrift: „Die Ursachen des Misserfolges der Regierung und die politische Lage“. Auf der abschließenden Seite 11 die eigenhändige Unterschrift Schumpeters.	Erstveröffentlichung in <i>Schumpeter.info</i> nach der Quelle im Nachlass Otto Harrach, Kt. 866, Wien
5 (Fragment)	Ermittelt:	Typoskript	Erstveröffentlichung in <i>Schumpeter.info</i>

	Hedtke	Die erste Seite mit der handschriftlichen Angabe nach der Quelle im Nachlass Bedřich und (wohl von Schumpeters Hand): „Graz Juli/ August 1917“. Maschinenschriftliche Überschrift: „Die Aufgaben und die Chancen des österreichischen Cabinetts“ Fragmentarisch: Das Typoskript bricht mit der Seite 20 ab.	nach der Quelle im Nachlass Bedřich und Vojtěch Schönborn. Inv. Nr. 83, Prag.
6	Veröffentlicht: Jindra 2001	Typoskript ohne Überschrift. Die erste Seite beginnt: "Es wäre zwecklos zu leugnen..." Offensichtlich von Schumpeter eigenhändig paginiert. Auf der abschließenden Seite 5 die eigenhändige Angabe: Johannsbath (Böhmen) Beigabe zum Brief Schumpeters an Jaroslav Goll vom 2. September 1917 und danach als „politischer Gruss“ an Goll gedacht.	Erstveröffentlichung in: Zdeněk Jindra, Schumpeters vermisstes Memorandum aus Böhmen... (tschechisch), in: Studie k moderním dějinám, Praha 2001. Nach der Quelle im Nachlass Jaroslav Goll, Prag. Unsere Nachveröffentlichung geschieht auf der Grundlage des Archivexemplars.
7	Ermittelt: Hedtke	Typoskript ohne Titel Die erste Seite beginnt: "Seit der Verfasser in seinem letzten Memorandum..." Auf der abschließenden Seite 36 die maschinenschriftliche Angabe: „Graz, Weihnachten 1917“ sowie die eigenhändige Unterschrift Schumpeters.	Erstveröffentlichung in <i>Schumpeter.info</i> nach der Quelle im Nachlass Otto Harrach, Kt. 866, Wien.
8 (Fragment)	Ermittelt: Hedtke Mikušek	Politisches Memorandum, [Frühjahr 1918] Die 2. Seite beginnt mit den Worten "bestimmtes Vorgehen zu beschließen..." [Graz, Frühjahr 1918] (Fragmentarisch: die 1. Seite sowie der Schluss fehlen)	Erstveröffentlichung in <i>Schumpeter.info</i> nach der Quelle im Nachlass Friedrich Lobkovic, Žitenice

Konnten Stolper und Seidl zwei vollständige und ein unvollständiges Memorandum publizieren, so können wir mit dieser Erstveröffentlichung von fünf und der Zweitveröffentlichung einer weiteren Denkschrift den bisher bekannten Bestand beachtlich erweitern. Insgesamt liegen der Forschung nun acht politische Memoranden Schumpeters vor. Dabei ergibt sich für die jüngst von Zdeněk Jindra entdeckte kleine politische Denkschrift, die Schumpeter einem Brief an den Prager Prof. Jaroslav Goll beigelegt hat und

die wir hier nach dem Archivoriginal als „Memorandum, Johannisbad, August 1917“ wiedergeben, eine gewisse Sonderstellung. Es ist der einzige Text, der wohl nicht ausdrücklich zu der Reihe von Denkschriften gehört, die Schumpeter seit Februar/März 1916 für Adressaten im Kreis um Heinrich Lammasch – und mindestens am Anfang in unmittelbarer Kooperation mit ihm – als „geeignete Denkschrift, um die sich eine Gruppe und aus der sich ein Programm entwickeln könnte“ erarbeitet hat.³

Den auch jetzt nur unvollständig vorliegenden beiden Memoranden (Nr. 5 und Nr. 8) fehlt mit den Schlusseiten auch die Unterschrift des Verfassers. (Wie aus dem Briefwechsel hervorgeht, hat Schumpeter zwar zunächst eine anonyme Verbreitung seiner Memoranden erwogen, sich aber dann entschlossen, seine Autorschaft zu offenbaren.) Warum kann für beide Texte davon ausgegangen werden, dass es sich um Denkschriften Schumpeters handelt?

Für Nr. 5 ist das wohl unmittelbar einsichtig. Das Typoskript trägt nicht nur die gewohnte Ortsangabe *Graz* (zudem wohl von Schumpeters Hand) sondern ordnet sich mit seinem expliziten Bezug auf das „erste Memorandum“ inhaltlich wie formell so eindeutig in den Kreis des uns Bekannten ein, dass es beinahe überflüssig erscheint, auf die weiteren stilistischen und inhaltlichen Argumente einzugehen, die für Schumpeter als Autor sprechen. Überdies ist zu notieren, dass Schumpeter Ferdinand Zdenko Lobkowicz am 25. August 1917 die Übersendung eines politischen Memorandums anzeigt, das sich mit den Ereignissen vom Juli auseinandersetzt. Hinsichtlich des erwähnten Bezuges auf ein erstes Memo müssen wir in der Tat voraussetzen, dass es sich dabei um das Memorandum vom März 1916 handelt. Denn mit Ausnahme der kleinen politischen Denkschrift, die einem Brief an den tschechischen Herrenhausabgeordneten und Prager Professor Jaroslav Gall beigelegt war, handelt es sich bei den uns bisher bekannten Memos immer um gleichsam programmatische Texte für einen relativ festen Personenkreis. Die einzelnen (zugleich jeweils in Kopien abschriftlich weitergereichten) Texte sind diachrone Glieder einer Denkschriftenfolge. Unser Autor hätte sie beispielsweise auch *Grazer Politische Denkschriften* nennen und im Untertitel von einer *unregelmäßig erscheinenden Folge* sprechen können. Hätte er die Typoskripte dieser Folge numeriert, wäre er meines Wissens

³ Vgl. Schumpeter an Lammasch, vom 21.2.1916. In: Stephan Verosta, Joseph Schumpeter gegen das Zollbündnis der Donaumonarchie mit Deutschland und gegen die Anschlußpolitik Otto Bauers, 1916-1919. In: Michael Neider, Festschrift für Christian Broda, Wien 1976, S. 389

bis zum Skript 7 gekommen. (Dabei war das erste Memorandum ursprünglich nicht für einen Personenkreis gedacht. Diese Funktion hat sich aber sehr schnell ergeben.) Dem Charakter der Memoranden als Glieder einer Memorandenfolge entspricht auch der wiederholte Bezug auf bereits vorliegende Texte. Mit Rücksicht darauf halte ich auch Nr. 8 unserer Liste für einen Text Schumpeters. Dies nicht allein wegen der allgemeinen Hinweise auf den „Kreis, für den diese Noten bestimmt sind“⁴ und der Erwähnung bereits emittierter Memoranden. Besonders der Passus, die Gründe dafür, die südslawische Frage zunächst provisorisch zu lösen, seien im „letzten Memorandum“ von ihm angedeutet worden, verweist explizit auf das von Schumpeter autorisierte Memo Nr. 7 von Weihnachten 1917.⁵ Grundsätzlich spricht die Architektur der politischen Schwerpunkte des Memo 8 wie auch deren Begründung für eine Autorschaft Schumpeters. Man vergleiche hierzu formell wie inhaltlich die vier politischen Schwerpunkte der Denkschrift Nr. 7 mit den entsprechenden Ausführungen im fraglichen Memorandum 8. In diese Richtung weisen auch Passagen, wie die zum Text in Nr. 7, S. 28 nahezu gleichlautende Beteuerung im Memo Nr. 8, S. 20, („kleine Konzessionen erbittern genau so wie grosse“). Nicht zuletzt spricht auch der politische Briefwechsel für diese Autorschaft. So entspricht die in Memo 8 eindringlich betonte Vorstellung, jetzt käme es auf die Bildung einer Gruppe von Gleichgesinnten an, die den Kern eines sowohl auf die Reform- wie die Alltagsfragen der Macht vorbereiteten Schattenkabinetts bilden müsste, genau den Gedanken, die er im März 1918 brieflich Lammasch mitteilt.⁶

Was nun die Datierung dieses Fragments betrifft, so geben uns die bisher bekannten politischen Briefe Schumpeters zwar gewisse Anhaltspunkte jedoch keinen zwingenden Bezug. Deshalb soll die Erwähnung des „jüngst“ zu verzeichnenden „tragisch-komische Zwischenfall des Trautenauer Kreisgerichtes“ im Memorandum unser Urteil leiten. Hierfür bildet der 7. Februar 1918 das früheste und der 31. Juli 1918 das späteste Bezugsdatum.

⁴ Vgl. Memorandum Nr. 8 (Fragment), S.8

⁵ Vgl. Memorandum Nr. 7, S. 28: „Das südslawische Gebiet wäre seiner Natur nach ein Torso, der erst in späterer Zukunft sich im Sinne trialistischer Gedanken entfalten und einstweilen den Südslawen nur das bieten sollte, was eben Cisleithanien bieten kann. Es dürfte überhaupt kein Nachteil sondern eher ein Vorteil jenes Programmes sein, dass es nicht mit dem Anspruch auftreten kann, eine »definitive« Lösung der Grundprobleme der Monarchie zu bieten, was gegenwärtig unmöglich ist.“

⁶ Vgl. hierzu Schumpeters Brief an Lammasch vom 11. 3. 1918. Schon am 27. 8. 1916 schrieb Schumpeter an Lammasch „Was nottut, ist zunächst die Bildung einer politischen Gruppe,...welche bereit und fähig ist die politische Verantwortung zu übernehmen oder doch, wenn das nicht möglich oder erwünscht ist, ihre Gesichtspunkte in ernstzunehmender Weise geltend zu machen und so Österreich einen Stützpunkt zu bieten.“ Zitiert nach der m.s.

Ministerpräsident Seidler hatte um den 7. Februar dem sudetendeutschen Nationalisten Karl Hermann Wolf die Einrichtung eines „reindeutschen“ Gerichtes in Trautenau prinzipiell zugesagt. Josef Redlich notiert unter diesem Datum in seinem Tagebuch: „Ich hörte um 10 Uhr im Parlamente, das bei den Tschechen große Aufregung herrsche: es sei gestern abend bekannt geworden, daß Seidler dem K. H. Wolf eine schriftliche und befristete Zusage, das deutsche Kreisgericht in Trautenau zu errichten, gemacht habe.“⁷ Erst am 31. Juli 1918 ist es unter Hussarek aber zur definitiven Verordnung dieser Einrichtung gekommen. Nun passen die Ereignisse vom Februar sehr genau zu der Intention, mit der das Memo den Vorfall aufgreift. Darüber hinaus gibt es in der politischen Korrespondenz einen gewissen Anhalt dafür, die Entstehungszeit des Memorandums einzugrenzen. Am 17. April 1918 sandte Schumpeter Zdenko Lobkowicz ein Memorandum (mit Kopie), für dessen freundliche Aufnahme er sich dann am 12. Juni bedankt hat. Da wir aus anderen Quellen wissen, dass Schumpeter am 16. 3. 1918 für einige Tage nach Wien gefahren ist und dann zwei Wochen in Kärnten weilte, wird das Memorandum wohl im März 1918 erarbeitet worden sein.

Da Schumpeter im schon erwähnten Brief vom 17. April 1918 an Zdenko Lobkowicz von einer Denkschrift spricht („erlaube ich mir, ein Memorandum über die Lage zu unterbreiten, dem ich... ein zweites Exemplar zu beliebigem Gebrauch beilege.“) und damit wohl das 8. Memo meint, liegt es – wie oben dargetan – nahe, dieses Memorandum auf den Zeitraum um den März 1918 zu datieren. Dabei will ich nicht verschweigen, dass sich angesichts der Charakterisierung dieses Memorandums als eines „über die Lage“ auch Zweifel an dieser Datierung begründen lassen. Orientiert das fragliche Memorandum doch sehr auf die Taktik eines Aktionskreises und dessen nächste Aufgaben. Es ist daher andererseits nicht auszuschließen, dass das Memorandum 8 auf Februar/März zu datieren wäre und uns noch ein unbekanntes Memorandum 9 erwartet. Darüber hinaus ist es durchaus möglich, dass Schumpeter sich, wie im Fall Goll, mit besonderen Memoranden an einzelne Persönlichkeiten gewandt hat. Vielleicht bergen die tschechischen und slowakischen Archive diesbezüglich noch so manche Überraschung.

Kopie des Briefes im Nachlass Heinrich Lammasch des Österreichischen Staatsarchives Wien, Lammasch E 1913:205.

⁷ Das politische Tagebuch Josef Redlichs. II. Band. Bearbeitet von Fritz Fellner. Graz-Köln 1954, S. 257.

Der politische Briefwechsel, mir liegt der mit Lammasch, Harrach, Eisner-Eisenhof und Zdenko Lobkowicz vor, gestattet auch die Bemerkung, dass mit dem hier veröffentlichten Bestand nunmehr alle diejenigen Denkschriften (wenn auch nicht immer komplett) vorliegen, auf die in den bisher bekannten Briefen direkt oder indirekt Bezug genommen wird. Relativ zum gegenwärtig bekannten Briefwechsel kann man daher davon ausgehen, dass wir jetzt alle oder beinahe alle politischen Memoranden Schumpeters kennen.

Joseph Alois Schumpeter
Politisches Memorandum vom 1. Dezember 1916

Vertraulich

Vor einigen Monaten hat der Autor der folgenden Ausführungen es versucht, in einem kurzen Memorandum die politische Situation der Monarchie und deren Chancen zu erörtern. Seither hat sich vieles im Innern wie im Felde verändert, neue Tatsachen haben neue Bedingungen geschaffen. Daher ist es vielleicht von Interesse, das Raisonement jenes Memorandums im Licht der gegenwärtigen Lage zu überblicken und dabei auch etwas weiter auszuführen und zu ergänzen.

So wenig wie das erwähnte Memorandum kann das vorliegende ein detailliertes Aktionsprogramm entwickeln oder die Probleme der Monarchie erschöpfend behandeln. Das könnte nur in viel weiter ausholenden Darlegungen geschehen. So wenig wie das erwähnte ist ferner das vorliegende Memorandum für die Öffentlichkeit bestimmt. Manches, was es enthält, würde vielmehr in einem weiteren Kreise nur verwirrend wirken und zu Missverständnissen Anlass geben, während es im gegenwärtigen Zeitpunkt gerade besonders wünschenswert ist, dass der politische Kurs der Monarchie allen Zweifeln entrückt sei. Ebenso wie das frühere Memorandum steht endlich auch das vorliegende auf dem Standpunkt des dynastischen Interesses, in welchem sich die Interessen aller Völker Österreichs vereinigen, und der Einhaltung aller bestehenden Verpflichtungen der Monarchie, die als unabänderliche Tatsachen gegeben sind und von denen alle Argumentation ausgehen muss.

I.

Es dürfte ziemlich sicher sein, dass der Weltkrieg sowohl die Grenzen der europäischen Grossstaaten, wie auch deren relative Machtstellung, im Wesentlichen unberührt lassen wird. Nur für die Monarchie ist schon in den Jahren unmittelbar vor dem Krieg, ganz besonders aber während des Krieges ein Moment hervorgetreten, welches ihre Machtstellung im Innersten zu affizieren droht: der enge Anschluss an das Deutsche Reich. Gegenüber jenen Bestrebungen, die diesen Anschluss zu einem dauernden und

unabänderlichen Zustand machen und in einem Zollbündnis, einer Militärkonvention und in Abmachungen über engstes politisches Zusammengehen in allen aussenpolitischen Fragen festlegen wollen, wurde in dem erwähnten Memorandum ausgeführt, dass eine solche Politik für die Monarchie in dem Verlust der vollen Selbständigkeit nach aussen resultieren müsse, dass »Anschluss« bei dem bestehenden Kräfteverhältnis nichts anderes als Abhängigkeit vom Deutschen Reiche bedeuten könne, und dass eine solche Politik der inneren Struktur der Monarchie widerstreite und deshalb zu inneren Schwierigkeiten führen werde, welche Stabilität und Sicherheit des Thrones, der Gesellschaft und überhaupt aller politischen und sozialen Verhältnisse gefährden.

Diese Abhängigkeit, die in so grellem Gegensatz zu einer glänzenden Vergangenheit stünde, würde auf zwei Momenten beruhen: Erstens würde die Monarchie dann von Deutschland wirtschaftlich erobert werden. Sie würde als das schwächere Wirtschaftsgebiet in dem stärkeren aufgehen, ein Teil desselben werden, dessen Existenz jeweils nach Belieben der in Berlin gesetzgebenden Kreise reguliert und gefährdet werden könnte. Das soll hier nicht nochmals nachgewiesen werden. Doch sei betont, dass sich daraus ergibt, wie bedenklich der immer wieder vertretene Standpunkt ist, dass wirtschaftliche Fragen einfach nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und ohne Rücksicht auf den Gang der allgemeinen Politik zu beantworten seien. Untrennbar ist vielmehr die Wirtschaftspolitik eines Staates mit der Gesamtpolitik liiert, und jede allgemein politische Richtung bedarf ihres wirtschaftlichen Komplements, wie jede wirtschaftliche Massregel ihre politischen Konsequenzen hat und nur als Element der gesamten Staatspolitik beurteilt werden kann. Zweitens würde die Monarchie, ihrer natürlichen Stützen nach Aussen und im Inneren beraubt, fortan keinen Schritt ohne Billigung, gleichsam Ermächtigung Berlins tun können, sie würde auf aktive politische Hilfe Preussens dauernd angewiesen sein: Denn durch einen – unabänderlich zu einem dauernden Zustand führenden – derartigen Anschluss an das Deutsche Reich werden der Monarchie viele ihrer Völker im Inneren und nach Aussen viele Freunde der Vergangenheit so entfremdet, dass das Deutsche Reich für sie zum einzigen Atout in einer im übrigen sehr schlechten Hand, und daher die Rücksicht auf seine Wünsche zum Um und Auf unserer Politik werden müsste.

Die wichtigsten Konsequenzen dieser Abhängigkeit im Einzelnen wären: Verlust der Möglichkeit einer selbständigen Balkanpolitik; ein prekäres Verhältnis zu Russland;

absolute Unsicherheit im Verhalten gegen Italien; dauernde Feindschaft mit den Westmächten; erzwungene Teilnahme an allen Unternehmungen und Wechselfällen deutscher Politik; Orientierung der inneren Politik nach reichsdeutschen Gesichtspunkten; ein Hinauswachsen Ungarn aus dem Rahmen der Monarchie.

Es sei nun gestattet, diese Anschauungen im Lichte der Ereignisse der letzten Monate nachzuprüfen und durch Ausführungen über die Frage zu ergänzen, welcher aussenpolitische Kurs der sozialen und nationalen Struktur der Monarchie und ihren ökonomischen Bedürfnissen am meisten entspreche. Doch muss eines vorausgeschickt werden: Weder das frühere noch das gegenwärtige Memorandum wird von einem Geiste der Feindseligkeit oder des Misstrauens gegen den Bundesgenossen der Monarchie getragen; die Notwendigkeit, an seiner Seite auszuharren, wird vollständig anerkannt; die politische Unzulässigkeit irgendeines Schwankens in dieser Beziehung ist sicher jedermann klar. Aber diese Einsicht, die uns alle erfüllt, hat nichts zu tun mit passiver, resignierter Hingabe; sie ist völlig kompatibel mit aktiver Vertretung eigener Interessen und politischer Absichten der Monarchie; sie enthebt endlich nicht der Pflicht, alle Chancen, Möglichkeiten und Gefahren im engsten Kreise und ohne Beunruhigung der Öffentlichkeit zu diskutieren: Denn so weit geht keine Bundespflicht, dass man überhaupt darauf verzichten müsste, sich zu fragen, wohin der Weg führt, den man gemeinsam zurücklegt. Bezeichnend genug ist es, dass schon das von mancher Seite wie Treubruch oder Treubruchsabsicht betrachtet wird: Gäbe es selbst gar kein anderes Symptom, es würde diese Stimmung schon eine ausreichende Bestätigung für den Ernst der im ersten Memorandum geäußerten Befürchtungen sein. Übrigens liegt Schweigen und Sichfügen nicht einmal im wahren Interesse unseres Bundesgenossen, wenigstens *a la longue*: Verschwiegene Interessengegensätze tauchen sicher einmal auf und sie werden um so ernster, je länger sie unterdrückt werden. Aktive Bundesgenossenschaft mit kräftiger Betonung des eigenen Interesses ist nicht nur das der Monarchie einzig Würdige, es ist auch das einzige Mittel gegen künftige schwere Krisen. Die Monarchie hat nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte und ebensogut wie der andere Partner hat auch sie das Recht, ihm, sich selbst und der Welt zu sagen, wie weit sie gehen will. Tut sie es nicht bald, so wird sie beim Friedensschluss als *quantité négligeable* betrachtet werden. Die Monarchie muss, soll und wird immer auf den Bundesgenossen Rücksicht nehmen, aber Rücksicht muss auch ihr werden. Bündnistreue

kann nicht die Aufgabe eigener Existenz, nicht ein Handeln gegen die eigenen Lebensinteressen bedeuten.

Die erste Tatsache, die festgestellt und erwogen werden muss, ist, dass alle die Gefahren, die schon vor sechs Monaten den politischen Horizont der Monarchie verdüsterten, erheblich gewachsen sind. Trotz der bewunderungswürdigen Leistungen der Armee und der günstigen Kriegslage ist die europäische Situation für die Monarchie ernster als sie damals war. Glückliche Umstände mögen jene Gefahren eliminieren, aber diese Möglichkeit entbindet nicht der Pflicht, sie klar zu sehen:

Man spricht allerdings nicht mehr so viel wie früher von einer Zollunion mit dem Deutschen Reich, so dass mancher Gegner dieser Massregel die Gefahr für überwunden hält. Allein das Ergebnis früherer Agitation zeigt sich gerade jetzt: Wenn gleich keine Zollunion, so erscheint ein Zollbündnis weitesten Kreisen schon ein ernstlichen Zweifeln entrücktes Axiom zu sein. Gerade in der Pause, die in der Agitation, wie es bei allen solchen Agitationen von Zeit zu Zeit der Fall ist, eintrat, fassen deren Ziele in der Stille Wurzel. Die offiziellen Konferenzen über die Frage, die ohne jede Kontrolle der öffentlichen Meinung vor sich gehen, sind das erste greifbare Resultat, das je nach den Umständen zu mehr oder weniger weitgehenden praktischen Konsequenzen führen wird. Im ersten Memorandum war betont worden, dass eine Zollunion zunächst nicht zu erwarten sei und dass einem Zollbündnis je nach seinem Inhalt mehr oder weniger dieselben Folgen wie einer Union zugeschrieben werden müssen. Ein solches Bündnis bereitet sich ohne Zweifel vor. Ein Beweis dafür ist die Stellungnahme der christlich-sozialen Partei und des deutschen Nationalverbandes in deren gemeinsamer Sitzung vom 9. November, wo enger Anschluss in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht gefordert wird.

Momentan wichtiger und auffälliger ist eine andere Erscheinung: die energische und planmässige Unterjochung Ungarns durch Berliner Finanzmächte, besonders unter Führung der Deutschen Bank. Der österreichische finanzielle Einfluss weicht täglich und Schritt für Schritt dem deutschen. Die ungarischen Banken werden durch grosse Transaktionen in den Berliner Einflusskreis gezogen, und ausserdem wird durch Anlage deutschen Kapitals die direkte Beziehung zur ungarischen Industrie gepflegt. Mit verblüffender Promptheit äussern sich die politischen Folgen, welche selbst das gewiss nicht optimistische erste Memorandum nur für eine fernere Zukunft vorausgesagt hatte: Wir

finden eine enge Interessengemeinschaft zwischen Ungarn und den politischen Faktoren des deutschen Grosskapitals und sehen den deutschen Einfluss bei Streitfragen zwischen Ungarn und Cisleithanien stets auf ungarischer Seite – so dass wir also bereits jene überaus schwierige Situation vor uns haben, die darin besteht, dass Ungarn gegenüber Österreich eine Stütze in Berlin findet, dorthin wie auf einen Schutzherrn blickt und stets bereit ist, sich gegen Wien ausspielen zu lassen. Am deutlichsten und in einer viele Leute ehrlich mortifizierenden Weise sieht man das in der Approvisionierungsfrage. Aber die gleiche Entdeckung wird auf allen Gebieten gemacht werden, auf denen zwischen Österreich und Ungarn Differenzen auftauchen können.

Ganz analog stehen die Dinge in bezug auf den Plan einer Militärkonvention. Gesprochen wird nicht mehr viel davon; das würde auch mit Rücksicht auf die gereizte Stimmung in der österreichischen Generalität sehr unklug sein. Aber tatsächlich ist die Gemeinschaft realisiert in einer Weise wie keine Konvention sie hätte realisieren können. Die Absorption der österreichischen durch die deutsche Heeresleitung ist nahezu vollkommen, und nahezu vollkommen ist der Monarchie die Verfügung über die eigene Armee entzogen. Der »Abbau« dieser Verhältnisse dürfte, wenn überhaupt möglich, ausserordentlich schwierig sein – selbst im Frieden. Übrigens sind auch in dieser Beziehung die Beschlüsse der Tagung vom 9. XI. 16, die oben zitiert wurden, bezeichnend. Sie bedeuten den Sieg der Agitation.

Auch an deutlichen Symptomen für eine Disposition, in unsere innere Politik einzugreifen, fehlt es nicht. Ich will hier von dem indirekten Einfluss auf dem Umweg über Ungarn deshalb nicht sprechen, weil er im einzelnen Fall schwer nachzuweisen ist. Vielmehr ist die vom Exc. Grafen Andrassy in echt staatsmännischer Einsicht bekämpfte Einflussnahme der ungarischen Regierung ein – und zwar recht ernstes – Problem für sich. Aber es ist eine Tatsache, dass uns mit innenpolitischen Ratschlägen von Berlin gedient worden ist. Beispielsweise sei angeführt, dass österreichische Politiker vor einigen Monaten in Berlin zu hören bekamen, dass »mindestens« die österreichische Delegation eine deutsche Majorität haben »müsse«. Die deutsche Geschäftssprache mag ferner im Interesse der Staatsverwaltung in Österreich überaus zweckmässig sein, aber ein diesbezüglicher »Rat« oder »Wunsch« aus Berlin ist eine ernste Tatsache. Wer immer in ähnlichen Vorfällen nichts Ungewöhnliches oder Besorgniserregendes sieht, möge sich die Frage

vorlegen, wie Ratschläge über innere preussische Politik in Berlin aufgenommen werden würden – und er wird sofort einen Blick in die Natur des Verhältnisses tun, in das sich die Monarchie einzuleben im Begriffe ist. Es muss schliesslich dahin kommen, dass das deutsche Element in Österreich zu einer Art von preussischer Garnison, das slawische aber staatsfeindlich wird, während gleichzeitig Ungarn sich über dieses dann ganz aktionsunfähige Österreich hinweg mit Berlin verständigt.

Im übrigen ist die äussere Situation der Monarchie in wenigen Worten zu charakterisieren. Die Westmächte haben aufgehört, Österreich-Ungarn als selbständigen Faktor in der Weltpolitik zu betrachten und sind zu einer viel schärfer feindlichen Haltung übergegangen, als sie sie noch vor einiger Zeit einnahmen. Daraus erklären sich unter anderem die Angriffe der französischen Presse gegen die Monarchie und das Übersehen derselben in offiziellen Enunziationen. Die Haltung der verschiedenen, in ihrer relativen Bedeutung schnell wechselnden, Faktoren der russischen Politik ist sehr indeterminiert und schwer zu übersehen, aber so viel dürfte sicher sein, dass man sich in Russland dem Deutschen Reich wesentlich näher fühlt als der Monarchie. Was die Neutralen betrifft, so ist es uns nicht gelungen, auf sie überhaupt einen deutlichen individuellen Eindruck zu machen. Sie stehen uns fremd und kühl gegenüber, was schon aus dem Grunde, dass wir vielleicht schon im Kriege und jedenfalls nachher ihrer finanziellen Hilfe nicht werden entraten können, überaus bedauerlich ist. Unser Verhältnis zu unseren beiden übrigen Bundesgenossen endlich ist etwa so zu definieren: In Konstantinopel herrscht der deutsche Einfluss, die Türkei fühlt sich abhängig von Berlin und kann uns kaum in anderem Licht betrachten, als in dem Lichte einer Berliner Dependance. Anders steht es mit Bulgarien. Es war einer der grössten Erfolge der Politik Exc. Graf Berchtolds, jenes glückliche Einvernehmen hergestellt zu haben, das nun so schöne Früchte trägt. Doch wäre es Wahnsinn, jemals zu vergessen, dass noch drei Tage nach der rumänischen Kriegserklärung die eminentesten Diplomaten daran zweifelten, dass Bulgarien »mittun« würde. In diesen Zweifeln kam ein sehr richtiger politischer Einblick in die speziellen Interessen und Lebensbedingungen Bulgariens zum Ausdruck: Gewiss ist jedenfalls, dass nicht mit Sicherheit auf eine unbegrenzte Dauer der für uns so wertvollen Freundschaft Bulgariens gerechnet werden kann.

Vielleicht wäre es überflüssig, noch genauer zeigen zu wollen, dass die Monarchie in der gegenwärtigen Situation über andre aussenpolitische Ressourcen als das Bündnis mit dem Deutschen Reich nicht verfügt, dass es das Resultat der politischen Entwicklung des letzten Jahrzehnts gewesen ist, dass sie eigene politisch wertvolle Beziehungen zu andern Staaten ausser zu Deutschland schlechthin nicht hat und ganz auf dieser Stütze ruht. Dieser Satz dürfte jede Apprehension darüber zerstreuen, dass hier irgendwelche Massregeln empfohlen würden, die Bündnispflichten verletzen könnten. Aber allerdings wird hier die Ansicht vertreten, dass dieser Zustand gefährlich und das Gegenteil von ihm wünschenswert ist – dass also die aussenpolitische Stellung der Monarchie auf viel breiterer Basis ruhen muss, und es die grosse Aufgabe ihrer äusseren Politik ist, eine solche breitere Basis zu schaffen, ganz abgesehen davon, dass in dieser Ausschliesslichkeit das Bündnis mit dem Deutschen Reich den Innern Lebensnotwendigkeiten der Monarchie nicht entspricht, wenn gleich es immer als ein wertvolles Element eines grösseren Systems von äussern Beziehungen zu betrachten wäre.

Der eben erwähnte Sachverhalt birgt jedoch ausserdem noch eine ganz unmittelbare Gefahr: Die Kriegslage ist erfreulicherweise ausserordentlich günstig. Aber man wird, wenn man annimmt, dass sie sich ohne unvorhersehbare Zwischenfälle weiterentwickelt, sich der Erkenntnis nicht verschliessen können, dass es für Deutschland nur ein Mittel gibt, einen durchschlagenden Erfolg zu erzielen und partie remise zu vermeiden – nämlich einen Separatfrieden mit Russland, der es ermöglicht, mit ganzer Kraft die Offensive gegen die Westmächte zu ergreifen. Die Schwierigkeiten, die einem solchen Separatfrieden entgegenstehen, sind überaus gross: Er könnte nur mit Konzessionen erkaufte werden, es müssten eine Menge innerer Hemmungen in Russland, besonders solche wirtschaftlicher Natur, überwunden werden usw. Aber noch grösser als die Schwierigkeit dürfte für Deutschland wie für Russland unter gewissen Umständen die Versuchung dazu sein. Käme es nun so weit, läge in einer Verständigung mit Russland die einzige Möglichkeit der Lösung des Problems – wie anders könnte diese Verständigung bewerkstelligt werden, als auf unsere Kosten und die Kosten der Türkei? Was sonst als österreichische und türkische Konzessionen hätte Deutschland zu bieten, um Russland zu einem Schritt zu bewegen, der ein Treubruch gegen Russlands Bundesgenossen und ausserdem das Eingeständnis eines Misserfolges wäre? Und was könnte die Monarchie entgegen, wenn ihr die Notwendigkeit

von Opfern von Berlin aus vorgehalten würde? Vielleicht hätte sie nicht einmal ein Recht über Verletzung der Bundestreue zu klagen, jedenfalls müsste sie sich dem Diktat fügen. Die Einwendung, dergleichen sei nicht zu erwarten und beleidige den Bundesgenossen der Monarchie, trifft das vorgetragene Argument nicht. Gewiss ist hier nur von Möglichkeiten die Rede, die vielleicht nie eintreten werden, aber das ist das Schicksal jeder politischen Argumentation, und die Realität dieser Möglichkeiten ist unbestreitbar. Gewiss liegt schon in den Schwierigkeiten, die auf russischer Seite dem Separatfrieden entgegenstehen, besonders in dem alle Organe des Staatslebens und der Volkswirtschaft beherrschenden oder berührenden englischen Einfluss, eine Art Garantie dagegen – aber diese Schwierigkeiten sind zu überwinden. Gewiss haben wir alle das vollste Vertrauen, dass die ritterliche Treue des Verbündeten zu solchen Mitteln nicht greifen wird – aber er kann schliesslich dazu gezwungen sein.

Eine Reihe von Momenten weist übrigens in diese Richtung. Auf Friedensgerüchte und Friedensverhandlungen würde ich nicht das geringste Gewicht legen. Aber die Verschärfung der angewendeten Kriegsmethoden gegen England und die verschärfte Tonart, die in Deutschland von offizieller und von konservativer Seite gegen England angeschlagen wird, kann

nur den einen Sinn haben, unter den Feinden einen Unterschied zu machen, die Kluft nach dem Westen zu verbreitern, die nach dem Osten zu überbrücken. Innenpolitische Ziele, persönliche Sympathien und Antipathien erleichtern das und führen auf einen Weg, der notwendig zu jenem Ende und damit für die Monarchie zu jener Gefahr führen muss,

Während also einerseits für die Monarchie nichts so wünschenswert wäre als ein von ihr ausgehendes und ihre Interessen in den Vordergrund stellendes Einvernehmen mit Russland – bei dessen Herstellung selbstverständlich auf die Interessen des Bundesgenosse pflichtgemäss Rücksicht genommen werden müsste und genommen werden könnte und wobei die Monarchie das Bindeglied zwischen Deutschland und Russland wäre –, so ist andererseits für die Monarchie vielleicht nichts weniger wünschenswert als ein Einvernehmen zwischen Deutschland und Russland, des lediglich an deutschen Interessen orientiert wäre, das auf deutscher Initiative beruhte, und wobei die Monarchie nur als Sekundant Deutschlands in Betracht käme.

Im Falle diese Gefahr zur Wirklichkeit würde, so würden damit die Konsequenzen unserer gegenwärtigen Politik in der schlimmsten Form realisiert und es würde uns am intensivsten zum Bewusstsein gebracht, was es bedeutet, sich bedingungslos einem Bundesgenossen, wer immer es sei, zu unterwerfen. Aber selbst wenn diese Gefahr nie Wirklichkeit wird, so bleibt doch die geschilderte Situation bestehen, in der wahre Unabhängigkeit und Aktionsfähigkeit nicht existiert und in der in der einen oder anderen Weise ähnliche Gefahren immer wieder auftauchen und zugleich unhaltbare innere Situationen geschaffen werden.

II.

Damit nun nicht eingewendet werde, dass die eben vorgebrachte Kritik, selbst wenn richtig, unfruchtbar sei und stante concluso der Monarchie keine andere Möglichkeiten offenstehen, so sei es erlaubt, unsere kritischen Ausführungen durch einige weitere Bemerkungen zu ergänzen. Von einem plötzlichen Abbiegen vom eingeschlagenen Wege ist zwar nicht die Rede und kann nicht die Rede sein. Wohl aber ist es möglich, zu verhindern, dass dieser Weg immer weiter und schliesslich zu einem politischen Abgrund führt. Dazu gehört nur erstens, dass man durch innenpolitische Erfolge die Völker Österreichs um Thron und Regierung ralliiert – wovon später die Rede sein wird – zweitens, dass man aufgrund der Position, die man eben durch solche Erfolge der Regierung schaffen kann, die Interessen der Monarchie in allen Einzelfragen Ungarn und Deutschland gegenüber sachgemäss vertritt, drittens, dass man zoll- und militärpolitische Bindungen ablehnt und das deutsche Bündnis auf seinen ursprünglichen Inhalt beschränkt, und viertens, dass man die so errungene Aktionsfreiheit und Aktionsfähigkeit dazu benützt, um eine den Bedürfnissen der Monarchie als selbständiger Grossmacht angepasste – um eine spezifisch österreichische – äussere Politik zu inaugrieren. Die Ziele einer solchen spezifisch österreichischen Politik sind der Gegenstand der folgenden Bemerkungen.

1. Die Monarchie kann niemals eine gesicherte Position nach aussen haben und im Inneren ohne Gefahr fremder Eingriffe auf sich selbst ruhen, wenn sie nicht zu Deutschland und zu Russland in gleich freundschaftlichem Verhältnis steht. Denn bei Deutschland wie bei Russland handelt es sich um militärisch übermächtige Nachbarn, deren Feindschaft einen solchen Druck auf unser Staatsleben, unsere äussere Politik, unsere Finanzen ausüben

muss, dass im Angesicht einer steten Gefahr von gedeihlicher Entwicklung im Inneren und sicherer Haltung nach aussen keine Rede sein kann. Es handelt sich ferner in beiden Fällen um Nachbarn, deren Völker Teilen der österreichischen Bevölkerung nahe verwandt sind, so dass jeder Kriegsfall die letzteren einem Konflikt zwischen den Pflichten der Loyalität und den nationalen Sympathien aussetzt und mindestens innenpolitische Schwierigkeiten schafft. Es handelt sich endlich in beiden Fällen um Nachbarn, mit denen uns enge wirtschaftliche Beziehungen verknüpfen, so dass jede Feindschaft für uns einen schweren ökonomischen Schaden bedeutet.

Freundschaftliche Beziehungen zum Deutschen Reiche haben wir. Aber wie wenig der Anschluss an einen der grossen Nachbarn der Monarchie geeignet ist, das Ziel zu erreichen, das nur durch eine entente cordiale mit beiden erreicht werden kann, zeigt die gegenwärtige Situation: Sie zeigt, dass ein Bündnis mit einem Nachbarn bei Ausschluss des andern die Monarchie den Zwecken des Verbündeten unterwirft und ihren eigenen Zwecken entfremdet, sie in Konflikte zieht, die sie nicht unmittelbar berühren – wie z. B. der Konflikt zwischen Deutschland und England – und sie äusseren Gefahren und Inneren Schwierigkeiten aussetzt: Ganz dasselbe wäre eingetreten, wenn Russland in der Position des Deutschen Reiches stünde und wir uns Russland angeschlossen hätten. Wenn die Monarchie in Zukunft vor ähnlichen Schwierigkeiten wie den gegenwärtigen bewahrt sein soll, so ergibt sich als erste Aufgabe: Herstellung eines guten Verhältnisses zu Russland von ganz ähnlicher Art wie das, das uns mit dem Deutschen Reich ursprünglich verband. Reduktion des deutschen Bündnisses auf ungefähr jenes Mass, das sowohl vom Grafen Julius Andrassy wie vom Fürsten Bismarck seinerzeit beabsichtigt war, und Abschluss eines gleichgearteten Bündnisses mit Russland wäre also die Basis, die für unsere äussere Politik anzustreben ist.

Im allgemeinen wird ein solches Arrangement auch durchaus möglich sein, da zwischen Russland und dem Deutschen Reich keineswegs solche Interessengegensätze oder Antipathien bestehen, dass sich beide Staaten dauernd feindlich gegenüberstehen müssten. Vielmehr ist das gerade Gegenteil der Fall, und eines der wesentlichsten Argumente für die hier empfohlene Politik ist gerade der Umstand, dass, wenn die Monarchie es versäumt, sich Russland zu nähern, sicher das Deutsche Reich an unserer Stelle das tun wird. Dann wird insofern dasselbe Resultat erzielt sein, als auch auf diesem Wege ein »Dreikaiserbündnis«

zustandekommen dürfte nur mit dem Unterschied, dass die Monarchie in dasselbe zu wesentlich ungünstigeren Bedingungen und in wesentlich weniger günstiger Stellung zugezogen werden und ohne Notwendigkeit den Westmächten entfremdet wird.

Aber gewiss kann es sich ereignen, dass die Monarchie sich der Notwendigkeit gegenüber sieht, zwischen ihren beiden grossen Nachbarn zu wählen. In solchem Fall müsste sie sich jener Seite anschliessen, auf der auch die Westmächte stehen. Denn nur dadurch wird vermieden, erstens, dass die Monarchie ohne Gegengewichte in die Waagschale werfen zu können, einem einzigen und übermächtigen Bundesgenossen ausgeliefert ist: Als Glied einer grösseren Kombination würde sie vielmehr ihre Interessen ganz anders zur Geltung bringen können. Auch das Bündnis mit Deutsch

land wäre lange nicht so drückend, wenn Frankreich und England auf derselben Seite stünden. Zweitens wird auf diese Art vermieden, dass die Monarchie im Kriegsfall ohne jede wirtschaftliche Stütze dasteht, der sie so schwer entraten kann. Und drittens würde so erreicht, dass die Monarchie immer auch in gutem Verhältnis zu den Westmächten bleiben könnte, von denen sie gar keine Interessengegensätze trennen und deren finanziellen Ressourcen zur inneren Entwicklung der Monarchie so nötig sind. Eine uralte, wenn auch unterbrochene, aber wohlbewährte Tradition österreichischer Staatskunst spricht mit ihrem ganzen Gewicht für einen solchen Kurs.

Die Ziele unserer äusseren Politik lassen sich also in die Formel fassen: Bündnisverhältnis mit dem Deutschen Reiche und Russland, wenn immer i das aber nicht möglich ist, Anschluss an jene Seite, auf der auch die Westmächte stehen. Nur wer in der Monarchie bereits eine deutsche Kolonie erblickt, kann daran Anstoss nehmen. Denn keine berechtigten Interessen unseres Bundesgenossen werden durch eine solche Politik verletzt, die allerdings Aktionsfreiheit und Selbstbestimmungsrecht voraussetzt und unvereinbar ist mit Zoll- und Militärkonventionen. Diese Politik ist die einzige, die den Interessen der Dynastie und den Bedürfnissen der Völker der Monarchie angepasst ist. Sie ist auch die einzige, die ihrer Würde entspricht. Die Schwierigkeiten werden nicht verkannt. Schwierig sind in der Lage der Monarchie alle Alternativen, keine aber so schwierig, als sich zu behaupten, wenn man sich einmal einen einzigen allzu mächtigen Bundesgenossen gewählt hat. Übrigens würde gerade dadurch, dass die Monarchie die hier skizzierte Stellung einnimmt, die Möglichkeit internationaler Verwicklungen von der Art der gegenwärtigen

erheblich reduziert, so dass die Wahrscheinlichkeit, jene Entscheidung für einen der beiden Bundesgenossen treffen zu müssen, nicht gross wäre.

2. Es erübrigt sich, noch der Einwendung zu begegnen, dass jenes Einverständnis mit Russland, das als wesentliche Voraussetzung erfolgreicher Aussen- und Innenpolitik bezeichnet wurde, nach Lage der Dinge einfach unmöglich ist. Man kann heute oft hören, dass die Zertrümmerung der Monarchie das vornehmste Ziel russischer Politik und Russland deshalb unser »natürlicher« Feind sei. Auch hat der Glaube an die »unersättliche Eroberungslust« Russlands so festen Fuss gefasst, dass Gegenargumente nur schwer Gehör finden. Die Antipathie unserer Intellektuellen, besonders der Sozialisten, gegen Russland und seine leitenden Kreise einerseits und das Misstrauen gegen Russland, das seit den türkischen Wirren in den Dreissigerjahren des vorigen Jahrhunderts in der europäischen Diplomatie fast Tradition geworden ist, andererseits, gehört zu den fundamentalen Faktoren europäischer Politik der letzten 80 Jahre.

Blendete uns nicht dieses eingewurzelte Vorurteil, so müsste es leicht sein einzusehen, wie es mit dieser angeblich so unersättlichen Eroberungslust steht: Erstens ist Russland dünn bevölkert und kapitalsarm. Damit entfallen die Hauptgründe, die einen Staat zu einer Expansionspolitik treiben können. Die ungeheuren Entwicklungsmöglichkeiten im Innern bedürfen des Friedens und absorbieren alle verfügbare Kraft. Zweitens würde alles, was etwa dennoch an Eroberungslust vorhanden wäre, reichlich in Anspruch genommen durch die Aufgabe der Ausdehnung oder auch nur Behauptung des asiatischen Besitzes. Drittens kann als Beleg für jene behauptete Expansionstendenz an historischen Tatsachen seit einem Jahrhundert nichts anderes angeführt werden, als das allerdings unablässige Streben Russlands, eine ihm günstige Lösung der türkischen Frage herbeizuführen. Allein dieses Streben ist sehr natürlich und kein Beweis für das Bestehen einer uferlosen Expansionstendenz.

Mit ihr muss man sich abfinden. Und das ist heute leichter möglich als jemals. Denn solange die Türkei das massgebende Element auf dem Balkan war, konnte man eine Ersetzung der für uns ungefährlichen türkischen Herrschaft durch eine für uns gefährlichere russische Herrschaft fürchten. Heute aber ist diese Frage durch das Entstehen lebensfähiger christlicher Nationalstaaten auf dem Balkan gelöst. Wenn man mit diesen erträgliche Verhältnisse herstellt und so verhindert, dass Russland geradezu in die Rolle eines

Schutzherrn derselben gedrängt wird, so würde ein wesentliches Motiv für eine aggressive Haltung Russlands wegfallen und auf dem Balkan kaum viel Raum für österreichisch-russische Kollisionen sein. Was in der asiatischen Türkei geschieht, muss und kann uns zunächst gleichgültig sein.

Soweit im einzelnen Schwierigkeiten auftauchen, dürfte Verständigung nicht allzu schwer sein. Die Frage der Donaumündungen oder die Frage der Dardanellen und ähnliche sind in ihrer Bedeutung vielfach in grotesker Weise überschätzt worden. Ohne den Rahmen dieses Memorandums zu überschreiten, ist es allerdings nicht möglich, auf alle diese Dinge einzugehen, über die jedoch weitere Ausführungen zur Verfügung stehen. Sie haben früher, vor dem Balkankriege, die Verständigung mit Russland nicht unmöglich gemacht, obgleich damals Russland als Schützer unterdrückter christlicher Völker auftreten konnte und bis zu einem gewissen Grade auftreten musste. Vielmehr ist es seit zweihundert Jahren meist gelungen, mit Russland in gutem Einvernehmen zu stehen. Wiederholt hat die Monarchie an Russland eine wertvolle Stütze gefunden. Wiederholt und besonders im Krimkrieg hat sich das Ablenken von dieser Politik, die man wohl als traditionell bezeichnen darf, bitter gerächt. Und was vor dem Balkankrieg möglich war, wo viel grössere Gegensätze vorhanden waren, kann jetzt nicht unmöglich sein, wo ein Teil dieser Gegensätze weggefallen ist.

Das beste Mittel gegen eine Gefahr von russischer Seite ist jedenfalls Verständigung mit Russland und die Beseitigung der Motive, die es für feindliche Haltung haben kann. Dazu aber gehört – wenn wir die polnische Frage ausscheiden, die ein kompliziertes Ganzes für sich ist – noch etwas: Es darf in Österreich-Ungarn keine slawenfeindliche Politik gemacht werden. Abgesehen davon, dass sich das aus Gründen der Innern Politik verbietet, würde das natürlich Russland nie gleichgültig sein können.

3. Es ist nicht richtig, dass eine Politik, wie sie hier skizziert wurde, für die Deutschen Österreichs unannehmbar wäre. Nur ein kleiner nationalistischer Kreis würde sie ablehnen. Die Majorität der Deutschen ist heute noch durchaus für eine Politik zu gewinnen – freilich ist es eine Frage, wie lange noch –, die weder deutsch noch slawisch sondern österreichisch ist, die der nationalen Struktur Österreichs entspricht und deren Ziel es ist, die Monarchie in ein System von Ententen einzubetten, das ihr Frieden und eine geachtete Stellung in der Weltpolitik sichert.

Nicht ganz so steht es mit dem magyarischen Element. Es ist unmöglich, sich der Erkenntnis zu verschliessen, dass die magyarische Nationalitätenpolitik im Innern geradeso wie die magyarische Handelspolitik auf dem Balkan, mehrere Völker schwer schädigt und eine seriöse Barriere zwischen der Monarchie und Russland aufrichtet. Zugleich ist es klar, dass man in Ungarn an dieser Politik mit aller Energie festhalten will, obgleich deren Zusammenhang mit der gegenwärtigen Situation nicht zu verkennen ist. Allein, es dürfte eine Grenze geben, über die hinaus das magyarische Interesse nicht der einzige bestimmende Faktor in der Politik der Monarchie sein kann. Eine starke österreichische Regierung, die auf dem Sockel innenpolitischer Erfolge steht, würde wohl manches an diesem Sachverhalt ändern können, zumal sie ja das Interesse auch der Majorität der Bevölkerung Ungarns vertreten würde, wenn sie das österreichische vertritt.

III.

Basis und Voraussetzung für eine kraftvolle Haltung der österreichischen Regierung gegenüber Ungarn und dem Ausland ist ein innenpolitischer Erfolg, der ihr ein Recht gibt, sich als Führer der Völker Österreichs zu gerieren. Es wurde im früheren Memorandum auseinandergesetzt, dass und warum nur eine Regierung aus Mitgliedern unserer historischen Familien im gegenwärtigen Zeitpunkt Aussicht auf solchen Erfolg und das Gewicht haben kann, das nötig ist, um diesen Erfolg für die äussere Politik zu verwerten. Es wurde ferner gesagt, dass dieser Erfolg der Regierung nur dann beschieden sein kann, wenn sie es versteht, Parlament, Presse und Öffentlichkeit zu führen und zu beherrschen, »Wahlen zu machen«, eine Majorität zu organisieren und in Debatte und öffentlichem Auftreten den Eindruck zu erwecken, dass sie bestimmte Ziele und die Macht hat, diese Ziele durchzusetzen. Auf diese Dinge sei hier nur mehr hingewiesen. Im Folgenden sollen lediglich einzelne prinzipielle Punkte berührt werden.

1. Jene äussere Politik, die das Um und Auf Österreichs in einem tunlichst engen Bündnis mit dem Deutschen Reiche sieht, findet ihr innenpolitisches Pendant in einem strikte deutschen Regime im Innern. Sie ist Bestandteil eines Systems der gesamten Staatspolitik, das sich in die Formel fassen lässt: »Nach aussen Anschluss an Deutschland, im Innern straffes deutsches, beziehungsweise ungarisches Regiment«. Der erste,

aussenpolitische Teil dieses Programms wurde bereits erörtert, der zweite, der innenpolitische, ist überhaupt unmöglich.

Dass er unmöglich ist, lehrt schon die folgende Überlegung: Wie immer man über den modernen Parlamentarismus denken mag, sicher können wir eines Parlamentes nicht entraten, schon aus finanziellen Gründen und wegen des Eindrucks nach aussen. Deutsches Regime setzt also eine deutsche Majorität voraus. Nun ist aber nur eine deutsche Minorität vorhanden. Diese Minorität in eine Majorität zu verwandeln, gibt es nur zwei Mittel: Ausschluss der Polen und Änderung des Wahlrechts. Ausschluss der Polen dürfte vom Standpunkt des staatlichen wie des dynastischen Interesses kaum wünschenswert sein, denn man würde dadurch ein wesentliches Band zerreißen, das die Monarchie heute mit der polnischen Nation verbindet. Übrigens ist mit Rücksicht auf die zahllosen schwebenden Fragen ein Ausschluss der Polen in naher Zukunft überhaupt nicht möglich. Eine Änderung, das heisst also Einschränkung, des Wahlrechts ist ausgeschlossen. Man kann die Einführung des allgemeinen Wahlrechts missbilligen, aber man kann es nicht aufheben, wenn es einmal eingeführt ist. Gerade das konservative Interesse würde durch eine solche Massregel schwer bedroht denn sie würde unendlich erbittern und das deutsch-liberale und deutsch-radikale Element wesentlich stärken. Selbst aber wenn sowohl der Ausschluss der Polen wie die Einschränkung des Wahlrechts möglich und wünschenswert wären, so würde die deutsche Majorität, die so geschaffen würde, wertlos sein. Denn erstens wäre sie zu gering. Zweitens würde sie bei den deutschen Parteiverhältnissen nie festgeschlossen auftreten können. Und drittens stünde ihr die slawische Minorität mit solcher Entschiedenheit gegenüber, dass keine neue Geschäftsordnung Obstruktion im Parlament, keine Energie der Verwaltung Obstruktion auf alten Gebieten des Staatslebens verhindern könnte: Majoritätsherrschaft bewährt sich nur dort, wo, wie z. B. in England, die Gegensätze zwischen Majorität und Minorität nicht all zu gross und nicht all zu bitter sind. Namentlich dürfen es keine Gegensätze zwischen Volk und Volk sein, wenn parlamentarische Opposition nicht in Kampf gegen den Staat als solchen ausarten soll. Das gehört zu den Elementen parlamentarischer Erfahrung. Verachten wir sie, werden wir die schlimmsten Folgen fühlen – Desorganisation und Disloyalität werden weiteste Kreise ergreifen.

Dass diese deutsch-zentralistische Politik unmöglich ist, zeigt übrigens die Geschichte unserer Politik. Das Experiment wurde ja 1866–1879 gemacht. Es wurde mit

aller Energie gemacht. Es wurde gemacht unter Bedingungen, die für das Deutschtum viel günstiger waren als die heutigen. Es scheiterte doch an seiner inneren Unmöglichkeit, und es wird noch schneller scheitern, wenn es heute versucht wird.

So bleibt nur die andere Alternative, jene Politik, die seit 1880 die meisten österreichischen Regierungen einzuschlagen suchten und die auch allein jene äussere Politik möglich macht, die den Interessen der Monarchie entspricht, gradeso wie die Politik der deutschen Herrschaft im Innern zur äusseren Politik des exklusiven Anschlusses an Deutschland führt. Es ist die Politik des nationalen Ausgleiches, der Befreiung des Staatsgedankens von irgendeiner nationalistischen Färbung. Es liegt in der Natur der Sache, dass alle die tastenden Versuche, ein nationales Gleichgewicht zu finden, nicht schnell Erfolg haben konnten und deshalb oft sehr ungerecht verurteilt wurden. Trotzdem ist das der richtige Weg, weil er der einzige ist. Durch alle Irrungen, Fehlschläge und Kämpfe hat er sich unverkennbar, wenn auch langsam, einem annehmbaren Ziele genähert. Alles schon Erreichte wieder aufgeben zu wollen, wäre töricht: Der deutschzentralistische Versuch könnte nicht gelingen und dann müssten die ganze politische Arbeit der letzten Jahrzehnte noch einmal getan, alle Kämpfe, die hinter uns liegen, noch einmal gekämpft werden.

Diese Alternative beruht zwar auf der Erkenntnis, dass slawenfeindliche Politik in Österreich unmöglich ist. Aber sie ist nicht deutschfeindlich. Denn das Deutschtum würde nichts gewinnen durch eine temporäre Herrschaft, die notwendig stürmisch verlaufen und in Misserfolg enden müsste. Einer Regierung, die führen kann, würde es gelingen, die Majorität der Deutschen Österreichs für die Politik des Ausgleichs zu gewinnen, zumal dabei ja viele ihrer Forderungen, beispielsweise die gesetzliche Fixierung des Deutschen als Geschäftssprache oder wirksamer Schutz deutsche Minoritäten, bewilligt werden könnten. Solche Punkte könnten leicht in einem Programm sehr weitgehender nationaler Autonomie erscheinen und so aller Spitze gegen andere Nationen beraubt werden. Auf diese Art ist es wohl möglich, die Fäden der Verhandlungen an dem Punkte aufzunehmen, bis zu dem sie Se. Durchlaucht der verewigte Fürst Thun geführt hat. Diese Methode ist mühevoll und langwierig. Aber sie allein zeitigt dauernde Resultate. Einfaches Dekretieren einer Lösung des Problems ist freilich leichter. Aber es schafft eine Sachlage, die von allen denkbaren innenpolitischen Situationen die unerfreulichste und gefährlichste ist: Die Sachlage nämlich, dass ein ganzes Volk die dekretierte Lösung ablehnt, sich nicht nur einer

Regierung, sondern dem geschaffenen Rechtszustande und schliesslich dem Staate gegenüber auf den Standpunkt prinzipieller Negation stellt und so zu einem stets bereiten Sturmzentrum wird. Um sich zu bewähren, bedarf eine Lösung zwar nicht schlechthin allseitiger Zustimmung, aber der Zustimmung der Majorität aller Völker, und zu dieser führt nur geduldige Arbeit.

2. Zu solchen Verhandlungen braucht man Zeit und Ruhe. Deshalb ist der gegenwärtige Zeitpunkt kaum geeignet für einen Versuch zur Lösung des Nationalitätenproblems. Man kann oft die gegenteilige Meinung hören. Viele Politiker würden gern die temporäre Einschüchterung eines Gegners benützen, um einen billigen Erfolg zu erringen oder auch nur alte Rancune zu befriedigen. Es gäbe keinen grösseren Fehler, als solchen Stimmungen nachzugeben. Der Erfolg könnte nur temporär sein, und die Lösung, die tunlichst alle befriedigen soll, in nebelhafte Fernen rücken.

Aber wenn die Politik des Ausgleichs auch erst in einem späteren Zeitpunkt in alle Rechte der wichtigsten politischen Angelegenheiten eintreten sollte, so muss die Regierung doch schon jetzt in ihrem Geiste zu den nationalen Parteien sprechen. Sie kann sich eine unerschöpfliche Quelle politischer Macht erschliessen, wenn die einzelnen Parteien fühlen lernen, dass die Regierung nicht daran denkt, temporäre Konstellationen zu ihrem Schaden auszunützen, und dass sie gewillt ist, andre Parteien zu hindern, das zu tun.

Insbesondere gilt das vom Verhalten der Regierung gegenüber dem tschechischen Volk. Ein deutscher Standpunkt, der auch ausserhalb der strikte nationalistischen Kreise um sich greift, ist, dass die Tschechen geradezu Staatsfeinde seien, mit denen man nicht zusammenarbeiten könne. Dieser Standpunkt kann nicht der der Regierung oder der konservativen Partei sein. Vor allem darf die Entrüstung über tatsächliche Verfehlungen die Regierung und die konservative Partei nicht dazu führen, sich als Werkzeug von politischen Animositäten gebrauchen zu lassen, die ganz andere Gründe haben und dem Staatsinteresse zuwiderlaufen. Sodann muss man, je schärfer man illoyale Haltung verurteilt, umso mehr darauf bestehen, dass die einzelnen Fakten einwandfrei bewiesen werden, und dass den beschuldigten Gruppen Gelegenheit zur Rechtfertigung gegeben werde. Denn nichts wäre bedauerlicher, als wenn ein Volk dadurch, dass man es als illoyal brandmarkt, im Gefühle der Erbitterung darüber wirklich illoyal würde, ohne es vorher gewesen zu sein. Weiters darf man nicht einem Volke als Ganzem vorwerfen, was Einzelne taten, insbesondere aber

nicht Verbrechen Einzelner an einem ganzen Volke durch politische Bedrückung heimsuchen wollen. Endlich ist es an sich schon eine ernste Sache, die Vertreter eines ganzen Volkes durch das kaudinische Joch der Selbstverurteilung gehen zu lassen. Dadurch wird es dem Staate nur entfremdet. Der Staatsmann wird aber auch zu erwägen haben, dass der Richter selbst dem Verbrecher gegenüber sich für verpflichtet hält, dessen Untat vor allem zu verstehen und aus diesem Verständnis heraus zu beurteilen. Das Urteil muss zwar ohne Schwanken gefällt, ohne Zögern vollstreckt werden. Aber es bleibt dann noch die Aufgabe, den Verbrecher vor andern Konsequenzen der Tat als jenen, die das Gesetz vorschreibt, zu schützen und ihn womöglich der Gesellschaft zurückzugewinnen. Auf unseren Fall angewendet: Wo bewiesene strafbare Handlungen vorliegen, da bestrafe man sie. Ein ganzes Volk kann aber weder vor Gericht gestellt noch bestraft werden, und es wird dem Staate mehr nützen, wenn er sich im Parlament mit einer Loyalitätserklärung und mit aktiver Mitarbeit der Tschechen begnügt, als wenn er Anforderungen stellt, die ihnen von ihrem Standpunkt unerfüllbar erscheinen und sie noch mehr gegen eine Politik einnehmen müssen, die sie ohnehin schon missbilligen.

Die Politik der nationalen Autonomie oder des nationalen Ausgleiches wird auch das südslawische Problem der Lösung näherbringen. Freilich ist dasselbe kompliziert durch die Verhältnisse in Ungarn und durch die serbische Frage. Aber es ist wohl möglich, einen Beitrag zur schliesslichen Entwirrung zu leisten. Dazu gehört nur, dass Österreich den Willen hat, soweit seine Machtsphäre reicht, für die kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten der südslawischen Völker einzutreten, und dass es dieses Wollen durch einzelne, freiwillig dargebotene Konzessionen kundgibt. Uralte Probleme werden nicht im Handumdrehen gelöst. Jedem Lösungsversuch, der das verspricht, ist schon deshalb allein zu misstrauen. Aber zwei Dinge sind erreichbar und auch ausreichend: Schaffung eines *modus vivendi*, auf den weiter aufgebaut werden kann und der Wunden schliesst, statt neue zu schlagen. Und Schaffung einer politischen Basis, der die Regierung bedarf, um nach aussen mit Autorität auftreten zu können.

3. Die Einberufung des Parlaments, die vor einigen Monaten unmöglich schien, ist inzwischen zur unabwendbaren, von allen Seiten geforderten, von keiner mehr versagten Notwendigkeit geworden. Damit scheint in der Tat ein wesentlicher Fortschritt auf dem Wege zu normalen Zuständen erzielt, und es ist ganz besonders zu begrüßen, dass sich die

konservative Partei des Herrenhauses auch öffentlich für diese Massregel ausgesprochen hat, während manche sog. »Volksvertreter« sich ihr entgegenstimmten. Es ist zu hoffen, dass das in der Öffentlichkeit anerkannt und damit der Grundstein zu einer grossen politischen Rolle der konservativen Partei gelegt werde, die auf dem Vertrauen weiter Kreise zu deren Programm beruht.

Allein gerade weil im früheren Memorandum für eine Einberufung des Parlaments argumentiert wurde, ist es nötig, in Erinnerung zu bringen, dass dort auch betont wurde, dass diese Massregel für sich allein nicht nur nicht genüge, sondern dass sie ohne einige andere Momente sogar eine Gefahr für Österreich, die konservative Partei, das Funktionieren der Verwaltung und die Staatsfinanzen bedeuten könne. In der Tat, wenn nichts anderes geschieht, als dass das Parlament einberufen wird, und wenn ihm die Regierung, wie sie das bisher meist tat, einfach als Vertreter der Staatsnotwendigkeiten – ohne eigene Macht, ohne eigene Ziele – gegenübertritt, so können die üblichen Vorbesprechungen mit Parteiführern bei der wenig stringenten Parteidisziplin wahrscheinlich nicht verhindern, dass wir von der einen Seite unmögliche Forderungen, von der andern indiskutable Proteste, von allen Seiten populäre aber unerfüllbare finanzielle Wünsche zu hören bekommen und nach kurzer Fahrt das steuerlose Schiff des Parlaments auf eine Sandbank gerät. Diese Gefahren sind jetzt viel grösser als vor einem halben Jahr. Denn alle Parteien haben sich ralliiert und auf die Parlamentstagung vorbereitet. Es hat die Agitation für »engen Anschluss« an das Deutsche Reich ihre Früchte gezeitigt, und es dürfte nicht mehr so sicher sein, dass die deutschen Elemente, die inzwischen sich auf bestimmte Forderungen einigten, ohne deren Erfüllung die entscheidenden Abstimmungen im gewünschten Sinne gewähren werden. Sicher ist hingegen, dass alle Parteien sich selbst alte populären Forderungen ohne jede Rücksicht auf die Staatsfinanzen zu eigen machen und die Vertretung aller unpopulären, notwendigen Massregeln (z. B. der Ausdehnung der indirekten Besteuerung) der Regierung überlassen werden. Die Kluft zwischen Deutschen und Slawen hat sich erweitert. Die sozialdemokratische Partei hat sich auf ihre frühere Stellung dem Staate gegenüber besonnen.

Die Stellung der Regierung im Parlamente wird also schwieriger sein, als sie es vor einem Jahre gewesen wäre. Höhere Anforderungen werden an ihr Programm, ihr taktisches

Gefühl, ihr Talent für die Debatte gestellt werden, Aber noch immer ist zu hoffen, dass die Logik der Sachlage eine ausreichende Majorität in ihren Dienst zwingen wird.

Für den Erfolg wird es nötig sein, dass das Regierungsprogramm nicht wirksamer populärer Punkte entbehre, ohne doch zu sehr mit Einzelfragen belastet zu sein. Unentbehrlich ist z. B. ein Wort über staatsbürgerliche Freiheit, Verkündigung des festen Entschlusses allen finanziellen Verpflichtungen des Staates zu genügen und die Währung wiederherzustellen und, soweit das die Rücksicht auf die Staatsfinanzen gestattet, ein Bukett sozialpolitischer Massregeln.

Unentbehrlich ist aber vor allem eines: Dass der feste Wille zum Frieden und ein klares, der Monarchie eigenes Kriegsziel scharf aus dem Programm hervorleuchte. Das ist unentbehrlich, weil nur so die Regierung sich die Sympathie und Gefolgschaft aller Völker der Monarchie mit einem Schlag sichern kann. Das ist aber auch deshalb unentbehrlich, weil nur so achtungsvolle Aufmerksamkeit der ganzen Welt für die Worte der österreichischen Regierung und so ein Ausgangspunkt für die erfolgreiche Vertretung unserer Interessen gewonnen werden kann. In dieser Weise würde die feste Haltung in äusseren Fragen den Inneren Erfolg, und dieser dann weitere feste Haltung nach aussen möglich machen. Es ist keine Einwendung, dass das der Tradition österreichischer Regierungen widerspricht. Denn diese Tradition hat durch das Vorgehen der ungarischen Regierung ihre bindende Kraft verloren. Es ist weiter keine Einwendung, dass die Kriegsziele jetzt noch nicht definitiv formuliert werden können, und uns die Rücksicht auf unsere Bundesgenossen bindet. Soweit das überhaupt richtig ist, trifft es auch für ausländische Staatsmänner zu, die sich dennoch der Pflicht nicht entziehen, wenn auch nur in allgemeinen Zügen, ihren Völkern zu sagen, worum es sich handelt. Nichts schädigt das Ansehen unserer Regierung und ihre Aussichten auf Erfolg nach innen und aussen so sehr, als dass der ungarische Ministerpräsident oder der deutsche Reichskanzler zu Sprechern und Vormündern gemacht wurden und der Eindruck entstand, dass Österreich eigenen Willen weder habe noch haben könne. Und Österreich, das geradezu prädestiniert ist, zwischen manchen Gegensätzen zu vermitteln, die es nicht berühren, kann bei entsprechender Benützung dieser seiner Stellung auf einmal ein Gewicht in der Welt erhalten, das gegenwärtig niemand auch nur für möglich hält.

Joseph Alois Schumpeter

Politisches Memorandum vom 23. Juni 1917

Die Ursachen des Misserfolges der Regierung und die politische Lage

/1/

Graz, 23.VI.17.

Die Ursachen des Misserfolges der Regierung und die politische Lage

I.

Allen jenen, welche die Einberufung des Parlaments als unabweisbare Notwendigkeit betrachtet und von ihr eine Stärkung der äusseren und inneren Position der Monarchie erwartet hatten, wird gegenwärtig von vielen Seiten entgegengehalten, dass die Vorgänge im Parlament einen schlagenden Gegenbeweis darstellen, alle Bedenken rechtfertigen, welche gegen die Einberufung seinerzeit geltend gemacht wurden, und jenen Recht geben, die zur Fortsetzung des parlamentlosen régimes und zur Politik der octrois geraten hatten. Es dürfte sich deshalb empfehlen die parlamentarische Situation und ihre Ursache kurz zu beleuchten, um womöglich über die Frage der Berechtigung dieses Standpunktes klar zu werden.

Vorher muss betont werden, dass die Situation nicht so schlimm ist, wie sie vielen Beobachtern erscheint. Das Parlament hat sich insbesondere nicht geweigert, die Staatsnotwendigkeiten zu bewilligen, vielmehr haben alle Parteien ihre prinzipielle Bereitwilligkeit dazu zu erkennen gegeben und nur gegenüber der gegenwärtigen Regierung eine Verweigerung angedroht – was ein formell korrekter, durchaus nicht staatsfeindlicher und überall in der Welt jeden Augenblick möglicher Standpunkt ist. Sodann haben jene Erklärungen, mit denen slavischen Parteien die Session eröffneten, durchaus nicht ohne weiteres den Sinn gehabt, dass sie ruhige parlamentarische Arbeit verweigern wollen; im Gegenteil sind darin, was viel zu wenig beachtet wurde, verschiedene heikle Fragen, wie die des böhmischen Staatsrechts mit Takt behandelt und nur Forderungen erhoben worden, die man, wie noch ausgeführt werden soll, nach der gesamten politischen Lage erwarten

musste: Es hiesse den Ton, die /2/ Terminologie und die Gewohnheiten der Parteien absichtlich verkennen, wenn man jedes Wort au sérieux nehmen und verkennen wollte, dass die Erklärung man wolle in einer bestimmten nationalen Verfassung nicht leben, nicht heisst, dass man nicht in der Monarchie leben wolle. Der »Antrag Franta« war mit Rücksicht auf die Tatsache, dass ungefähr dreissig Abgeordnete überhaupt der deutschen Sprache nicht mächtig sind, keineswegs eine Ungeheuerlichkeit, wie die Deutschen meinten. Und so liess sich, bei nachsichtiger Erwägung der Tatsache, dass die Manieren unserer Volksvertreter niemals besonders hervorragend waren und manches schlimmer erscheinen lassen als es gemeint ist, noch Vieles für eine günstigere Beurteilung der Situation anführen. Es ist deshalb ein durchaus berechtigtes und hoffnungsvolles Beginnen, wenn die Regierung neuerdings Verhandlungen mit den Parteien eingeleitet hat, statt die Partie verloren zu geben.

Inwieweit aber trotzdem die Situation einen Misserfolg involviert, ist es von höchster Bedeutung dessen Gründe zu verstehen und sich nicht einfach auf die Erklärung zurückzuziehen, das Parlament habe versagt und müsse eben wieder eliminiert werden: Österreich bedarf des Parlaments. Es kann nicht länger ohne verfassungsmässiges Leben auskommen, wenn nicht nach einer kurzen Zeit, in der man parlamentslos regieren und scheinbar ohne Widerstand zu begegnen wichtige Fragen lösen könnte, die Schwierigkeiten und Gefahren der Situation sich unbeherrschbar emportürmen sollen. Das würde jedenfalls gegolten haben, auch wenn der gegenwärtige Versuch nicht unternommen worden wäre: Nun aber das Parlament einmal zusammengetreten ist, darf es nicht ohne Kundgebung für den Staat entlassen werden. Der unvermeidliche Eindruck nach innen und nach aussen müsste die Stellung der Monarchie ernstlich gefährden.

/3/ Wenn man sich der Pflicht nicht entzieht zu prüfen ehe man verurteilt, so sieht man sofort, dass die Haltung des Parlaments weder so unvernünftig noch so unentschuldig ist als oft behauptet wird: Der Umstand, dass die Regierung den Gedanken des octrois wichtiger Verfassungsänderungen gefasst hatte, musste ihr das Vertrauen der slavischen Parteien naturgemäss entziehen. Dafür hätten sich ihr nun die Deutschen zuwenden können. Das hätte zwar nichts daran geändert, dass der Gedanke des octrois verfehlt war und seine Ausführung zu einem Misserfolg führen musste; auch nichts daran, dass die Regierung niemals auf eine Majorität hätte rechnen können. Aber es hätte ihr wenigstens momentan

die Unterstützung einer starken Minorität gebracht. Nun stellte sie aber diesen Gedanken zurück ohne ihn jedoch vollends aufzugeben. Durch das erstere wurde jene Minorität desorganisiert, durch das letztere die Majorität vollends irritiert: Die Taktik einen Versuch ohne die octrois zu machen dieselben aber gleichwohl als ultima ratio drohend in Reserve zu halten, war wohl das Unglücklichste was geschehen konnte. Denn diese Drohung kann nicht wahrgemacht werden. Die octrois gehören zu den Dingen, die man, wenn man sie überhaupt tun will, schnell tun muss, ehe alle Widerstände organisiert und alle Proteste – als solche sind die Erklärungen der slavischen Parteien aufzufassen – ausgesprochen sind. Ist das geschehen, kann man nicht mehr oktroyieren, wenn man nicht die ernstesten Konsequenzen riskieren will. Während also gar nicht mehr daran gedacht werden kann, zu der ultima ratio der octrois zu greifen und sie daher als taktische Reserve wertlos sind, so muss gleichwohl das Spiel damit erbittern und – wie die Dinge stehen – das Prestige der Regierung schädigen.

Die Unklarheit über die Frage der octrois übertrug sich aber auf das ganze Nationalitätenprogramm der Regierung, das eben wegen dieser Unklarheit gar nicht deutlich formuliert wurde und formuliert werden konnte, so dass /4/ sich schliesslich alle Parteien bedroht fühlten und niemand zufrieden war, dafür aber jedermann solchem Schwanken gegenüber hoffen konnte seine Wünsche der Regierung durch brüskes Auftreten aufzuzwingen.

Das allein schon würde den Misserfolg erklären. Er wäre nur dadurch abzuwenden gewesen, dass sich die Regierung schon von vornherein offen und rückhaltlos auf jenen Standpunkt gestellt hätte, der auch aus aussenpolitischen Gründen – dem Schlagwort von der »Befreiung der Slaven« gegenüber – der allein haltbare ist, nämlich den Standpunkt der Föderation der Völker Österreichs auf der historisch gegebenen Grundlage, der stets von der konservativen Partei vertreten worden ist und neuerdings einen Ausdruck in dem Schlagwort der Kulturautonomie gefunden hat, den Standpunkt, der Föderalismus und Staatsnotwendigkeit ausgleicht und versöhnt und einen föderativen Zentralismus nicht mehr als Widerspruch erscheinen lässt. Dann hätte die Regierung sich sowohl mit fruchtbaren Vorlagen, sowie mit einer Amnestie, eine[r] feierlichen Krönung usw. einführen können und es wäre nicht notwendig gewesen, den Eid auf die Verfassung hinauszuschieben, was

überhaupt höchst bedenklich war. Mit ganz anderem entrain, in ganz anderer Stimmung, mit ganz anderem Effekt hätte die Regierung ihre parlamentarische Laufbahn begonnen.

Im Einzelnen gibt es noch Vieles, was die eine oder andre Partei jeder Mitarbeit abgeneigt machen musste. So ist es – und daran vermag es nichts zu ändern, dass jede derartige Mahnung in manchen Kreisen wie ein Hochverrat aufgenommen wird – nicht zu leugnen, dass seitens der Staatsverwaltung wie der übrigen Völker der tschechischen Nation Unrecht geschah. Es ist sinnlos, das zu ignorieren und zu verlangen, dass ein ganzes Volk – auf dessen Loyalität und Staatsfreudigkeit der Staat durchaus angewiesen ist – sich selbst verurteilt, indem es jedes Symptom von Ressentiment unterdrückt. Lüge selbst gar nichts anderes vor als die blutrünstige Phraseologie der /5/ Deutschnationalen so wäre es schon begreiflich, wenn die Čechen sich nicht ohne weiteres in dieselbe Majorität mit diesen setzen wollten. Es liegt aber – und das Staatsinteresse fordert es, das auszusprechen – mehr vor, und es ist moralisch und politisch eine der ersten Aufgaben jeder Regierung die Čechen zu beruhigen und zu gewinnen. Das wäre möglich gewesen durch entsprechende Erklärungen, durch Berücksichtigung begründeter Klagen und durch Vorlage des angedeuteten Nationalitätenprogramms. Nichts davon geschah. Und die Čechen, die vor einigen Monaten bescheiden und zugänglich gewesen wären, hatten Zeit, sich in die Stimmung des Stiefkindes tiefer einzuleben und eine feste regierungsfeindliche Haltung einzunehmen. Ähnliches gilt für die polnischen Parteien. Es ist ohnehin naiv anzunehmen, dass die Erklärung der Mittelmächte für polnische Selbständigkeit, die ein Schachzug in der Kriegsdiplomatie war, die Polen auch nur einen Augenblick die Gegnerschaft gegen Preussen oder ihre besonderen Interessengemeinschaften mit Russland vergessen lassen könnte. Ausserdem wurde die galizische Frage von deutsch-österreichischer Seite stets unter dem Gesichtspunkte der Schaffung einer deutschen Majorität erörtert, so dass sich der Ausschluss der Polen aus dem Parlament und der Staatsverwaltung und die Schädigung gerade der österreichfreundlichsten Elemente unter ihnen als das eigentlich Wesentliche ergab. Sie traten ebenfalls irritiert, auf Alles gefasst und niemand vertrauend in das Parlament ein, erfüllt von ihren Beschwerden gegen die Militärverwaltung und naturgemäss entschlossen der Regierung und den Deutschen durch Verweigerung ihrer Unterstützung ihre Unentbehrlichkeit zu demonstrieren, um beide ihren Forderungen gefügig zu machen.

Alles das ist sehr natürlich und war vorauszusehen, und eine Voraussetzung der Arbeitsfähigkeit des Parlaments wäre eine Verständigung mit diesen Parteien gewesen.

/6/ Solche Versäumnisse gab es viele. Sie leiten zu einem andern Punkte hinüber, zur parlamentarischen *mise en scène*. Immer wieder muss man aufs Neue darüber staunen, wie wenig österreichische Regierungen den elementarsten Anforderungen innenpolitischer⁸ Technik Rechnung tragen, wie wenig sie es verstehen in der Öffentlichkeit Boden zu finden, die Parteien in ihren Dienst zu stellen, die Atouts in ihrem Spiel zu verwerten. So geht in Österreich manche Möglichkeit verloren dem Staate und den konservativen Interessen einen Erfolg zu erringen, weil man die fundamentale Wahrheit vergisst, dass heute konservative Ideen nur in demokratischen Formen siegen können. Wie aus einer fremden Welt drang die Stimme der Regierung zum Parlament. Nicht ein einziges mal gelang eine Rede, schlug eine Pointe ein. In keiner Richtung, weder in der Finanz- noch der Mittelstands- noch der Agrar- noch der Sozialpolitik vermochte die Regierung den Eindruck klaren Willens, präziser Pläne zu machen, die etwa im Hause oder in der Öffentlichkeit hätten wirken können. Das Parlament hatte vielmehr den Eindruck von in Allgemeinheiten gehüllter Unsicherheit, von der keine Führung zu erwarten, keine kühne Aktion zu fürchten sei, der man aber leicht die Zügel entreissen könne. In mehreren Punkten gab dann auch die Regierung sofort ihre anfänglich eingenommene Stellung auf und um die Desorganisation vollständig zu machen gewährte sie ungestümer Forderung, was sie der Bitte versagt hatte.

Das alles wäre nicht nötig gewesen. Das Kabinett hätte so zusammengesetzt werden können, dass die Stimmen aller Ressorts beredt und wirkungsvoll von allen Problemen der Staatsverwaltung hätten berichten, gleichsam aus der Werkstatt der Arbeit für das Staatswohl hätte[n] herausklingen können. Man hätte aus den ja vorhandenen Vorlagen aller Art parlamentarische Erfolge machen, die Öffentlichkeit faszinieren, das Parlament bezwingen können durch die /7/ Erkenntnis, dass es einer starken, zielsichern Potenz gegenüberstehe. Ohne die Staatsfinanzen oder die Grundlagen der Gesellschaftsordnung zu gefährden, hätte man im Einzelnen Viel zu bieten gehabt, wenn man es nur wirkungsvoll gebracht hätte. Allein nichts davon geschah. Nicht einmal der Sprachminister meldete sich zum Wort. Alle Initiative fiel den Parteien zu – wie könnte man das Parlament tadeln, wenn es völlig aus der Hand kam und die sich selbst überlassenen Abgeordneten ihren

⁸ Im Original steht hier: innerpolitischer

gesellschaftlichen Formen entsprechend einander zu injuriieren begannen. Das hätte jede Korporation dieser Art getan, wenn man ihr keine Stütze bietet. Die beste Geschäftsordnung bleibt ein toter Buchstabe, wenn der belebende und disziplinierende Geist der Führung fehlt, die auszuüben und deren Technik zu beherrschen die Hauptaufgabe einer modernen Regierung ist.

II.

Unsere Betrachtungen führen zu einem tröstlichen Resultat: Nicht irgendwelche prinzipielle Staatsfeindlichkeit, nicht irgendwelche innere Unmöglichkeit hat den ja zweifellos vorhandenen Misserfolg verursacht, vielmehr sind die Grundbedingungen eines Erfolges immer noch vorhanden, wie ja schon die Tatsache lehrt, dass alle Parteien einer anderen Regierung die Staatsnotwendigkeiten bewilligen wollen und das Parlament in seinen Ausschüssen ruhig weiterarbeitet. Es ist absurd die Gründe des Misserfolges in bösen Absichten und tiefen Motiven der slavischen Parteien oder überhaupt in irgendetwas anderem zu suchen als in der verfehlten Politik und dem unglücklichen Auftreten der Regierung, das kein anderes Resultat ermöglichte und in keinem Parlament der Welt Erfolg gehabt hätte.

Die Mängel unseres parlamentarischen Lebens sind nur zu bekannt; aber es hat keinen Sinn und leitet nur das politische Urteil irre, wenn man dem Parlament schlechthin alles zur Last legt, was nicht nach Wunsch gegangen ist.

/8/ Die Krönung; eine Amnestie; ein offenes Bekenntnis zum Gedanken der Föderation und nationalen Autonomie – auf dieser Basis ist eine Majoritätsbildung möglich, der auch der grösste Teil der deutschen Abgeordneten angehören würde, sonst nicht. Diese Majorität sollte gewiss, wenn irgend möglich auch die Polen umfassen, aber ihre Grundlage müssen Deutsche, Tschechen und Südslaven sein; ganz abgesehen davon, dass der verfehlte Gedanke der liberalen Ära die Politik der Monarchie mit Deutschen und Polen zu machen, überhaupt nicht verdient neuerlich zum Leben erweckt zu werden, ist die heutige Stimmung und Lage der polnischen Parteien eine solche, dass sich die hochgehenden Wogen innerhalb derselben erst glätten und alle Dinge erst consolidieren müssen, ehe man sie als verlässliche Faktoren einer Regierungsmajorität betrachten kann, zumal ihre finanziellen Forderungen exorbitant sein würden, wenn die Majorität der Regierung von ihnen abhinge.

Dazu müsste ein wirkungsvolles finanzielles und wirtschaftspolitisches Programm kommen. Es kann nicht oft genug betont werden, dass auf diesem Gebiete die Regierung nie schwanken, nachgeben oder ihre Inspiration den Parteien überlassen darf. Denn erstens sind das die Aufgaben, die heute vor allem ein Prüfstein für den Charakter und das Talent sind, über die eine Regierung verfügt. Nichts hat die Regierung so geschädigt als das so schwache Finanzexposé. Zweitens ist es gerade hier notwendig sich den Dingen gewachsen zu zeigen, zu führen, durch Sachkenntnis und klare Ziele zu imponieren, weil sich sonst das Parlament aller wirkungsvollen Schlagworte bemächtigt, der Regierung nur das Unpopuläre überlässt und sie durch unerfüllbare Forderungen, deren Nichterfüllung gleichwohl bösem Willen oder Unfähigkeit zugeschrieben wird, in die Enge treibt und verächtlich macht. Gerade um solchen den Staat oder die Gesellschaftsordnung gefährdende Forderungen wirksam entgegentreten zu können muss man das Mögliche – und das ist, wie man auch heute aus der mustergültigen Programmrede des Grafen Eszterhazy sehen kann, ziemlich viel – selbst bieten und jede Mehrforderung als frivole agitatorische Phrase entlarven. /9/ Nur so kann man die konservativen Interessen im Wesentlichen unversehrt durch die schweren Erschütterungen geleiten, die uns bevorstehen, wenn die Regierung bei einer Politik des Nachgebens bleibt und deutlich Angst vor revolutionären Elementen zeigt, statt ihnen mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Notwendig ist weiterhin eine Erklärung über äussere Politik, wozu uns schon das ungarische Beispiel berechtigt. Bei aller Rücksicht und Treue gegenüber Deutschland und Ungarn darf man sich die ungeheuere politische Kraftquelle nicht entgehen lassen, die in dem Worte liegt: »Friede ohne Entschädigungen und Annexionen«. Man kann das umso sicherer, als mehr als das ja doch unerreichbar ist und man muss das umso entschiedener, als bei den gegenwärtigen Ernteaussichten sich die Monarchie der Erschöpfung rapide nähert und ihre einzige Chance in der Adoption jener Formel liegt.

Ein fester Ton gegenüber Ungarn ist mehr als alles Andere geeignet, die Regierung den österreichischen Parteien näher zu bringen und ein Band gegenseitiger Sympathie zu weben – denn wenige Dinge gibt es, in denen man bei uns so einig ist.

Eine Reihe von unterstützenden Massregeln, müsste hinzukommen, wie entsprechend wirkungsvoll gebrachte Erleichterung der Pressezensur oder die Wiederherstellung der Geschworenengerichte und vieles andere, was recht wohl möglich ist

und mit aufrichtiger Dankbarkeit entgegengenommen werden würde. Derartiges ist Teil der parlamentarischen Taktik, der politischen mise en scène. Unentbehrliche Voraussetzung der Möglichkeit einer solchen Taktik ist eine entsprechende Konstruktion des Kabinetts. Die Minister müssen auftreten, wirken, reden können, sonst wird das bestgemeinte Programm zu Boden fallen.

Sie müssen die öffentliche Meinung für sich gewinnen – und sich darauf stützen können. Nur dann werden sie im Parlament etwas bedeuten. Sie müssen es insbesondere auch verstehen alle die Kräfte, die das Herrenhaus enthält und die ganz latent geblieben sind, zu wecken, zu vereinigen und in politischen Einfluss umzusetzen.

/10/ Man fühlt das ja allgemein und diesem Gefühl verdankt die Idee der Parlamentarisierung der Regierung, dass sie trotz allen Schwierigkeiten immer wieder auftaucht. Allein nur dann wenn es gelänge die Führer der Parteien für das Kabinett zu gewinnen, so dass die betreffenden Parteien dann zu einer Unterstützung desselben gezwungen wären, könnte Wesentliches erreicht werden. Die Methode irgendwelche andere Persönlichkeiten als Vertreter der Parteien dem Kabinett einzufügen, ist dagegen kaum glücklich. Solche Vertreter können von ihren Parteien immer desavouiert werden und desorganisieren die Staatsverwaltung ohne doch der Regierung den kompensierenden Vorteil wirksamer Unterstützung zu bringen: Die Parteien werden dadurch in den Stand gesetzt alle Vorteile von »Regierungsparteien« zu geniessen, ohne doch deren Pflichten zu übernehmen, während die Regierung weder die Bewegungsfreiheit eines unparlamentarischen noch die Sicherheit eines parlamentarischen Kabinetts gewinnt – ganz abgesehen von der Frage, inwieweit die Parteien unseres Abgeordnetenhauses überhaupt über einigermassen »ministerable« Persönlichkeiten verfügen.

Besser wäre es daher eine Lösung der Personenfrage zu finden, die die erwähnten Voraussetzungen erfüllt ohne doch ein einfaches Conglomerat von Parteimännern zu sein, die den Streit und die Manieren des Abgeordnetenhauses in das Kabinett tragen würden. Freilich kann das kein einfaches Beamtenkabinett sein. Aber es dürfte nicht unmöglich sein, eine Gruppe von Männern zusammensetzen, die von gemeinsamen Prinzipien geleitet sind und ihr persönliches Gewicht, sachliches Können und parlamentarisches Talent zu wirklich einverständlichem aktivem politischem Auftreten zu vereinigen verstehen und sich auf den Boden des angedeuteten Programmes stellen wollen und können.

Gewiss wäre damit noch kein Problem gelöst. Das Parlament könnte niemals seine Vergangenheit vergessen. In der demokratischen Welle der Gegenwart bliebe es noch immer eigensinnig wie ein verrittenes Pferd. Die /11/ sachlichen Schwierigkeiten der innern und äussern Situation bleiben. Aber es bestünde was bis hierher noch nie bestand, gegründete Aussicht auf Erfolg.

Österreich steht an einem Scheidewege, vor einer Krise seiner Geschicke. Alle Möglichkeiten von Palliativen und dilatorischen Massregeln sind erschöpft. Ein zentralistisches Kabinett, das im Wesentlichen Beamtenkabinett sein und sich durch Oktrois sofort unmöglich machen muss oder ein föderalistisches Kabinett, das allein eine wirkliche Lösung der Schicksalsfragen versuchen und die innerpolitischen Verhältnisse konsolidieren kann, das sind die Alternativen. Die Zeit drängt, jedes Hinausschieben der Entscheidung erschwert die Lage, die nachgerade von immer weitem Kreisen als eine der ernstesten erkannt wird, denen die Monarchie jemals gegenüberstand.

Schumpeter

Joseph Alois Schumpeter
Politisches Memorandum, Juli/August 1917
Die Aufgaben und die Chancen des österreichischen Cabinetts

Graz, Juli/August 1917

Die Aufgaben und die Chancen des österreichischen Cabinetts

Der Misserfolg des Cabinetts Clam wird in der innenpolitischen Geschichte Österreichs stets als ein grosses Unglück erscheinen. Eine grosse Chance wurde dadurch verdorben, eine Reihe von wertvollen Programmpunkten durch unglückliche Formulierung und Vertretung discreditiert. Keine neue Regierung wird jemals wieder in Parlament und Öffentlichkeit so günstige Vorbedingungen eines Erfolges vorfinden. Täglich steigen die Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen, verdüstert sich die politische Atmosphäre, in der sie zu existieren haben wird.

Aber es hiesse das Unglück, das unleugbar darin liegt, dass der erste Schritt auf dem Wege zu normalen Verhältnissen ein Misserfolg für die Regierung war, noch potenzieren, wollte man es bei dem Misserfolg bewenden lassen und etwa zu dem Hilfsmittel des Beamten-cabinetts zurückkehren. Im Gegenteil fordert gerade jener Misserfolg ein Beharren bei der parlamentarischen Methode: Hätte die Regierung Erfolg gehabt, so wäre ihre Prestige dadurch gestiegen und sie hätte dann noch eher das Parlament fortschicken können – wie aber heute die Dinge stehen, ist das unmöglich, wenn man nicht eine Revolution riskieren will. Es ist daher dringend nötig, allen den Schlagworten entgegenzutreten, die der Misserfolg des Cabinetts Clam überall verbreitet hat: Dass man in Österreich nicht parlamentarisch regieren könne, dass die Neugestaltung Österreichs nur durch octroi durchzuführen sei usw. Vielmehr brauchen wir eine Regierung, die politischen Mut und parlamentarisches Geschick hat, um führen und etwas wollen zu können. Sonst schreitet die Desorganisation unseres politischen Lebens unvermeidlich vor. Sonst werden die

Regierungen Gegenstand mitleidiger Verachtung. Sonst wird Österreich zerrissen und willenlos auf der Friedenskonferenz eine jämmerliche Rolle spielen.

Dass der Misserfolg des Cabinetts Clam nicht aus einer ganz unmanageablen Schwierigkeit der politischen Lage, sondern aus der verfehlten Zusammensetzung, der schwankenden Politik, dem unglücklichen Auftreten des Cabinetts lag, glaubt der Autor dieser Zeilen an anderer Stelle gezeigt zu haben⁹. Dass trotz der Erschwerung der Lage, die unter der gegenwärtigen, aller Autorität und alles Könnens baren Beamtenregierung eingetreten ist, noch immer ein Erfolg möglich ist, soll im Folgenden dargetan werden.

1.) Die Aufgabe einer neuen Regierung sind so klar vorgezeichnet wie noch nie: Die gegenwärtige Lage stellt sie vor ein ganz bestimmtes Problem, dessen glückliche Lösung als erster Programmpunkt und *raison d'être* eines jeden Cabinetts anerkannt werden muss, wenn es irgend welche Chancen haben soll, die Völker Österreichs um sich zu rallieren. Dieses Problem ist, Österreich zum Frieden zu führen. Und zwar müsste diese Aufgabe ausdrücklich und mit diesen Worten vom neuen Ministerpräsidenten im Namen seines Cabinetts solenn „*urbi et orbi*“ der österreichischen wie der internationalen Öffentlichkeit verkündet werden, so dass dieses Ziel die politische Individualität der Regierung charakterisieren und ihr politischer *derby crack* werden müsste. Dadurch würde ein unerschöpflicher Quell von Prestige und politischer Kraft erschlossen, während andererseits eine Regierung, die bei den Völkern nicht das Vertrauen erweckt, dass sie aus eignere Macht und durch eigene Geschicklichkeit für den Frieden wirken kann, nie jenen wirklichen „*hold*“ über die Massen gewinnen kann, der sie vom Parlament bis zu einem gewissen Grade unabhängig macht und ihr eine von den Parteien zu fürchtende Position in der Öffentlichkeit gibt, für welche die Friedensfrage alles andere in den Hintergrund drängt.

Zugleich ist, ganz abgesehen von solchen Erwägungen politischer Taktik, die Friedensfrage eine Lebensfrage für die Monarchie, denn ihre Grundlagen sind bei Fortdauer der Feindseligkeiten auf das schwerste gefährdet, von dem drohenden finanziellen Zusammenbruch gar nicht zu reden. Setzt die Monarchie den Krieg fort, so wird sie, selbst bei militärisch günstigem Ausgang, mit gebrochener Kraft, national und sozial desorganisiert, finanziell ruiniert, ganz dem Bundesgenossen ausgeliefert und vom übrigen Europa getrennt, daraus hervorgehen. Vermag sie durch ihre Initiative zur Abkürzung des

⁹ Das bezieht sich auf das Memorandum Nr. 5

Krieges beizutragen, so wird ihre Position nach innen und nach aussen mehr gewinnen, als die irgend eines anderen Staates. Der Verfasser hat diesen Gesichtspunkt in früheren Memoranden vertreten, und möchte auf diese Seite der Sache, die die Friedensfrage für Österreich in einem ganz anderen Licht erscheinen lässt als für die übrigen kriegführenden Staaten, hier nicht nochmals eingehen.

Man pflegt nun der Forderung, dass die österreichische Regierung vor allem anderen für baldigen Friedensschluss Stellung zu nehmen habe, entgegenzuhalten, dass sie das aus zwei Gründen nicht kann. Erstens verbiete das die Rücksicht auf das Deutsche Reich, zweitens die Rücksicht auf die verfassungsmässigen Schranken der Kompetenz einer österreichischen Regierung, die die äusseren Angelegenheiten nicht umfasse. Allein, was den ersten Punkt betrifft: es ist selbstverständlich, dass wie jedes Glied der Entente, so auch jedes Glied des Vierbundes Rücksicht zu nehmen hat auf die Wünsche und die Bedürfnisse der Bundesgenossen, und dass die besonderen Kriegsziele jedes Gliedes nur innerhalb der Grenzen der Bündnispflichten verfolgt werden können. Das gilt auch für uns, und daraus folgt, dass jede österreichische Erklärung über äussere Politik diese Rücksicht nicht nur tatsächlich nehmen, sondern auch ausdrücklich hervorheben muss. Niemand denkt daran, Bündnispflichten zu verletzen und jede solche Imputation muss zurückgewiesen werden. Aber das heisst nicht, dass man auf eigene Kriegsziele verzichte oder dass man sie der Welt nicht offen darlegen dürfe. Keine Bündnispflicht geht soweit, dass man bis zur Willenlosigkeit abdicieren oder jedesmal um Erlaubnis in Berlin fragen müsste, wenn man den Völkern Österreichs sagen will, wofür sie kämpfen. Die würdelose Haltung unserer Regierungen hat beinahe dazu geführt, dass dergleichen gerade von uns und nur von uns gefordert wird – und das ist die Hauptursache, warum unsere Regierungen auch im Innern keine Autorität haben und alle Parteien nach Berlin zu schielen begannen. Aber das lässt sich ändern. Und ebenso wie es unsere Pflicht ist, nicht ohne Einverständnis mit Deutschland Frieden zu schliessen, ist es Deutschlands Pflicht, nicht ohne Zustimmung der Monarchie weiterzukämpfen. Ebenso wenig wie die Staatsmänner der einzelnen Staaten der Entente hindern die Bündnispflichten unsere Staatsmänner von unseren Kriegszielen zu reden.

Was den zweiten Punkt betrifft: Die Anschauung, dass unsere Regierung in Sache der äusseren Politik nichts tun dürfe als etwa Exposés des Ministers des Äusseren

herunterzulesen und dadurch einen kläglichen Eindruck der Subordination zu machen, wird widerlegt durch das ungarische Beispiel. Die zähe Widerstandskraft und das langdauernde Prestige der Regierung Tisza erklärt sich zum grossen Teil aus dem Gefühl in Ungarn wie bei uns, dass Graf Tisza in äusseren Dingen etwas wolle und könne – und manche innenpolitische Schwierigkeit wurde durch dieses Gefühl überwunden, manch innenpolitischer Gegner dadurch zum Schweigen gebracht. In wie hohem Masse das bei unseren Slawen der Fall wäre, wenn sie das Gefühl hätten, dass unsere Regierung ein Faktor einer ihnen sympathischen äusseren Politik ist, braucht nicht besonders zu betont werden.

Hätten wir auch nicht das Beispiel der ungarischen Praxis, so wäre noch immer eine Einflussnahme unserer Regierung verfassungsgemäss, vor allem aber selbst für das Ministerium des Äusseren und den Erfolg seine Politik gegenwärtig unbedingt nötig. Denn die Gepflogenheit, die äussere Politik mit einem alljährlichen Exposé in den Delegationen und einer bescheidenen, daran geknüpften Diskussion tant bien que mal zu erledigen, dürfte wohl für immer unmöglich geworden sein. Heute ist das management der äusseren Angelegenheit keine die Öffentlichkeit wenig interessierende Ressortsache mehr, sondern die wichtigste politische Frage, die nur mit Hilfe aller vorhandenen politischen Kräfte behandelt werden kann. Dazu genügt es nicht, dass der Minister des Äusseren, wie es ja geschieht, gelegentlich den einen oder anderen Abgeordneten oder Journalisten zitiert und mit grösserer oder geringer Geschicklichkeit für sich zu gewinnen sucht. Übrigens ist das „not playing the game“ – eine ganz unmögliche Methode, die die Autorität der Regierung untergräbt und ebenso unzulässig ist, wie ein meddling mit den inneren Angelegenheiten seitens des Ministers des Äusseren. Sondern da kann es sich nur um eine systematische Aktion der Instanz handeln, die über den innenpolitischen¹⁰ Apparat verfügt und mit allen Faktoren innenpolitischen¹¹ Lebens in engster Fühlung steht: um eine Aktion der österreichischen Regierung.

In allen Staaten ist die äussere Politik gegenwärtig zur innenpolitischen¹² Hauptfrage geworden, um die sich alle anderen Fragen und Gegensätze gruppieren, selbst in Deutschland. Überall begreift man heute, dass jede innere Politik ihr aussenpolitisches Complement hat, und dass zu jeder aussenpolitischen Stellung eine ganz bestimmte innere

¹⁰ In der Vorlage: innerpolitischen

¹¹ In der Vorlage: innerpolitischen

¹² In der Vorlage: innenpolitischen

Politik gehört. Überall sind die alten diplomatischen Methoden discreditiert und unwirksam geworden. Überall handelt es sich bei der Herbeiführung des Friedens nicht um diplomatische Schritte, sondern um die Bildung eines ganz bestimmten nationalen Willens in Bezug auf Kriegsziele und Völkerverständigung. Aber nirgends so sehr wie bei uns, wo die verschiedene Stellung der einzelnen Völker zur auswärtigen Politik den Staat in feindliche Lager zu zerreißen droht. Bei uns kann ein Minister des Äussern etwas erreichen, wenn die „innere Regierung“ es nicht versteht „to play up to him“ und ihm den Boden zu bereiten und die Voraussetzungen zu beschaffen: Kann sie das nicht, wird die Stellung der Monarchie nach aussen immer schwach und unselbständig sein müssen. Dazu kommt, dass die Stimmung der „kleinen Völker“ ein schwieriges Element des Problems und das Schlagwort von der „Befreiung der kleinen Völker“ das wichtigste à tout der Entente ist. Eine äussere Politik der Monarchie kann nur dann Erfolg haben und von der Entente acceptiert werden, wenn unsere „kleinen Völker“ mit ihr einverstanden sind und sie stützen, sodass Österreich einerseits nach aussen in seinen Zielen geeint und andererseits nach innen soweit gefestigt erscheine, dass sich Europa über seine Zukunft beruhigen kann, jedenfalls aber alle Gegner jenes wichtigste Schlagwort verlieren.

Unsere Nationalitäten für eine spezifisch österreichische Politik zu gewinnen, ist daher die nächste Aufgabe u[nd] z[war] eine Aufgabe, die nur die österreichische Regierung lösen und deren Lösung nur dann gelingen kann, wenn sie den Nationalitäten gegenüber eine eigene äussere Politik zu vertreten, und die Garantie zu bieten hat, dass sie sich auch durchsetzen kann – und kein blosser Agent für andere Faktoren ist. Die Lösung dieser Aufgabe setzt aber ihrerseits einen innenpolitischen modus vivendi voraus – eine wenn auch nur angebahnte Lösung des Nationalitätenproblems, das – man mag sagen, was man will –, tatsächlich zu einem internationalen europäischen Problem geworden ist und im Angesicht Europas und mit dem Beifall der europäischen Meinung gehandelt werden muss.

2.) So ergibt sich aus der Grundaufgabe der österreichischen Regierung: Österreich zum Frieden zu führen – die spezielle innenpolitische Aufgabe, den nationalen Frieden im Inneren zu sichern. Darüber seien nun einige Bemerkungen erlaubt. Da endlich jede Regierung auch die laufenden finanziellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten sachgemäss und erfolgreich behandeln muss, wenn sie nicht an der Klippe der Wirtschaftslage trotz besten Willens und grössten politischen Könnens scheitern soll, so

mögen¹³ sich daran noch einige Worte schliessen. Zum Schluss seien endlich einige für den Gesamterfolg der Regierung wichtige Nebenpunkte erwähnt.

Schon aus aussenpolitischen Gründen muss das Nationalitätenprogramm der Regierung – in seinen fundamentalen Prinzipien wenigstens – bereits Bestandteil der ersten grossen Enunziation des Cabinetts sein. Denn, wie gesagt, ein allseits annehmbarer Entwirrungsplan für unsere inneren Schwierigkeiten ist das Eintrittsbillet der Monarchie zum Friedenskongress. Dabei kann und muss man sich sofort gegen jede Einmischung fremder Mächte in die inneren Verhältnisse der Monarchie verwahren – allerdings nicht bloss gegen eine Einmischung Englands oder Russlands, sondern auch ganz ebenso energisch gegen eine Einmischung Deutschlands oder Ungarns (das letztere wäre ein gutes Mittel der Regierungserklärung allgemeinen Beifall im Abgeordnetenhaus zuzuführen). Aber trotzdem muss die Erklärung so gehalten sein, dass der Zusammenhang des Nationalitätenprogramms mit der äusseren Politik erkennbar hervortritt und dass die Staatsmänner der Entente die Erklärung als eine Erfüllung ihres Postulates betrachten können. Es muss jene gegenwärtig geübte Taktik aufgegeben werden, die darin besteht, dass man erklärt, man führe einen Verteidigungskrieg und überlasse es eben der Entente, die an allem „schuld“ sei, mit Friedensvorschlägen an die Zentralmächte heranzutreten: Diese ebenso unaufrichtige wie unfruchtbare Attitude, die man in Berlin eingenommen hat und die jede Annäherung wirksam verhindert, darf von der Monarchie nicht länger recipiert werden; das Mittel darüber hinauszukommen liegt eben in einer entsprechend formulierten Erklärung der österreichischen Regierung über die Nationalitätenfrage.

Auch aus innerpolitischen Gründen muss ein bestimmter nationalpolitischer Vorschlag sofort nach der Erklärung des Friedenswillens und in erkennbarem Zusammenhang mit dieser im Programm der Regierung stehen. Denn wie keine Regierung Vertrauen, Autorität, Unterstützung gewinnen kann, die nicht den Eindruck erweckt, dass sie für den Frieden etwas tun will und vor allem kann, ebenso kann keine Regierung in Parlament und Öffentlichkeit Fuss fassen und politische Macht gewinnen, die nicht offen sagt, wessen man sich von ihr in nationalpolitischen Dingen zu versehen habe, die nicht einen ganz bestimmten nationalpolitischen Willen und Fähigkeit und Ressourcen zu seiner Durchführung zeigt. Deshalb war der Gedanke der Schaffung eines besonderen Staatsrats

¹³ Unsichere Lesart: mögen

für diese Frage so überaus unglücklich und so überaus schädlich für das Prestige der Regierung: Die Regierung schien damit jeder eigenen Initiative in der wichtigsten aktuellen Frage völlig zu entsagen, der Verantwortung gerade an der entscheidenden Stelle des politischen Terrains ängstlich auszuweichen, dem Pferde resigniert die Zügel auf den Hals zu legen. Jede Regierung, die das tut, ist in Gefahr, sich die öffentliche Verachtung zuzuziehen. Vor allem aber ist eine gedeihliche, besonderen Zwecken der äusseren Politik angepasste, Lösung des Problems nur denkbar, wenn die Regierung unter eigener Verantwortung einen Vorschlag macht, mit dem sie steht und fällt, wenn sie führend hervortritt, schon im Programm ein „lead“ darbietet und den Mut hat zu sagen: cest à prendre ou à laisser. Schon solche Entschiedenheit würde imponieren und eine erfolgreiche Behandlung der Sache einleiten. Riskiert wird nichts dadurch, denn wenn nicht so, dann geht die Sache überhaupt nicht. Aber sie würde gelingen und das dabei gewonnene Prestige würde der Regierung auch in allen anderen Fragen eine Autorität geben, wie sie noch keine österreichische Regierung hatte.

Wäre die Situation nicht reif zum Einbringen eines Nationalitätengesetzes, so wäre es allerdings zweck- und sinnlos, in Eile nach einer Lösung des Problems unter den gegebenen Umständen zu suchen. Aber so steht es nicht. Im Gegenteil, man braucht heute nur die Frucht langer politischer Arbeit zu pflücken, welche schon zweimal, 1890 und 1911 nahe an einem deutsch-čechischen Ausgleich herangeführt hat. Man kann sich darauf berufen, dass die jahrzehntelange Diskussion zu solcher Annäherung der Standpunkte geführt hat, das eine Einigung heute für niemand mehr allzu schmerzliche Opfer bedeutet. In der Tat, so sehr die Phraseologien der Parteien differieren, so gering müssen die sachlichen Gegensätze dem urteilsfähigen Parteimann erscheinen. Dabei ist es ein ganz besonders glücklicher Umstand, dass die Ideen für die eine österreichische Regierung nach der anderen und, wenn auch in teilweise anderer Art, unsere conservative Gesellschaft von der Ära Hohenwart herwärts immer eingetreten ist, heute in wirkungsvoller Terminologie von den Sozialdemokraten vertreten werden. Sieht man näher zu, so ist der sachliche Unterschied zwischen dem, was schon Graf Hohenwart wollte und dem, was heute Herr Dr. Renner vertritt, so gering, dass die Regierung die überaus günstige taktische Position einnehmen kann mit populären demokratischen Schlagworten Vorschläge zu bekleiden, die in ihrem Kern eminent konservativ sind. Dabei ist nur darauf zu achten – und eben darin

liegt die Schwierigkeit, an deren Überwindung sich die Geschicklichkeit der Regierung in Debatte und Formulierung bewähren kann –, dass man alle die Gefühle der einzelnen Parteien schone, die sich in viel höherem Masse an Worte als an sachliche Differenzen knüpfen. Jedermann – auch die Deutschradikalen, wie aus ihrer letzten Enunciation hervorgeht – erkennt an, dass jede Nationalität volle Autonomie in ihren eigenen Angelegenheiten gewährt werden muss. Das ist die Grundlage, die allen gemeinsam ist. Nun legen die Einen Gewicht auf die historischen Ländergruppierungen, vor allem also darauf, dass die Länder der Wenzelkrone als eine besondere Einheit erscheinen. Dagegen steht die anderen auf dem Standpunkt der „Personalautonomie“, d. h. des Grundsatzes, dass die Gesamtheit der Individuen einer Nationalität, je eine Einheit bilden sollen u[nd] z[war] entweder je eine neue Einheit, oder Einheiten innerhalb der vorhandenen und aufrecht zu erhaltenden Kronländer. Diese Standpunkte gilt es nun zu vereinen. Das ist durchaus möglich: Man kann die südslavischen Landstriche zu einer Einheit zusammenfassen und dadurch den Grundstein zu einer späteren trialistischen Gestalt der Gesamtmonarchie legen ohne doch vorläufig mit Ungarn in einen momentan nicht wünschenswerten Konflikt zu geraten. Man kann die Länder der Wenzelskrone zu einem Ganzen constituieren und durch eine Krönung in Prag einen Wunsch des čechischen Volkes erfüllen, und zugleich innerhalb derselben ein – staatsrechtlich unter der Wenzelskrone stehendes – deutsches Gebiet mit ausreichender Autonomie ausstatten. Und man kann die beiden Erzherzogtümer, Salzburg, Tirol und Vorarlberg[,] die deutschen Teile von Steiermark, Kärnten und Krain zu einer autonomen Ländergruppe zusammenfassen. Die galizische Frage kann erst nach Abschluss eines Krieges gelöst werden, denn die Monarchie kann auf diese Gebiete weder verzichten, noch den beiden galizischen Völkern im gegenwärtigen Zeitpunkt eine bestimmte Stellung im Staatsgefüge anweisen, das wie auch die Stellung Istriens und des Küstenlandes, sind Probleme, die sich mit dem Friedensschluss ganz von selbst lösen werden, wenigstens im Prinzip. Natürlich soll die Regierungserklärung nur solche Grundgedanken enthalten. Die Detail der Neugestaltung können und müssen im Parlament durchdiskutiert werden und brauchen nicht als Lebensfragen der Regierung zu gelten. Wichtig ist in dieser Beziehung lediglich, dass bei dieser Diskussion die Regierung die Führung in der Hand behält, was einer starken, wortgewandten Regierungsbank, die energisch auftritt, auch stets gelingen wird. Wenn soeben versucht wurde, die Grundlinien einer möglichen Lösung zu skizzieren,

so war sich der Verfasser vollkommen bewusst, dass diese Fragen nicht mit wenigen Worten abgetan werden können und dass jede solche Skizze Einwendungen und Missverständnissen ausgesetzt ist, die eine ausführliche Darstellung nicht zu fürchten hätte. Doch kommt es hier auf den Grundgedanken an: Die Vereinigung der Idee des historischen Rechts – im Falle der Sudetenländer also des „böhmischen Staatsrechtes“ mit den modernen Schlagworten der Völkerföderation und der „Kulturautonomie“.

Weit entfernt, das überhaupt mögliche Mass von „Zentralismus“ oder gar den Staatsgedanken zu gefährden, würde ein solcher Plan vielmehr gerade Beides retten und den Staat auf einer breiten und sicheren Basis neu erbauen. Doch darf man nie vergessen, dass auch das beste Nationalitätenprogramm nur den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung tragen und, wenn sich diese ändern, obsolet werden kann. Deshalb und weil in schwieriger Materie nicht jeder Fehlgriff zu vermeiden sein wird, darf die Krone nicht mit einer moralischen Verantwortung für den konkreten Inhalt des nationalen Ausgleichs belastet werden. Es ist ein schweres Unrecht, beinahe eine Pflichtverletzung, wenn die Regierung mit einem „Druck von oben“ zu arbeiten sucht, der die Krone exponiert und in den politischen Kampf herabzieht. Sache der Regierung ist es vielmehr, wie die politische so auch die moralische Verantwortung zu tragen, ein Programm als das ihre zu bezeichnen und dafür zu kämpfen, eventuell mit ihm zu fallen, kurz schützend vor dem Throne zu stehen, statt stets an ihn um Hilfe zu appellieren. Ihr steht ja ein Apparat verfassungsmässiger Mittel zu Gebote, auf den gestützt sie auch ohne die höchste Autorität im Staate durch stete Berührung mit den Parteien zu profanieren, energisch auftreten kann. Im gegenwärtigen Zeitpunkt kommt vor allem das Mittel der Auflösung eines unmanageablen Parlamentes in Betracht¹⁴, das man mit Unrecht perhorresziert, obgleich man doch am Beispiel Ungarns sieht, wie wirksam schon die blosser Verkündigung eines Entschlusses ist, davon eventuell Gebrauch zu machen. Während der verfassungswidrige octroi nur erbitterte, würde dieses verfassungsmässige Mittel ernüchtern und gefügig machen. Und wenn es zu seiner Anwendung käme, so könnte eine Regierung, die zu den Völkern zu sprechen und „Wahlen zu machen“ versteht, auf einen grossen Erfolg hoffen. Wenn man die Differenzen zwischen Čechen und Südslaven, die Entzweiungen im polnischen, čechischen und deutschen Lager

¹⁴ Es ist möglich, dass hier die handschriftliche Unterstreichung im Typoskript nicht von Schumpeter, sondern von dritter Hand eingefügt worden ist.

betrachtet, so erkennt man die Fülle von Chancen, die eine Regierung hätte, der es nicht allein an allem politischen Mute und vor allem *savoir faire* gebricht.

3. Während dieser Kampf ausgekämpft wird, vergeht Zeit und unterdessen wird die wirtschaftliche Lage der einzelnen Interessen und die finanzielle Lage des Staates täglich und stündlich bedenklicher. An sich schon ernst, wurde sie durch eine Reihe verfehlter Massregeln, die das Wirtschaftsleben desorganisiert haben, und durch das schwächliche, unsichere Auftreten der aufeinanderfolgenden Regierungen noch mehr als nötig verschärft. Wie die Dinge stehen, gibt man jedem Schlagwort nach, erfüllt man jede Forderung der Strasse, zeigt man undisziplinierten ja fast revolutionären Elementen in keiner Weise die so nötige Energie. In Landwirtschaft und Industrie wird der Unternehmungsgeist künstlich unterbunden. Durch eine verfehlte Steuerpolitik wird Beunruhigung in alle Kreise getragen. Das heisst eine Krise herbeiführen und einer Revolution den Boden bereiten. Wohin man blickt, überall sieht man Unterlassungen oder – noch schlimmer als Unterlassungen – falsche Massregeln. Wie vor dem Kriege nichts geschehen war, um den Krieg wirtschaftlich und finanziell vorzubereiten, z. B. fremde Geldmärkte für österreichische Interessen zu gewinnen, so geschieht auch jetzt entweder nichts, um seine Führung und die Überleitung zu normalen Zuständen zu erleichtern oder es verhindern brutale und unsachliche Massregeln das, was die Einzelnen in ihrem eigenen Interesse dafür tun würden. So gleitet die Monarchie unaufhaltsam in ein Verhältnis der Abhängigkeit vom Deutschen Reich hinein, dass sehr bald durch ein Zollbündnis für alle Zeiten besiegelt werden kann.

Hier wird die Stellung jeder neuen Regierung voll Schwierigkeiten sein, denen nur höchstes Geschick und parlamentarische Kraft des Cabinetts gewachsen sein kann. Zunächst muss der Abschluss einer Zoll- und Militärconvention mit dem Deutschen Reiche, die uns aller Sympathien in der Welt und zugleich aller Selbständigkeit berauben würde, verhindert werden, ohne den Bundesgenossen zu verletzen. Sodann muss der um sich greifenden Desorganisation unserer Wirtschaft und der allgemeinen Beunruhigung gesteuert werden, um weitere Kriegsanleihen möglich zu machen und auch dem Ausland Vertrauen zu unseren Verhältnissen einzuflössen. Weiters muss der Entwertung unserer Valuta gesteuert werden, wenn die Monarchie creditfähig bleiben soll. Ferner muss die Produktion, besonders die landwirtschaftliche, durch eine Reihe dringend nötiger Massregeln gefördert werden – anderenfalls steht selbst im Frieden eine Hungersnot zu befürchten und in ihrem

Gefolge eine Revolte. Endlich sind manche die Staatsfinanzen wenig belastende und trotzdem wirksame sozialpolitische Massregeln unbedingt notwendig.

Über jeden dieser Punkte, die mit Ausnahme des ersten ebenfalls im Regierungsprogramm wirkungsvoll formuliert werden müssen, könnte nur in besonderen Denkschriften gehandelt werden. Hier sind lediglich zwei Dinge zu betonen: Erstens sind alle diese Probleme zwar schwierig und vor allem dringend, aber keineswegs hoffnungslos. Entsprechende Einsicht und entsprechendes Können würden auf allen diesen Gebieten die Situation zu retten oder wesentlich zu bessern vermögen. Ja es ist sogar möglich, die nötigen Massregeln zu politischen Erfolgen zu machen. So ist gewiss die staatsfinanzielle Frage ernst, ein Teil der richtigen Massregeln unpopulär; aber selbst hier kann durch eine sachgemäße Reform der Finanzverwaltung gleichzeitig der Staat finanziell gewinnen und der Steuerzahler entlastet, vor allem aber von einer Reihe exasperierenden dabei aber ziel- und sinnlosen Chicanen befreit werden besonders im Gebiete des Gebührenrechtes. Das ist nur ein Beispiel für viele. Ein anderes bietet die „Kohlenfrage“, die lediglich durch gouvernementale Ungeschicklichkeit zu solchen Dimensionen anwuchs. In allen solchen Fällen kann jede nicht in den Traditionen der Verwaltung erstarrte Regierung sich einen der Öffentlichkeit imponierenden Ruf von efficiency schaffen, der dann auch politisch weiterhilft. Wenn weder in sachlicher noch in politischer Hinsicht unsern Regierungen Erhebliches zu gelingen pflegt, so liegt das eben daran, dass der altgediente Verwaltungsbeamte nicht das geeignete Instrument für solche Aufgaben ist und, selbst wenn er eine gute Massregel vorzuschlagen hat (was bei dem gegenwärtigen Mangel an hervorragenden Persönlichkeiten in unserer Staatsverwaltung nicht oft der Fall ist), sie so lahm und unwirksam vertritt, dass ihre Vorzüge weder dem Parlament noch der Öffentlichkeit zum Bewusstsein kommen und die Früchte tüchtiger Referentenarbeit einfach zu Boden fallen. Das führt auf das andere Moment, das hier betont werden sollte: Denn zweitens erfordern alle jene Probleme eine entsprechende mise en scène der ihrer Lösung dienenden Massregeln. Man darf nicht temperamentlos einen Gesetzentwurf nach dem andern durch die betreffenden Ministerialreferenten dem Hause vorlegen oder gar sich die Vorlage vom Hause jedesmal abnötigen lassen. Man darf nicht alle populären Massregeln der Initiative des Hauses überlassen, der man sich dann unterwirft. Vielmehr müssen die nötigen Massregeln in systematischer Folge, wohl vorbereitet in der Presse, energisch

unterstützt durch das Auftreten des ganzen Cabinetts, nicht bloss des Ressortministers, und durch das Auftreten des Cabinetts schon in der Öffentlichkeit und nicht erst im Parlament, rhetorisch wirkungsvoll gebracht werden, wobei immer auf ausreichende Rückendeckung in der Debatte geachtet werden muss. Das ist das ABC aller politischen Technik und seine völlige Vernachlässigung durch unsere Beamten-cabinetts erklärt zum grossen Teil deren Misserfolge und die darauf regelmässig folgenden Klagen über die Einsichtslosigkeit des Parlaments. Beachtet man aber diese Grundsätze, so kann man auch, was dann eine weitere Voraussetzung des Erfolges ist, mit Entschiedenheit führen. Es wird dann z. B. dem Finanzminister möglich, alle staatsfinanziellen Massregeln in jedem Jahr zu einem grossen, faszinierenden, weite Ausblicke eröffnenden Plan zusammenzufassen, statt sie einzeln, der Öffentlichkeit unverständlich und schwächlich vorzubringen. Er kann dann sagen: „Das ist der richtige Weg. Die Regierung weist ihn und wird ihn gehen“ – kurz, eine wirksame Budgetrede nach englischem Vorbild halten, jene kraftvolle Zielbewusstheit zeigen, der die Völker und Parlamente vertrauen und der sie sich fügen – im Übrigen aber das Wirtschaftsleben vor lähmender Beunruhigung bewahren. Eine Regierung, die sich da bewährt, wird auch in den übrigen Fragen eine politische Macht sein, ebenso wie umgekehrt ein nationalpolitischer Erfolg ihr das Einnehmen einer selbstbewussten Stellung auf dem Feld der Finanz- und Wirtschaftsfragen erleichtern wird.

4. Zu den Aufgaben einer jeden neuen Regierung gehört endlich eine Reihe von Massregeln, zu ihrem Programm eine Reihe von Punkten, die geeignet sind, das öffentliche Interesse zu beschäftigen und der Regierung eine Position im Mittelpunkt der täglichen Diskussion zu sichern, deren politischer Wert in der Steigerung ihres Prestiges liegt, auf das sie sich dann dem Parlament gegenüber stützen kann. So empfiehlt sich aus einer Reihe von Gründen die Aufnahme eines Passus über internationale Schiedsgerichte, Friedensorganisationen, Rüstungsbeschränkungen in das Regierungsprogramm. Keine Partei könnte es, ohne dass sich ihre Wähler gegen sie wenden, wagen eine Regierung anzugreifen, die sich mit diesen Ideen identifiziert. So empfiehlt es sich, die ja ohnehin unvermeidliche Wiederherstellung der Pressefreiheit nicht zögernd und widerwillig, sondern mit *bonne grace* und wirkungsvoll zu gewähren: das Resultat für die Presse ist in beiden Fällen dasselbe; für die Regierung bedeutet aber der erstere Weg eine Niederlage, der letztere einen Erfolg. So gibt es noch viele Massregeln, die ohne ein staatliches und

conservatives Interesse zu verletzen, gleichwohl dem Bedürfnis der Zeit nach demokratischen Schlagworten genügen und der Regierung die Bewunderung und Dankbarkeit von Tausenden zuführen würden. An erster Stelle aber stünde die Gewährung einer Amnestie, wenn wir nicht glücklicherweise dieser unbedingt nötigen Voraussetzung alles Weiteren schon teilhaftig geworden wären.

In diesem Zusammenhang mag erwähnt werden, wie zweckmässig es wäre, wenn jeder Ressortminister des neuen Cabinetts eine solche populäre Massregel als cheval de bataille herausbringen würde. In jedem Ressort gibt es reformbedürftige shortcomings, deren Beseitigung der Öffentlichkeit oft sehr am Herzen liegt, ohne dass sie für den Staat das geringste Opfer involvierten. Ein Beispiel: Fast jede Familie in Österreich leidet in bekannter tragisch- komischer Weise an der Tyrannei unserer Schulbureaukratie aller Grade. Das öffentliche Interesse an Schulfragen ist daher fast lächerlich gross. Tatsächlich lässt sich da auch vieles bessern. Tut man das nun in einer effektvollen Weise, so erwirbt sich die Regierung den – politisch sehr wertvollen – Dank weitester Kreise ohne dass doch irgendeine dem Interesse von Kirche und Staat gefährliche Concession gemacht zu werden braucht, im Gegenteil! Ebenso könnte der Minister des Innern einige der Fesseln lösen, die das Privatleben in Österreich oft beinahe unerträglich machen – und tut er das mit einer gewissen bonhomie, trifft er dabei jenen charakteristisch österreichischen Ton, so kann aus einer Kleinigkeit ein politischer Erfolg entspringen. Es gibt kein Ressort, in dem dergleichen nicht möglich ist, mehrere aber, in denen grosse Aktionen (Agrarrecht, Wasserrecht, Elektrizitätsrecht) völlig vorbereitet und die Früchte langer Arbeit leicht zu pflücken sind. Dazu ist keine weitere Facharbeit nötig. Fachliche Autoritäten stehen zur Verfügung. Die politische Durchführung dieser Dinge bedarf nicht etwa wissenschaftlicher Detailkenntnisse, sodass sie von einem Staatsmann als solchem nicht in Angriff genommen werden könnte. Das glaubt man immer bei uns und der homme du monde weicht solchen Aufgaben aus. Allein das englische Beispiel zeigt, dass technische und politische Arbeit verschiedene Dinge sind und das ein gentleman, der keine Ahnung von der Technik z. B. der elektrischen Industrie hat, doch sehr gut aus einem Elektrizitätsgesetz einen politischen Erfolg zu machen vermag.

Eine Regierung, die das alles tut, braucht nicht jeder Laune der Strasse zu weichen. Sie hat die Kraft, gegebenenfalls „Nein“ zu sagen und die Autorität des Staates und die

Disziplin in der Beamtenschaft aufrecht zu erhalten. Vor allem aber kann sie, gestützt auf ihre durch Leistungen begründete Stellung verhindern, dass sie in Berlin und Budapest als quantité négligeable betrachtet wird. Ein für Österreich ungünstiger 20jähriger Ausgleich, der ausserdem ein allen österreichischen Interessen widersprechendes Bekenntnis zum Dualismus bedeutet, sollte nicht leichthin abgeschlossen werden. Und ein für Österreich Vasallität bedeutendes Zoll- und Handelsbündnis mit dem Deutschen Reich darf nicht gleichsam hinter dem Rücken der Völker Österreichs von einigen Ministerialbeamten abgeschlossen werden. Die Verhandlungen haben am 23. Juli begonnen. Ihr Resultat kann, wenn nicht rechtlich, so doch tatsächlich, Österreich vor ein fait accompli stellen, das alle Hoffnungen auf internationale Verständigung vernichten kann, indem es ein grosses von Deutschland beherrschtes Wirtschaftsgebiet schafft, und das unsere Slawen zu staatsfeindlicher Gesinnung treiben muss. Diese Klippe zu umschiffen, ist höchste taktische Geschicklichkeit und eben jene feste Position der Regierung nötig, deren Voraussetzungen erörtert wurden. Im Programm der Regierung darf weder über den Ausgleich mit Ungarn noch über dieses Zollbündnis etwa enthalten sein. Doch dürfte es sich empfehlen, einen selbstbewussteren Ton als bisher möglichst bald anzuschlagen: das wird, wie gar nicht anders es könnte, die Völker Österreichs um die Regierung rallieren.

5. Zum Schlusse möge noch auf eine Vorbedingung für das Gelingen, ja selbst für das Entrieren der skizzierten Politik hingewiesen werden: Die richtige Bemannung des Cabinetts. Man braucht die einzelnen erörterten Punkte nur zu überblicken, um sofort einzusehen, dass nicht mehr und nicht weniger als Alles davon abhängt, wie die Dinge getan werden. Überall, auf Schritt und Tritt, ist Prestige, Autorität, Redegewandtheit, Auftreten, Zusammenwirken nötig. Die Minister müssen einander sympathisch sein, gesellschaftlich miteinander verkehren, beim Allerhöchsten Hofe wohlgelitten sein, die Öffentlichkeit beschäftigen, womöglich faszinieren – kurz sich überall, wo sie auftreten, auch persönlich behaupten können. Einige, wie z. B. der Finanzminister, müssen Originalität, parlamentarisches Talent und tiefste Vertrautheit mit den Fragen der Wirtschaftspolitik vereinen. Sie müssen die Welt kennen und auch ausserhalb Österreichs bekannt sein: Sie müssen etwas bedeuten, etwas wollen, etwas können. Auch ist es nicht unwichtig, dass sie, eben um cordial zusammenzuarbeiten und einander zu verstehen, in Anschauungen und Lebensgewohnheiten nicht allzusehr differieren. All das macht die

Stärke und efficiency englischer und – ungarischer Ministerien aus. Ähnliches müsste auch bei uns versucht werden, wenigstens annähernd und bezüglich einer engeren Gruppe innerhalb des Cabinetts. Das ist wichtiger als hingebungsvolle Erledigung der einzelnen Akten, die nicht Sache des Ministers ist und viel besser von Beamten getan wird, während die Minister politisch führen sollten.

Schon dies Erwägungen zeigen, dass keine der beiden üblicherweise genannten Alternativen: Beamten- oder Parlamentariercabinettt gegenwärtig der Sachlage entspricht. Die Mängel, die einem aus Männern der Verwaltung gebildeten Cabinettt anhaften, sind schon oft hervorgehoben worden: In den Jahrzehnten untergeordneter Bureauarbeit geht auch vortrefflichen Männern alle Entschlussfähigkeit, Selbständigkeit, Weite des Blicks verloren. Der Welt, dem Parlament, der Öffentlichkeit fremd, treten sie stets mit jener Unsicherheit auf, die in politischen Dingen schon an sich Misserfolg bedeutet. Und die tägliche Arbeit im Detail vernichtet das Verständnis für die grossen Fragen und die politischen Chancen, ja man kann sagen, dass diese Art von Erfahrung eher der inneren Beherrschung der Probleme hinderlich ist.

Eine parlamentarische Regierung aber ist gegenwärtig unmöglich. Da sich Čechen, Sozialdemokraten und Christlichsoziale fernhalten würden und der Beitritt der Südslaven nicht von Dauer sein könnte, so blieb nur eine Koalition aus Elementen des deutschen Nationalverbandes und der polnischen Parteien, wobei noch manche andere Elemente auch dieser Gruppe opponieren würden. Eine von polnischer Unterstützung abhängige Regierung bedeutet aber den Ruin unserer Finanzen, eine mit dem deutschen Nationalverband als Hauptstütze arbeitende Regierung muss notwendig die Monarchie einer Krise entgegenführen. Da also jede solche Kombination eine Karikatur der Konzentrationsidee wäre und in kürzester Zeit kläglich scheitern müsste, so können zwei Fragen dahingestellt bleiben, die andernfalls sehr relevant wären: Ob es unter unseren Parteiführern ministrable Persönlichkeiten überhaupt gibt und ob es einen Sinn hat, ein Cabinettt aus Parlamentariern zu bilden, die nicht¹⁵ offizielle Führer ihrer Parteien sind und die offizielle Unterstützung ihrer Parteien der Regierung zuführen. Die österreichische Praxis bisher war nämlich in solchen Fällen, dass sich die Parteien, trotzdem sie im Cabinettt vertreten waren, „freie Hand vorbehielten“ und auf diese Weise zugleich die Vorteile einer Regierungs- und einer

Oppositionspartei genossen, während die Regierung und der Staat durch dieses Arrangement wenig mehr gewannen, als das Recht, den Preis für eine Unterstützung zu zahlen, die immer im entscheidenden Moment versagte.

Diese Erwägungen weisen auf eine dritte Möglichkeit: Die Zusammensetzung des Cabinetts aus Männern von Stellung, Namen und Können, die weder Parlamentarier noch Beamte sind, d. h. nicht als solche in das Ministerium treten, ohne dass natürlich der zufällige Besitz dieser Qualifikationen ein Ausschliessungsgrund wäre. Sie müssten in den Grundsätzen einig sein und aktiv für [...]¹⁶

¹⁵ Es ist möglich, dass hier die handschriftliche Unterstreichung im Typoskript nicht von Schumpeter, sondern von dritter Hand eingefügt worden ist.

¹⁶ Hier, mit dem Ende der S. 20 des Typoskriptes, bricht der Text ab. Es fehlt wohl nur die Schlußpassage.

Joseph Alois Schumpeter
Politisches Memorandum,
Johannisbad, August 1917¹⁷

Es wäre zwecklos zu leugnen, dass unsere innenpolitische¹⁸ Lage ein allgemein europäisches Problem ist. Wir können noch so energisch fremde Einmischungen in unsere Angelegenheiten ablehnen – wobei nur gelegentlich vergessen wird, dass reichsdeutsche und ungarische Einmischung viel unangenehmer ist als die der Westmächte – aber wir können uns der Tatsache nicht entziehen, dass die Monarchie nur dann eine Möglichkeit hat auf einem Friedenskongress eine creditable Rolle zu spielen, wenn sie der fundamentalen Forderung genügt, auf die die Gegner gerade bei ehrlichstem Friedenswillen nicht verzichten können, nämlich der Forderung sich so zu rekonstruieren, dass im Innern und im Ausland Beruhigung darüber herrschen könnte, dass sie niemals fremder Anlehnung bedürftig sei wird. Wir pflegen das Wesen dieser Forderung und den wahren Sinn des englischen Schlagwortes von der Befreiung der kleinen Nationen beharrlich mißzuverstehen und daraus einen Vernichtungswillen zu konstruieren. Aber wenn jemals daran gezweifelt werden konnte, ob man im feindlichen Lager seine eigenen Interessen wirklich in dieser Weise verkennen könne, so ist das gegenwärtig wenigstens bona fide unmöglich. Es liegen nämlich zwei englische Regierungserklärungen vor, die das Schlagwort von der Befreiung der kleinen Nationen authentisch interpretieren. In der ersten antwortet Lord R[obert] Cecil auf eine Interpellation, dass unter jener Befreiung lediglich die Schaffung von Garantien für die nationale Entwicklung der kleinen Völker zu verstehen sei und dass, wenn man in Österreich eine solche Neuordnung selbst durchzuführen vermöge, das gewünschte Ziel erreicht sei. In der zweiten Erklärung ging Lord Robert weiter und eröffnete ohne Umschweife die Aussicht auf sehr günstige Bedingungen, um bei dieser Gelegenheit

¹⁷ Erstveröffentlichung in: Zdeněk Jindra, Schumpeters vermisstes Memorandum aus Böhmen... (tschechisch), in: Studie k moderním dějinám, Praha 2001 (Zum 70. Geburtstag von Vlatislav Lacin)

¹⁸ In der Vorlage: innerpolitische

deutlich einen Unterschied zwischen den Dispositionen gegenüber der Monarchie und denen gegenüber dem deutschen Reiche zu machen.

Nun ist es selbstverständlich, dass dieser Sachverhalt weder an der bestehenden Bündnisverpflichtung noch an der nun einmal gegebenen Situation der Monarchie etwas ändern kann und dass nur ein Dilettant auf solche Avancen ohne weiteres reagieren könnte. Das hat man nun englischerseits auch jedenfalls nicht erwartet. Allein zwei Dinge ergeben sich daraus: 1.) Dass der Zeitpunkt näherückt, an dem für die Monarchie die Frage zu entscheiden sein wird, ob sie sich bedingungsweise Berlin subordinieren und auf jede Selbständigkeit verzichten oder der Tatsache Rechnung tragen will, dass ihre Interessen und Kriegsziele von den deutschen notwendig erheblich abweichen müssen; insbesondere kann man, wenn man wirklich einen Verständigungsfrieden will nicht immer an der unfruchtbaren Formel festhalten, dass alles getan sei, wenn man erklärt einen Verteidigungskrieg zu führen und dass es Sache der Gegner sei, mit Vorschlägen hervorzutreten: denn diese Formel bedeutet natürlich nur die Fortsetzung des Krieges, da es für die Entente vollständig unmöglich ist ein einheitliches Friedensprogramm aufzustellen. Dass ferner der Beginn der Handelsvertragsverhandlungen mit dem deutschen Reich, der zumindest die Möglichkeit einer Verwirklichung mitteleuropäischer Abschließungs- und Expansionsgedanken eröffnet, in dieser Beziehung inopportun ist, ist klar: denn das Resultat dieser Verhandlungen kann die Sphäre deutscher Macht in einer für die Gegner unannehmbaren Weise erweitern und die Monarchie als einen von Deutschland unterscheidbaren Faktor ausschalten. 2.) Ergibt sich, dass schon aus außenpolitischen Gründen eine Demonstration des Willens und der Fähigkeit der Monarchie zu einer Lösung ihres Nationalitätenproblems die dringendste aller politischen Aufgaben ist. Es ist nicht an der Zeit darüber zu diskutieren, ob die eine oder die andere Nation für wirkliche oder vermeintliche Versündigungen zunächst büßen solle, ehe man ihre nationalen Wünsche erfüllt. Es handelt sich vielmehr darum, die südslawische Deklaration vom 30. Mai 1917 anzunehmen, dann die Fäden des böhmischen Ausgleiches dort weiter zu spinnen, wo sie der Hand des Fürsten Thun entglitten sind, und einen Modus zu finden der die galizische Frage mit Zustimmung der dabei beteiligten Völker vertagt bis zu dem Moment, in dem die Resultate des Krieges vorliegen werden. Bei allen drei Problemen handelt es sich um eine geeignete, wenn auch nicht in allen drei Fällen gleiche Vereinigung des modernen Prinzips

der Personalautonomie mit dem Prinzip der Erhaltung der historischen Individualitäten aus denen Österreich entstand und allen den Ideen, Wünschen und Gefühlen, die sich an sie und ihre Symbole knüpfen.

In dieser Situation der Monarchie gibt es kaum etwas zweckwidrigeres, kaum etwas, das so geeignet ist in allen Punkten das Gegenteil der Interessen der Monarchie zu realisieren, wie das Regieren mit einer Koalition zwischen dem deutschen Nationalverband und den polnischen Parteien. Selbst wenn gar nichts anderes gegen diesen Modus der Entwirrung sprechen würde, als die Erinnerungen, die sich für uns an eine deutschliberal-polnische Herrschaft knüpfen, so wäre sie schon verurteilt.

Aber heute liegen die Dinge für eine solche Koalition unvergleichlich ungünstiger als früher. Ganz abgesehen davon, dass weder alle Mitglieder der polnischen Parteien noch alle Mitglieder des Nationalverbandes diese Koalition billigen, sich – nach dem Beschlusse ihrer Parteioorganisationen, dem Ministerium Seidler die Unterstützung zu verweigern, das¹⁹ sie selbst gebilligt haben – verdienter Verachtung aussetzen würden, wäre diese Koalition selbst mit stillschweigender Unterstützung der Christlich-Sozialen ganz unfähig die Aufgaben der Gegenwart zu lösen. Sie könnte an der gegenwärtigen Stellung der Kronländer nichts ändern und nur innerhalb derselben ein in dieser Form niemanden befriedigendes Maß von Autonomie gewähren; sie würde am Dualismus festhalten und die Fortdauer einer veralteten und verfehlten, den Interessen der Monarchie nur schädlichen Verfassung noch mit einem schlechten Ausgleich bezahlen; sie würde die Monarchie endlich durch eine Zoll- und Militärkonvention an ihren Bundesgenossen ausliefern und damit die nichtpolnischen Slawen Österreichs dem Staate dauernd entfremden, den Neubau eines in seinen Grundlagen gesicherten Österreich verhindern und einen preußischen Keil durch Europa treiben helfen, der unerschöpfliche Ursache weiterer kriegerischer Verwicklungen sein müsste.

Unter solchen Umständen darf man wohl alle jene, die als Österreicher pure et simple fühlen, daran erinnern, dass die Zeit zu einer politischen Aktion gekommen ist. Man darf die Vertreter des tschechischen Volkes daran erinnern, dass keine Nation in Österreich ein so klares Interesse nicht nur am Fortbestand eines starken Österreich, sondern an einer aktiven Teilnahme an seinen Aufgaben im gegenwärtigen Zeitpunkt hat, wie die ihre.

¹⁹ In der Vorlage: den

Man darf endlich die Vertreter der südslawischen Völker daran erinnern, dass wengleich es nicht in der Macht Österreichs steht, ihnen gegenwärtig zur Vereinigung in einem selbständigen Ganzen zu helfen, doch ein autonomes, südslawisches Kronland gegenwärtig erreichbar ist und dass auch die künftigen weitergehenden Hoffnungen der Südslawen nur bei Österreich liegen.

Auf diese beiden Parteigruppen und auf die Christlich-Sozialen könnte sich eine Regierung stützen. Polen, Nationalverband und Sozialdemokraten würden ihr dann wenigstens teilweise Unterstützung leihen. Sie könnte den Friedenswillen Österreichs ausdrücken und mit Aussicht auf Erfolg an den Neubau Österreichs gehen. Käme eine richtige, sachgemäße Behandlung der wirtschaftlichen und finanziellen Fragen hinzu und blieb die Regierung in der Technik der Beherrschung der öffentlichen Meinung und des Parlaments nicht hinter den billigsten Anforderungen zurück, so wäre auch jetzt noch ein Erfolg möglich wie ihn noch keine Österreichische Regierung gehabt hat.

Johannisbad (Böhmen)

August 1917

Schumpeter

Joseph Alois Schumpeter

Politisches Memorandum, Graz Weihnachten 1917

/1/ Seit der Verfasser in seinem letzten Memorandum versuchte die Chancen darzulegen, die eine konservative Regierung von selbständigen politischen Zielen vor einigen Monaten gehabt hätte, hat sich im Innern der Monarchie wie in der äusseren Lage viel verändert. Bewundernswerte Erfolge im Felde und glückliche Wandlungen in feindlichen Staaten, aber auch die Verschärfung nationaler Animositäten und anderer innerer Schwierigkeiten haben eine neue Situation geschaffen, welche die Frage nahelegt, ob jene Ziele konservativ-österreichischer Politik, die damals erreichbar schienen, auch heute noch festzuhalten sind und ob die Ereignisse die Chancen einer konservativen Regierung alteriert haben. Der Zusammenbruch der deutsch-polnischen Majorität gibt der Frage besondere Aktualität.

I.

Der Beginn allgemeiner Friedensverhandlungen dürfte wohl noch in weiter Ferne stehen. Denn das Ausscheiden Russlands bedeutet zunächst nicht mehr als gesteigerten Siegeswillen im Deutschen Reich und damit auch – bis zur Energie der Verzweiflung ansteigenden – Kampfeswillen auf der Gegenseite. In der Tat steht kein Faktum der Situation so fest als dass seit den erfolgreichen Wochen vor der Schlacht an der Marne die Stimmung in Deutschland nicht so »kriegerisch« war wie heute. Zahlreiche Momente deuten darauf hin, dass jene Kreise der deutschen Armee, Industrie und Politik, die vornehmlich die Träger der Idee des »Siegesfriedens« sind, also des Kampfes bis zur Niederringung des Gegners, auf eine solche militärische Situation und einen solchen Stimmungsumschwung in den Massen seit langem gerechnet und ihre Politik darauf eingerichtet haben. Von ihrem Standpunkt waren offizielle Erklärungen des Friedenswillens, so aufrichtig diese von den betreffenden Staatsmännern gemeint gewesen sein mögen, kaum etwas anderes als taktische Mittel, /2/ um die internationale Lage

Deutschlands und die innenpolitische²⁰ Stellung der Regierung gegenüber mehr oder weniger kriegsmüden Parteien und Klassen zu verbessern; Mittel, die in dem Augenblick überflüssig werden, wo die militärische Lage und Stimmung der Massen ausreichend gehoben scheint, um weitreichende Ziele möglich und populär zu machen. Nur so erklärt es sich, dass der frühere Reichskanzler Michaelis nicht dazu gebracht werden konnte sich in eindeutiger Weise auf den Boden der Friedensresolution zu stellen, nur so die Tatsache, dass sowie Graf Hertling nicht die gleiche Rolle spielte wie sein Vorgänger, sofort ein latenter Konflikt zwischen ihm und dem politisch so einflussreichen Generalstabschef ausbrach, nur so endlich auch, dass das Deutsche Reich in allen seinen Erklärungen genug Ambiguität zeigte, um es für die Gegenseite leicht zu machen, von einem Mangel an Entgegenkommen zu sprechen. Verschiedene Avancen englischer Staatsmänner endlich sind ignoriert, deutliche Fragen unbeantwortet gelassen worden, was in der gleichen Richtung deutet: Unter dem Gesichtspunkt der Verbesserung der Chancen für den Krieg im Westen sind wohl auch die Verhandlungen mit Russland zu betrachten – denn es kann wohl kaum angenommen werden, dass ein allgemeiner Frieden unter den Auspizien internationaler Sozialdemokratie der lebhafteste Wunsch der deutschen Militär- und Finanzkreise ist.

Nicht energisch genug kann betont werden, dass diese Tatsachen keineswegs im Geiste eines Vorwurfs erwähnt werden. Im Gegenteil, eine solche Politik ist vom Standpunkt der leitenden Kreise des Deutschen Reiches sehr begreiflich, zumal dieselben von einer demokratischen Bewegung im Innern bedroht sind, deren voller Erfolg nur durch glänzendes Reussieren nach Aussen abgewendet werden kann. Aber für die Monarchie steht es anders. Sie kann die Kriegsziele eines andern, wenn auch noch so eng verbündeten Staates nicht ohne weiteres zu den ihren machen, vielmehr hat sie ihre eigenen Lebensinteressen zu vertreten. Für sie drängt sich deshalb die Frage auf, wieweit sie ohne sich zu gefährden der Politik des Bundesgenossen folgen kann. Denn wenn/3/gleich alle Bündnispflichten unverbrüchlich eingehalten werden müssen, so gebietet doch keine Pflicht, sich willenlos dem Diktat eines Bundesgenossen zu unterwerfen.

Es ist nun klar, dass der Friedensschluss mit dem gegenwärtigen régime in Russland auch für die Monarchie wünschenswert ist, wenngleich dieses régime dadurch gefestigt

²⁰ In der Vorlage: innerpolitisch

wird und seine Rückwirkung auf die breiten Massen der österreichischen Völker keineswegs so leicht genommen zu werden verdient, wie es meist geschieht. Aber nur so weit ist dieser Friedensschluss wünschenswert, als er einen Schritt zum allgemeinen Frieden, nicht aber, wenn er bloss ein Schritt zu umso schärferem Kampfe im Westen sein soll. Denn die Fragen, um die im Westen gekämpft wird, sind den Interessen der Monarchie fremd. Eine vollständige Niederwerfung der Gegner würde ferner die Stellung des Deutschen Reiches in einer für die Selbständigkeit der Monarchie bedenklichen Weise verstärken. Daraus folgt, dass es das Streben der Aussenpolitik der Monarchie sein muss, auf ihren Bundesgenossen im Sinne grösstmöglicher Konzilianz einzuwirken, namentlich aber darauf hinzuwirken, dass der Friedensschluss mit Russland den allgemeinen Frieden einleite und nicht zu einem Schachzug in einer Eroberungspolitik werde. Ferner folgt daraus, dass mit äusserster Vorsicht Alles vermieden werden sollte, was die Monarchie auf unabsehbare Zeit zum politischen und wirtschaftlichen Ausbeutungsobjekt für das Deutsche Reich machen könnte, vor allem der Abschluss eines Wirtschaftsbündnisses.

Diese Gefahr ist aber plötzlich sehr aktuell geworden und zwar durch die Art, wie die polnische Frage gelöst werden soll. Von deutscher Seite kann und wird man nicht darauf verzichten, das neue Königreich Polen zollpolitisch und militärisch an Deutschland anzuschliessen. Diese Forderung kann dem Deutschen Reich nicht übelgenommen werden. Denn andernfalls würde das neue Polen, dessen politische Sympathien und industrielle Interessen nach Russland weisen und das auch weiter in Preussen den Unterdrückter eines Teils /4/ seiner Konnationalen erblicken muss, notwendig nach Russland gravitieren. Der zollpolitische Anschluss Polens würde aber ganz automatisch den zollpolitischen Anschluss der Monarchie nach sich ziehen, denn Österreich kann unmöglich Galizien dem Verband des neuen Königreiches fernhalten, ebenso unmöglich aber sich von Galizien durch Zollschränken abschliessen wollen. Dieser viel zu wenig beachtete Zusammenhang zwischen Polenfrage und deutschem Wirtschaftsbündnis erklärt den Jubel im Lager der Parteigänger »Mitteleuropas«, mit dem die Kunde von dieser Lösung der Polenfrage begrüsst wurde: Sie hielten damit die Partie für gewonnen. Allerdings haben Schwierigkeiten parlamentarischer und sonstiger Art die verbündeten Regierungen zu beruhigenden Dementis veranlasst, womit die Sache temporär aus dem Zirkel unmittelbar aktueller Fragen verschwunden ist. Aber im Wesen bleibt der Sachverhalt und damit eine

ernste Gefahr für die Monarchie bestehen. Die Natur dieser Gefahr versuchte der Verfasser bereits wiederholt zu charakterisieren. Sie liegt nicht so sehr auf dem wirtschaftlichen Gebiet an und für sich: Bedenken rein wirtschaftlicher Natur liesse sich durch Allmählichkeit des Überganges zur völligen Zollfreiheit des Warenverkehrs mit Deutschland Rechnung tragen. Die Gefahr liegt in den politischen Konsequenzen des Wirtschaftsbundes: Er bedeutet unzertrennliche Vereinigung, denn wie eiserne Klammern ziehen Zollschranken ein Gebiet zusammen. Und bei dem Kräfteverhältnis, das tatsächlich zwischen den Vertragschliessenden besteht, ist Vereinigung gleichbedeutend mit erst wirtschaftlicher und sodann politischer Beherrschung der Monarchie durch das Deutsche Reich: ein Verhältnis, das analog ist dem Verhältnis, das zwischen einer Kolonie und deren »Mutterland« besteht. Lange sprach man von diesen Möglichkeiten wie von ganz bedeutungslosen deutschradikalen Träumen, lange nahm man weder in Österreich noch in Deutschland Notiz von der stets wachsenden Kraft der Bewegung.

Als vor zwei Jahren der Verfasser darauf hinwies, wurde ihm von vielen Seiten die Antwort, die Sache sei ja nicht au sérieux zu nehmen. Heute scheint sie fast unabwendbar – und unabwendbar werden, wenn sie erst realisiert ist, auch ihre Konsequenzen für die Monarchie und deren Stellung in der Welt sein.

/5/ Natürlich wird diese Gefahr umso ernster sein, je mehr »Mitteleuropa« aufgrund eines »deutschen Friedens«, d. h. eines Machtdiktats Deutschlands nach einem vollständigen Siege, und als Militärmacht konstituiert wird. Denn in diesem Fall wird die Monarchie, ihrer übrigen Beziehungen verlustig, ganz auf das deutsche Bündnis angewiesen sein. Mit dieser Möglichkeit muss aber nach der militärischen Lage an allen Fronten gerechnet werden. Es kann keinem Zweifel unterliegen: Niemals seit der Schlacht an der Marne war das militärische Preussen seinem Ziele so nahe wie jetzt.

Es ist höchst bezeichnend, dass man nicht mehr von Sicherungen dauernden Friedens, Rüstungsbeschränkungen usw. mehr hört. Fast scheint es, als ob alle solchen Bestrebungen in der Glut eines unbeugsamen Machtwillens erstickt seien und einem neuen Wettrüsten die Zukunft gehören würde. Nun darf man nie vergessen, dass es sich dabei für die Monarchie noch um etwas anderes handelt als um ein allgemeines Ideal. Für Österreich bedeuten Rüstungsbeschränkungen und Friedensgarantien vielmehr die Befreiung von einem auf die Dauer schon finanziell, noch mehr aber politisch unerträglichen Druck, von

einer steten Bedrohung der Grundlagen seiner Existenz. Dieser Druck und diese Bedrohung treibt die Monarchie in einer ihrer inneren Struktur widersprechenden Weise in die Arme ihres mächtigen Bundesgenossen, zwingt es Stellung zu nehmen zu weltpolitischen Gegensätzen, die seine Interessen nicht berühren, und setzt seinen komplizierten Organismus immer wieder schweren Belastungsproben aus. Deshalb ist das Zustandekommen einer internationalen Organisation zur Verminderung der Kriegsgefahr für uns in erster Linie ein unmittelbar praktisches Bedürfnis, eine Forderung staaterhaltender und konservativer Politik, deren Ausscheidung aus den angestrebten Kriegszielen für Österreich nicht gleichgültig sein kann.

Scheitern aber die Verhandlungen von Brest-Litowsk, so schwindet nicht nur die Aussicht auf /6/ einen allgemeinen Verständigungsfrieden, zu dem der Friede mit Russland der erste Schritt sein könnte, sondern auch die Aussicht auf einvernehmliche Lösung des polnischen und des kurländischen Problems, welche die Folge eines russischen Verständigungsfriedens gewesen wäre. Auch damit muss gerechnet werden. Denn die äussere Politik des gegenwärtigen régimes in Russland kann unmöglich weiter entgegenkommen als sie entgegengekommen ist. Nur der Umstand, dass dieses régime des Friedens dringend bedarf, um sich überhaupt halten zu können, erklärt den tatsächlich an den Bundesgenossen begangenen Verrat und das Aufgeben aller russischen Kriegsziele, die ja keineswegs bloss Ziele des monarchischen Regiments gewesen sind. Die Haltung der Mittelmächte in der Abstimmungsfrage muss in Russland Misstrauen erwecken und den Eindruck machen, dass die Mittelmächte Polen, Kurland und Livland tatsächlich unter dem dünnen Schleier einer Scheinsouveränität zu annektieren streben, wobei die Einwilligung der betreffenden Bevölkerungen nicht über jeden Zweifel hinaus die Rolle zu spielen scheint, die ihr vom Standpunkt eines russischen Revolutionärs zuzubilligen wäre. Alle Gegenargumente gegen die russische Auffassung der Sache in Ehren – aber es könnte sein, dass sich der russische Unterhändler der beklagenswerte Wahn bemächtigt hat, dass sie dupiert werden könnten. Dann aber könnte jeder noch so unbedeutende Anlass die Konferenz sprengen, worauf die Feindseligkeiten wiederaufgenommen werden müssten. Für die Monarchie, die in ganz anderem Masse als Deutschland an einer mit allseitiger Zustimmung zustande gekommenen Lösung der Polenfrage interessiert ist und für die die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten an der Ostfront eine Gefährdung der italienischen

Erfolge bedeutet, ergibt sich hier eine wichtige Aufgabe, die ebenfalls, so sehr ihre Lösung auch im Interesse Deutschlands liegt, nur durch Einnahme einer deutlich erkennbaren selbständigen Stellung bei jenen Verhandlungen zu lösen ist.

Kurz seien noch zwei andere Punkte erwähnt, die sich darbieten, wenn man vom Frieden spricht: Es ist erstaunlich, wie wenig man sich auch in den am meisten massgebenden Kreisen bei uns darüber klar ist, welche Stellung Serbien und Rumänien gegenüber eingenommen werden soll. Der allzeit kräftigste Faktor unserer Po/7/litik, das magyarische Interesse, erteilt darauf eine sehr einfache Antwort: Dass im grossen und ganzen der status quo hergestellt werden müsste, abgesehen von Grenzregulierungen nach militärischen Gesichtspunkten und abgesehen von tunlichst ausgiebiger Befriedigung bulgarischer Wünsche. In Österreich ist man – auch ausserhalb der deutsch-nationalen Kreise – geneigt, das zu akzeptieren in der Hoffnung, dass der Balkan und seine Fragen für lange Zeit die Ruhe Europas nicht stören werden. Diese Lösung ist vom ungarischen Standpunkt sehr verständlich. Aber sie ist offenbar unzureichend, und zwar aus folgenden Gründen: 1. Sie setzt voraus, dass Bulgarien auch in der Zukunft sich als ein unbedingt verlässlicher Bundesgenosse erweisen werde. Diese Auffassung ist naiv. A la longue muss Bulgarien immer russophil sein. 2. Sie gibt sich damit zufrieden, wesentliche Ursachen des Weltkrieges fortbestehen zu lassen. Es ist wahr, dass für 10 oder 20 Jahre wahrscheinlich nicht viel zu befürchten ist, aber ist das ein entsprechendes Resultat des Weltkrieges? Hier mag bemerkt werden, dass das Balkanproblem für Österreich ein weiterer Grund ist, »Abrüstung« zu wünschen. Nur wenn vertragsmässige Rüstungsbeschränkungen gelingen, können sich die Gegner mit einer der Monarchie günstigeren Lösung dieser Frage abfinden, während sie andernfalls jeden Machtzuwachs bis zu Äussersten bekämpfen müssen. 3. Jene Lösung nimmt gar keine Rücksicht auf die innenpolitischen Notwendigkeiten der Monarchie. Unsere Slowenen und Kroaten können sich niemals mit ganzer Seele und ohne geheime Reserve dem österreichischen Staate anschliessen, wenn die Monarchie der Unterdrücker des stammverwandten serbischen Volkes bleibt. Und Ähnliches gilt für unsere, namentlich aber die ungarischen Rumänen. Für die letzteren kommt noch die magyarische Nationalitäten-Politik hinzu, die sich gerade heute wieder in voller Schärfe gegen die Rumänen kehrt.

Es ist klar, dass weder das serbische noch das rumänische Problem innerhalb der heutigen Organisation der Monarchie gelöst werden kann, und zugleich auch, dass die Angliederung Serbiens wie Rumäniens das einzige radikale Heilmittel wäre. Und wenn dieses Ziel auch zunächst unerreichbar sein sollte, /8/ so könnte doch viel geschehen, um seine Realisierung vorzubereiten. Die Serben würden mit ganz anderen Augen auf Österreich blicken, wenn durch die Konstituierung eines autonomen südslawischen Verwaltungsgebietes, zunächst in Cisleithanien, der erste Schritt in Richtung »trialistischer« Gedanken geschähe. Dadurch wäre eine Bürgschaft für eine Zukunft geschaffen, in der die Monarchie nicht mehr der Feind Serbiens, sondern im Gegenteil die Hoffnung aller Südslawen wäre. Aus diesem Grund ist vom dynastischen Interesse aus kaum etwas gegen die »jugoslawische« Bewegung einzuwenden. Im Gegenteil. Wenn unsere Slowenen und Kroaten sich daran gewöhnen, sich als ein Volk mit den Serben zu fühlen – ein Ziel, das freilich in weiter Ferne liegt – so könnte das eine künftige Organisation dieser Völker unter habsburgischem Szepter wirksam vorbereiten. Daher empfiehlt sich – nebenbei gesagt – viel eher eine Förderung als eine Bekämpfung der »südslawischen« Richtung unter unseren Slowenen. Und auch die Rumänen werden mit anderem Auge auf die Monarchie blicken, wenn ihre Konnationalen in Ungarn bei der Krone Schutz gegen Bedrückung finden. Doch diese Gesichtspunkte, die im Rahmen dieses Memorandums nur angedeutet werden können, leiten bereits zu Fragen der innenpolitischen²¹ Situation über, deren Lösung eben mit Rücksicht auf die Stellung der Monarchie bei den Friedensverhandlungen nicht beliebig verschoben werden darf.

Auch abgesehen von diesen Gesichtspunkten hat die äussere Politik der Monarchie besondere Aufgaben, die mit den Aufgaben und Interessen ihrer Bundesgenossen nicht zusammenfallen. Wiederholt schon während des Krieges hat sich der Monarchie die Gelegenheit geboten, eine selbständige Stellung einzunehmen, in der sie ihre Interessen wirksam hätte vertreten und sich die entscheidende Rolle unter den Machtfaktoren der Weltpolitik hätte erobern können. Niemals wurde sie benützt. Heute bietet sie sich wieder. Die Politik der europäischen Mächte steht an einem Scheidewege. Ob sie abweicht vom Ziele des Verständigungsfriedens oder an ihm festhält, kann die Monarchie entscheiden. Sie braucht nichts weiter zu tun, als nach aussen ihre eigenen Interessen kräftig zu vertreten und

²¹ In der Vorlage: innerpolitischen

im Innern jene Bahnen nationaler Föderation einzuschlagen, /9/ die ja doch schliesslich gegangen werden müssen, ob wir wollen oder nicht. Der Anstoss dazu muss von der cisleithanischen Regierung ausgehen, die allein die Voraussetzungen für eine äussere Politik verschaffen kann, die verhindert, dass der Friede statt Probleme zu lösen, den kommenden Generationen nur neue in den Weg legt. Für einen sehr grossen Erfolg sind die praktischen Chancen gegeben. Dieser Erfolg würde das wahre »mitteleuropäische Problem« lösen, das darin besteht, den Nationalitäten der Monarchie und des Balkans unter habsburgischem Szepter einen sicheren und elastischen Rahmen für friedliches Zusammenleben zu geben.

/10/

II

Die innenpolitische²² Situation ist charakterisiert durch ein völliges Versagen der Regierung, dessen Ausdruck eine latente Regierungskrise ist und zwar hat die Regierung in zwei verschiedenen Richtungen versagt: Zunächst politisch. Ohne Boden im Parlament und Öffentlichkeit steht sie heute den Parteien gegenüber, die, sich selbst überlassen, sich immer tiefer in jede Art von sozialen und nationalen Radikalismus verlieren. Aber die Regierung hat nicht nur politisch versagt, das würde man ihr als eine Beamtenregierung von bescheidenen Aspirationen nicht einmal so sehr verübeln dürfen. Doch etwas anderes pflegt man von einer Beamtenregierung zu erwarten, nämlich die sachlich richtige, verlässliche, sachkundige Behandlung der wirtschaftlichen, administrativen und gesetzgeberischen Aufgaben des Tages. In dieser Erwartung pflegt man sich mit dem geringen politischen Können von Beamtenregierungen abzufinden – in der Hoffnung, dass die Angelegenheiten jedes Ressorts in den Händen hervorragender Fachmänner wohlberaten seien. Und auch in dieser Richtung sind die Leistungen der Regierung in wesentlichen Punkten hinter bescheidenen Anforderungen zurückgeblieben. Dieser Misserfolg erst – und nicht schon der politische an sich – erklärt jenen beklagenswerten Mangel an Autorität, der dem Ansehen der Staatsgewalt so schädlich ist und den man bedauerlicherweise überall in allem Kreisen der Bevölkerung konstatieren kann

Im Folgenden soll gezeigt werden, dass das Versagen der Regierung in beiden Richtungen sich nicht restlos aus den tatsächlichen Schwierigkeiten der Lage erklärt. Diese Schwierigkeiten sind gewaltig und in befriedigender Weise zunächst überhaupt nicht zu

²² In der Vorlage: innerpolitische

überwinden. Niemand kann mehr davon überzeugt sein, als der Verfasser. Aber vieles hätte erreicht werden können, was nicht erreicht wurde. Vieles hätte vermieden werden können, was eingetreten [ist.]

/11/ Wenn der Verfasser das nachzuweisen sucht, so geschieht das nicht aus Mangel an Achtung vor den verdienten und gewissenhaften Männern, die die Regierung bilden. Es handelt sich nicht um müßige Kritik. Vielmehr wird das Folgende nur geschrieben, weil der Zustand unserer innenpolitischen²³ Angelegenheiten für Thron, Gesellschaft und Staat gefährlich ist und Österreich sich in einer Desorganisation befindet, die seine Grundlagen bedroht. Deshalb wird eine Kritik zur Pflicht, wenn sich aus ihr eine Diagnose der Übel und ein Heilmittel gewinnen lässt.

Als dem gegenwärtigen Kabinett seine »definitive« Mission zuteil wurde, gebrauchte sein Chef die Wendung: »Die bisherige Richtung wird beibehalten.« Eine Zeitung fragte hämisch: »Haben wir denn eine Richtung gehabt?« Diese Frage drückt mit einer traurigen Klarheit aus, woran es vor allem anderen und von allem Anfange der Regierung fehlte: An einem Ziele und an eigenem Willen. Es kann nicht oft genug betont werden, das ein Kardinalerfordernis ist, ohne das keine Regierung der Gegenwart Erfolg haben kann. Politische Ziele sind im heutigen Österreich vor allem national-politische Ziele. Ein national-politisches Programm und den festen Willen, dafür einzustehen, muss jede Regierung haben. Erstens deshalb, weil die Völker Antwort haben wollen auf die brennenden Fragen ihrer Zukunft, die ihrem Herzen teuer sind. Wer ihnen nichts antwortet, wird ihnen gleichgültig und erwirbt keine Macht über sie. Zweitens deshalb, weil jede politische Idee sozusagen organisierend wirkt: Die Leute nehmen Stellung dazu, sie betrachten die Regierung, die die Idee durchsetzen will, mit Hoffnung oder Befürchtung – kurz, eine solche Regierung, die irgend etwas will, kann nie eine quantité négligable sein. Sie gewinnt Autorität besonders, wenn sie zu den Völkern zu sprechen, d. h. die Presse und die übrigen Organe des öffentlichen Lebens zu behandeln versteht, und diese Autorität kommt ihr dann auch bei der Erledigung von Ressortangelegenheiten zustatten, die an sich nichts mit dem politischen Programm zu tun haben. Dass in unserem Falle auch zwingende

²³ In der Vorlage: innerpolitischen

Gründe äusserer Politik²⁴ dafür sprechen, dass das Nationalitätenproblem nicht in den Hintergrund rücke, wurde bereits angedeutet.

Mit dem Vortrag eines Programms im Parlament ist es allerdings nicht getan. Es muss vielmehr auch ein ausreichend wirksames Programm sein. Es muss ferner die entsprechende mise en scène in Öffentlichkeit und Parlament hinzukommen. Nun hat ja seinerzeit das Kabinett ein Nationalitätenprogramm geboten: »Grössere Autonomie der Nationen innerhalb der Kronländer.« Aber abgesehen davon, dass niemand dem Kabinett die Fähigkeit zu einem Kampf um dieses Programm zutraute, ist dasselbe offenbar unzureichend, weil es niemand befriedigt und befriedigen kann. Das ist umso bedauerlicher, als Österreich, wie in früheren Memoranden gezeigt wurde, und noch in diesem angedeutet werden wird, durchaus in der Lage ist, seinen Völkern ein Programm zu bieten, das nicht nur allen realen Bedürfnissen entspricht, sondern auch im eminenten Interesse der Dynastie und der Monarchie liegt. Die parlamentarische mise en scène aber liess alles zu wünschen übrig. Nach der Programmrede, die völlig zu Boden fiel, hat der Ministerpräsident das Wort überhaupt nur mehr zu Erklärungen ergriffen, die laufende Angelegenheiten betrafen und die dort, wo brennende Fragen äusserer Politik zur Sprache kamen, den Eindruck mechanischer Erfüllung eines Auftrages machten. Das beraubte den Kabinettschef allen Prestiges. Von den Ressortministern hat nur der Ackerbauminister einen persönlichen Eindruck gemacht, und einen schönen Erfolg verzeichnen können. Bei den Reden der Übrigen bot sich ein lamentables Bild der mangelnden Fähigkeit, einen Kontakt mit dem Parlament herzustellen oder Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zu erregen. Kein Parlament der Welt – und wäre es auch eine »chambre introuvable« – würde unter diesen Umständen der Regierung gefolgt sein. Es²⁵ hätte der »Führung« der Regierung schon deshalb nicht folgen können, weil es überhaupt keine Führung gab. Der Mangel an Führung war nicht nur in der allgemeinen Politik zu fühlen, sondern auch in jeder Ressortangelegenheit. Er wird von ernstern Politikern, insbesondere im Herrenhause, ja oft genug beklagt. In keiner Angelegenheit machte die Regierung den Eindruck zu wissen, was sie wollte, oft genug lauschte sie dem Abgeordnetenhaus die Anregung ab. Ratlos stand sie vor dem Organismus von Komités und Subkomités, die da/13/durch förmlich gezwungen

²⁴ In der Vorlage: Politik,

²⁵ In der Vorlage: Er

wurden, ihre eigenen Wege zu gehen. Von einer rationellen Führung der öffentlichen Meinung durch geeignete Beeinflussung der Presse war vollends nicht die Rede.

Diese Dinge sind bekannt. Deshalb geht es nicht an, die politischen Schwierigkeiten der Situation für alles, was geschieht oder nicht geschieht, verantwortlich zu machen. Ob sie unüberwindlich sind, könnte nur ein Versuch ganz anderer Art lehren. Und deshalb – das ist die tröstliche Seite der Sache – ist viel zur Entschuldigung des Verhaltens der Parteien zu sagen, so unqualifizierbar es auch oft ist. Parteien, die keine Möglichkeit vor sich haben, unter zielbewusster Führung der Regierung an der Realisierung ihrer Programme zu arbeiten, können nichts anderes tun, als ihre Wähler durch konstante Radikalisierung ihrer Phraseologie zu beruhigen. Das ist eine überall zu beobachtende Erscheinung des politischen Lebens: Denn in solcher Lage gibt es keine positiven Ziele zu verfolgen. Es fällt die disziplinierende Macht einer Verantwortung weg. Zugleich werden die Parteiangehörigen unruhig. Sie wenden sich gegen die Führer, denen die Schuld an der Resultatlosigkeit der Politik zugeschrieben wird. Neue Persönlichkeiten suchen durch Überbieten der bisherigen Programme Anhang zu gewinnen. Und um nicht ausgeschaltet zu werden, müssen auch die besonneneren Männer der Partei sich »radikalisieren«.

Ein klassisches Beispiel dafür ist die Entwicklung der tschechischen Politik. Es mag dahingestellt bleiben, ob ein geschickte innenpolitische²⁶ Leitung nicht schon bei Kriegsausbruch manches hätte tun können, was dann das tschechische Volk mit der auswärtigen Politik der Monarchie versöhnt hätte. Sicher aber ist, dass während der ganzen Zeit, während welcher die katholisch-konservativen Elemente (im Einvernehmen mit den Sozialdemokraten) die leitende Rolle in *Česky sváz* behaupteten, eine jede Regierung ein Einvernehmen hätte herstellen können, dessen praktische Erfolge einen Damm gegen den Radikalismus gebildet hätten. Der günstige Zeitpunkt ging vorüber, und die unbeschäftigten politischen Energien, gefördert durch manche wirkungs- und zwecklose Schikanen seitens der Ver/14/waltung trieben den heutigen Radikalismus an die Oberfläche. Er äusserte sich zunächst in einem Kampf der übrigen Parteien gegen Katholiken und Sozialdemokraten. Dann mussten auch die tschechischen konservativen Kreise radikalere Anschauungen rezipieren. Endlich kam es dazu, dass unter den radikalen Parteien wieder die radikalsten, nämlich die Nationalsozialen und die Agrarier die Oberhand gewannen. Was von deutscher

²⁶ In der Vorlage: innenpolitische

Seite als Folge angeblich zu grosser Konnivenz der Regierung bezeichnet wurde, ist im Gegenteil nichts anderes als die Folge der Waltung der Regierungen gewesen.

Diese Lage verschlimmerte sich täglich unter dem gegenwärtigen Kabinett, das für eine grosse Frage keine andere Antwort hatte, als Bekenntnisse oder Zurückweisungen »staatsgefährdender« Ideen. So kam es schliesslich zu einer Art Revolte der Radikalsten gegen den tschechischen Nationalausschuss und zu den Beschlüssen vom 25. Juli 1917, in denen ein »Staat mit allen Attributen der Souveränität« gefordert und auf den Anschluss der ungarischen Slowaken hingedeutet wurde. Nun muss sofort bemerkt werden, dass diese Beschlüsse und viele ähnliche Äusserungen sehr wenig sagen, weil der präzise Sinn des Wortes »Souveränität« so unsicher und kontrovers ist, dass man sich sehr Verschiedenes und darunter auch sehr wenig gefährliches – dabei denken kann; ferner, dass der Wunsch nach Anschluss der Slowaken nichts Antidynastisches oder sonst mit dem Gedanken der Monarchie Unvereinbares enthält; endlich, dass der Umstand, dass das čechische Volk noch weniger als ein anderes der österreichischen Völker anerkannte Führer hat, beweist, wie wenig das ganze Volk auf das radikale Programm geeint ist. Aber trotzdem ist dieser Sachverhalt sehr bedauerlich. Er verurteilt die besten Führer des čechischen Volkes zur Inaktivität. Er unterminiert die Loyalität der Massen. Er schafft eine Atmosphäre der Übertreibung in der dann jeder innerhalb des Möglichen liegende Entwicklungsplan nur schwer politischen Erfolg haben kann.

Weniger prononciert und in viel milderer Formen, aber im Wesen ebenso steht die Sache bei den Südslawen. Hier hat, trotz mancher Schwierigkeiten /15/ die Geistlichkeit eine führende Stellung behaupten können und die radikalsten Elemente haben nicht entfernt die Bedeutung gewonnen, wie bei den Čechen. Umso unverantwortlicher ist es bei der Bedeutung, die schon aus aussenpolitischen Gründen das südslawische Problem heute für die Monarchie hat, dass kein ernstlicher Versuch unternommen worden ist, die Südslawen zu gewinnen. Noch stehen sie auf dem Scheidewege zwischen einer Regierungs- und einer staatsfeindlichen Partei. Noch ist es möglich, sie zu Werkzeugen österreichischer Politik im Innern und auf dem Balkan zu machen. Aber sehr bald kann die Chance vorübergegangen sein, um niemals wiederzukehren. Es ist bezeichnend, dass selbst unter den Deutschen Unzufriedenheit herrscht und dass allenthalben die Tendenz hervortritt an Stelle der Abgeordneten, mit denen man nicht zufrieden scheint, neue Männer zu setzen, die in

nationalistischen Organisationen – z. B. dem deutschen Nationalrat in Böhmen – sich ihre politischen Sporen geholt haben. Das ist deshalb besonders merkwürdig, weil die Deutschen im Grunde genommen zufrieden sein könnten: Die äussere wie die innere Politik wird im Wesen in ihrem Sinne geführt. Trotzdem macht sich ihr Unmut bei jeder Gelegenheit und nicht immer in der Weise Luft, die man von Leuten erwarten sollte, die jede Verletzung der Subordination unter den Staatsgedanken so scharf verurteilen. Allein auch das ist sehr verständlich. Es ist die Folge allgemeiner Unzufriedenheit die nur entsprechend der einmal erworbenen²⁷ Gewohnheit gerade die Form nationaler Beschwerdepunkte annimmt. Und auch hier zeigt sich eine fortschreitende Radikalisierung und das Fehlen eines einheitlichen politischen Wollens, das im Zusammenbruch des Nationalverbandes einen prägnanten Ausdruck fand.

So hat die innere Politik Cisleithaniens jede Richtung und jeden Schwerpunkt verloren und parlamentarischer Erfolg oder Misserfolg ist Sache des Zufalls und momentaner Konstellationen geworden. Für den Augenblick mag das eher eine Erleichterung als eine Erschwerung der Lage der Regierungen bedeuten. Die Zukunft der Monarchie belastet das mit Problemen, die mit jedem Tage schwerer zu lösen sind. Wenn unterdessen wenigstens die /16/ laufenden Geschäfte kräftig und mit Erfolg geführt worden wären, so wäre immerhin viel gewonnen worden. Aber auch auf dem Gebiet der Tagesfragen von Gesetzgebung und Verwaltung ist der Erfolg ausgeblieben. Und wie die einzelnen Parteien dem nationalen Radikalismus, so hat das Abgeordnetenhaus als Ganzes sich dem sozialen Radikalismus in die Arme geworfen und die Regierung in eine faktisch sehr ungünstige Position gedrängt. Deshalb häufen sich die Konflikte mit dem Herrenhaus, die dieses letztere in gefährlicher Weise exponieren ohne dass dadurch Wesentliches erreicht werden kann. Denn das Herrenhaus vermag wohl einer einzelnen Ausschreitung des Abgeordnetenhauses in ruhigen Zeiten entgegenzutreten, insbesondere dann, wenn eine grosse Minorität des Abgeordnetenhauses und womöglich noch die Sympathie weiter Kreise der Bevölkerung auf seiner Seite steht, aber es kann nicht auf die Dauer, in kritischen Zeiten einer ganzen Reihe von Beschlüssen des anderen Hauses, die alle aus derselben Grundtendenz hervorgehen, seine Zustimmung versagen. In dieser Erkenntnis pflegt es dann auch in letzter Linie nachzugeben. Hat es nachgegeben so fällt die Entscheidung der

²⁷ In der Vorlage: erworbener

Krone zu. Nun wäre es aber überflüssig des Längeren erst nachweisen zu wollen, wie bedenklich die häufige Anwendung des verfassungsmässigen Mittels der Sanktionsverweigerung wäre. Daraus ergibt sich, dass, wenn wir so fortfahren wie bisher, das Abgeordnetenhaus auch bei uns, ganz so wie in parlamentarischen Staaten zum Herren der Situation werden würde. Das ist annehmbar in England, wo das konservative Gefühl auch im Unterhaus sehr stark und das soziale und moralische Niveau in demselben hoch ist. Das geht allenfalls noch in Frankreich oder in Italien, wo zum wenigsten alle Abgeordneten von einem einheitlichen nationalen Gefühl beseelt sind und sich auch in höchster Erregung ein gewisses Verantwortungsgefühl bewahren. In Österreich aber wo den meisten Parteien jedes solche Gefühl für den Staat fehlt, wo es keine populäre konservative Partei gibt, wo Gesichtskreis und Moral der Abgeordneten soviel zu wünschen übrig lässt, wo ein in kleine Faktionen zerrissenes Haus jedem Schlagworte der Strasse, ja jedem Zufall momentaner Lage ausgeliefert ist – da bedeutet Herrschaft des Abgeordnetenhauses stets die Gefahr einer politischen und sozialen Katastrophe. Dagegen /17/ hilft kein Versuch autoritativen Auftretens. Alle Autorität, zu oft gebraucht, würde sich abnützen. Dagegen hilft nur geschickte Führung. Wenn in einer Sache schon ein Beschluss des Abgeordnetenhauses vorliegt, dann ist es zu spät. Worauf es ankommt, ist dass unmögliche Beschlüsse nicht gefasst werden.

Deshalb ist es von Interesse zu untersuchen, wie solche Beschlüsse zustandekommen. Erhitzt von den Schlagworten und der Unzufriedenheit im Wahlbezirk, eingesponnen in seine Idiosynkrasien voll Begier »etwas« zu tun, kommt der Abgeordnete nach Wien. Nur mit Parteigenossen derselben Disposition kommt er in Berührung. Die meisten wissen nichts von der Welt, anderen Gesellschaftsklassen, dem Organismus der Volkswirtschaft. Von den anderen Nationalitäten wissen sie nur, ihre Parteiphrasen. Sie sind gewöhnt, die Regierungserklärungen die irgend jemand temperamentslos herunterliest, zu überhören. Sie lesen die Gesetzentwürfe nicht, noch weniger die Motivenberichte. Plötzlich sitzen sie in einem Subkomité. Ein Sektionschef erscheint, dem sie gegenüberstehen, wie Kinder einer Miss, die soeben aus London eingetroffen ist und ihr Unbehagen im neuen Milieu nicht zu verbergen versteht. Dieser Sektionschef hält ihnen eine Vorlesung, die sie nicht verstehen, und überlässt sie sich selbst. Unterdessen rekapituliert jeder die Zeitungsphrasen, aus denen sein politisches Rüstzeug besteht. Einer ergreift das Wort und

windet dem Sektionschef in wenigen Sätzen die Führung aus der Hand. Glücklicherweise gehört ihre eigene Phraseologie zu haben, stimmen ihm andere zu. Der Sektionschef äussert, dass »ernste Bedenken« vorliegen und er die Sachen ad referendum nehmen müsse, damit die Regierung »mit sich zu Rate gehen könne«. Damit ist alles verdorben. Nun besteht das ganze Komité erst recht auf seiner Ansicht und das eine oder andere Mitglied, das es besser weiss, schweigt in resignierter Verzweiflung. Der Beschluss ist da. Er kommt an den Ausschuss. Dieser ist schon eine »Masse« und daher sachlichen Erwägungen unzugänglich. Er rezipiert, was der Subausschuss will und bestellt einen Referenten für das Plenum. Und wenn nun noch jemand das Gerücht ausstreut, dass Widerstände im Herrenhause zu erwarten seien, so stimmt das Plenum mit Begeisterung zu – ohne den Text des Be/18/schlusses gelesen geschweige denn erwogen zu haben.

Daraus folgt, dass Führung des Parlaments zwei Dinge voraussetzt: Erstens die Beherrschung der Quellen, aus denen die politischen Schlagworte fliessen, also der mysteriösen Macht, die man öffentliche Meinung nennt. Dazu gehört entsprechende Einflussnahme auf den Inhalt der Tagespresse und zwar einerseits durch Fühlung mit den Leitern der Blätter und andererseits dadurch, dass man überall gewandte Federn für den Dienst der Regierung gewinnt. Dazu gehört aber weiter, dass man den Apparat der politischen Verwaltung ebenso zum Werkzeug der Regierung macht, wie er das anderwärts ist. Beides ist möglich, in Österreich leichter als irgendwo. Geschieht es, dann können die Schlagworte des Tages von der Regierung ausgehen und dann wird auch der Einfluss der Regierung auf die Wahlen und damit die Abhängigkeit der Abgeordneten von ihr grösser sein. Zweitens setzt wirksame Führung eines Parlaments voraus, dass der Regierungsvertreter die Subkomites zu behandeln weiss. Hier hat man es immer nur mit wenigen Leuten zu tun. Hier kann man mit dem Einzelnen sprechen. Hier kann man an seine Einsicht, eventuell auch man seine Motive appellieren. Schlimmstenfalls kann man, wenn ein bedenklicher Beschluss droht, fast jedes Subkomité sprengen, indem man einige Mitglieder ersucht, sich zu entfernen, so dass es beschlussunfähig wird.

Nichts davon hat die gegenwärtige Regierung geübt, und das würde schon erklären, warum sie fast nie ihren Willen durchsetzen kann, und in der Lage eines Reiters ist, der solange die Fühlung mit den einzelnen Muskeln seines Pferdes vernachlässigte, bis dieses nervös geworden ist. Aber es kommt hinzu, dass die Regierung dem Parlament gegenüber

nicht jene fachliche Überlegenheit bewährt hat, die ebenfalls imponieren und Autorität begründen kann. Schon die Gesetze und Verwaltungsakte der absolutistischen Zeit bieten berechtigter sachlicher Kritik eine bedenklich grosse Angriffsfläche. Und auch die neuen Vorlagen, die gegenwärtig dem Parlament dargeboten werden, sind zu einem grossen Teil so mangelhaft, dass die Regierung in der Tat nicht mit dem Anspruch vor das Abgeordnetenhaus treten kann, auf allen Gebieten die gesunde /19/ Vernunft und das richtige Ziel auf ihrer Seite zu haben. Das könnte nur an Beispielen nachgewiesen werden. Es sei gestattet, nur das Wichtigste zu wählen, die Finanzpolitik.

Die finanzielle Lage der Monarchie wird in massgebenden Kreisen viel zu wenig ernst genommen. Für keinen anderen Staat bedeutet finanzielle Gesundheit soviel wie für Österreich. Denn andere Staaten können in Schwierigkeiten geraten, ja selbst finanziell zusammenbrechen, ohne ihre Existenz zu gefährden – der nationale Wille zum Leben wird sie immer wieder aufrichten. Wenn Österreich in finanzielle Schwierigkeiten gerät, so wird der Staat abhängig von nationalen Parteien, auf deren Wohlwollen nicht unbedingt zu rechnen ist. Es hat in solchem Falle Hilfe vom Ausland nur in beschränktem Mass und zu drückenden Bedingungen zu erwarten. Es kann in die Lage kommen, ohne ausreichende Mittel für seine militärische Organisation und in seiner auswärtigen Politik gehemmt zu sein. Tatsächlich erklärt sich der ungünstige Verlauf mancher Krisen der Vergangenheit zum Teil aus finanziellen Ursachen: Die Misserfolge der Jahre 1859 und 1866 z. B. sind unmittelbare Folgen von Mängeln in der Ausrüstung und Organisation der Armee gewesen, die gewiss nicht allein, wohl aber zum Teil von der Finanzlage der Monarchie bedingt waren. Nach 1866 hat eine energische Finanzpolitik stetig an der finanziellen Gesundung Österreichs gearbeitet, bis um 1900 der Höhepunkt erreicht und Ordnung in Staatsfinanzen und Geldwesen hergestellt war. Aber um die gegenwärtige Finanzlage zu verstehen, muss man die Tatsachen ins Auge fassen, dass Österreich sich nicht auf dieser Höhe zu erhalten vermochte, und nicht in dieser günstigen Finanzlage war, als der Weltkrieg ausbrach. Es ist vielmehr eine bedauerliche Wahrheit, dass ohne alle Notwendigkeit die Staatsfinanzen zwischen 1904 und 1914 wieder in Unordnung gerieten. Ohne alle Notwendigkeit: Denn die Staatseinnahmen und die wirtschaftliche Kraft Österreichs haben sich in dieser Zeit durchaus befriedigend entwickelt. Wenn trotzdem bald wieder das Defizit auftrat, und bedrohliche Dimensionen annahm, so ist das nur Schuld der mehr als mangelhaften

Finanzpolitik der aufeinander folgenden /20/ Regierungen gewesen, die gar keine Widerstandskraft gegen populäre Forderungen bewiesen. Den Staatsschatz der Parteien preisgaben, Beamtenstellen und Beamtengehälter fortwährend erhöhten und nichts taten, um der finanziellen Misswirtschaft der Länder und Gemeinden zu steuern. So stieg von Jahr zu Jahr die Schuldenlast und es entstand eine Situation, die auch ohne Weltkrieg schliesslich unhaltbar geworden wäre. Dieser Leichtsinns, dieser Geist sorgloser Defizitwirtschaft ist auch heute noch fühlbar, und darin, nicht in der finanziellen Situation selbst, liegt die grösste Gefahr.

Als der Weltkrieg ausbrach, wählte man jenes Mittel der Finanzierung, dessen verführerische Leichtigkeit schon manche Katastrophe der Geschichte erklärt: die Ausgabe von Papiergeld. Solange man auf einen Frieden nach wenigen Monaten hoffte, war dies noch kein Fehler. Man hätte dann eben dieses Papiergeld durch eine Anleihe wieder eingezogen und deren Zinsen durch mässige Steuererhöhungen aufbringen können. Dass man aber auch noch daran festhielt, als jede Hoffnung auf baldigen Frieden geschwunden war, dass man die Papiergeldmenge ins Uferlose wachsen liess, bis sie heute die gigantische Summe von 18 Milliarden erreicht hat, ist kaum zu verantworten. Alle die Erscheinungen, die der Laie der »Preistreiberei« zur Last legt, alle die soziale Erbitterung und alle soziale Gefahr, die heute unverkennbar ist, wurde dadurch verschuldet. Und unverantwortlich ist es, wenn man heute noch, am Rande des finanziellen Abgrundes, jeder populären Forderung nachgibt, und z. B. noch neuerdings die Unterhaltsbeiträge ohne jeden Grund um fast 1½ Milliarden vermehrte, so dass jetzt diese Unterhaltsbeiträge allein über 3 Milliarden im Jahr ausmachen. Mehr als das ganze Budget des Staates im letzten Friedensjahr.

Dass der Krieg das Gleichgewicht der Finanzen stören musste, ist freilich klar. In allen kriegsführenden Staaten ist das eingetreten. In keinem Staate aber ist so sinnlos gewirtschaftet worden und in keinem ist eine solche Überschwemmung mit Papiergeld eingetreten, wie bei uns. Die einzige Ausnahme ist Russland. Und die Konsequenzen sehen wir heute: Wenn einmal die /21/ Geschichte der russischen Revolution geschrieben werden wird, so wird darin auch die Rolle eingezeichnet sein, die staatliche Verschwendung und Papiergeldwirtschaft dabei gespielt haben. Ohne solide Finanzpolitik gibt es keine konservative Staatspolitik. Keine Stabilität der politischen Tradition.

Bei vernünftiger Sparsamkeit hätte auch bei uns die Papiergeldwirtschaft nie diese Dimensionen angenommen. Aber darin allein erschöpfen sich noch nicht die Fehler unserer Finanzpolitik. Wenn man auch absehen wollte, von den zahllosen Unterlassungen auf dem Felde der inneren und äusseren Kreditpolitik, so blieben noch immer die Missgriffe der Steuerpolitik. Als man endlich das System der Kriegsanleihe entriert hatte, begann man sich nach Mitteln zur Deckung der Zinsen derselben umzusehen. Und statt einen grosszügigen Plan festzulegen, der das Vertrauen der Öffentlichkeit und des Auslandes gewonnen hätte, wusste man nichts besseres zu tun, als ganz systemlos und mechanisch bestehende Steuern zu erhöhen. Diese Steuererhöhungen waren drückend und schikanös und gleichwohl wie nicht anders möglich, völlig unzureichend. Dabei beging das absolutistische régime den weiteren Fehler, fast ausschliesslich die direkten Steuern zu erhöhen, und der Zukunft die ja doch unvermeidlichen Erhöhungen der indirekten zu überlassen. Das war sachlich ein Fehler: Denn man mag es bedauern soviel man will, aber es ist unleugbar, dass in einem Lande mit wenig altem Reichtum wie es Österreich ist, direkte Steuern nie ausreichen und ausgiebige Erhöhungen der indirekten zur Wiederherstellung der Finanzen nötig sein werden. Deshalb kann man die Massen nie früh genug an den Gedanken einer erhöhten Belastung gewöhnen. Das war aber noch mehr ein politischer Fehler, weil dadurch mit Hilfe des § 14 der populäre Teil des Steuerprogramms in Angriff genommen wurde, und es der parlamentarischen Maschine überlassen blieb, den unpopulären zu erledigen. Dass dieser dabei versagt, kann nicht Wunder nehmen. Die Abgeordneten haben es nun in der Hand, mit der Verweigerung der Bewilligung indirekter Steuern zu drohen und damit ist die Regierung vor eine sehr schwierige Aufgabe gestellt. Hätte man es umgekehrt gemacht und in der absolutistischen Zeit /22/ auch die indirekten Steuern erhöht, so wäre die Stellung der Regierung in finanzpolitischer Frage heute wesentlich günstiger und manches, was in der absolutistischen Periode verfügt wurde, wie z. B. die Erhöhung der Erbgebühren, könnte heute als Kompensation dargeboten werden, während, wie die Dinge stehen, die Abgeordneten förmlich zu weiteren und radikalen Erhöhungen der direkten Steuern gedrängt sind, um ihren Wählern sagen zu können, dass sie auch etwas geleistet haben.

Nur in einem Punkte hat die Finanzpolitik des absolutistischen régimes etwas Neues gebracht: Das war die Kriegsgewinnsteuer, die ihr von der öffentlichen Meinung und dem Beispiel der anderen Staaten aufgedrängt wurde. Aber die Verordnung, die die

Kriegsgewinnsteuer brachte, war so mangelhaft, dass sie es zustande brachte, gleichzeitig Leute empfindlich zu treffen, deren Lage trotz höherem Geldeinkommen, sich im Kriege wesentlich verschlechtert hatte. Und grosse Gruppen eigentlicher »Kriegsgewinner« fast völlig unbesteuert zu lassen. Brutal griff sie in das Wirtschaftsleben ein²⁸, die wirtschaftliche Lage Österreichs verschlimmernd. Aber dessen ungeachtet erfasste sie den Kriegsgewinn ganz unzureichend.

Von allem Anfange an war daher, als das Abgeordnetenhaus zusammentrat, die taktische Stellung des Abgeordnetenhauses günstig, die der Regierung ungünstig. Bei allem undiskutierbarem Radikalismus hat doch vieles an der vorgebrachten Kritik und an den vorgebrachten Vorschlägen seine volle Berechtigung, wenngleich bei dem Niveau der Abgeordneten unmögliche Anforderungen an den Staatsschatz und alte Schlagworte aus der Rüstkammer der Parteiprogramme im Vordergrund standen. Es hätte hoher fachlicher Autorität und grossen parlamentarischen Geschickes seitens der Regierung bedurft, in solcher Situation die Führung zu behalten. Und die parlamentarische Steuerfreudigkeit rationell[en] Massregeln dienstbar zu machen. Dazu wäre vor allem nötig gewesen, klares und festes Wollen zu zeigen. Man hätte mit einem grossen Finanzplan hervortreten sollen, der den Boden für alle finanzpolitischen Debatten geboten hätte und im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit gestanden wäre. Statt dessen war /23/ das erste, was Parlament und Öffentlichkeit wahrnahmen, ein lamentables Schwanken der Regierung, eine völlige Unsicherheit in den Zielen und die Abneigung, die Verantwortung für bestimmte Vorschläge zu übernehmen. Und das zweite war, dass die Regierung ihre Meinung, soweit sie eine solche überhaupt hatte, sozusagen ganz unmassgeblich äusserte. Und stets die Bereitschaft zum Nachgeben zeigte. Schwächlich war ihre Haltung der Kritik gegenüber, die sie weder resolut zurückwies noch sich resolut selbst zu eigen machte. Noch schwächer den populären Forderungen nach allen möglichen Ausgaben gegenüber. Am schwächlichsten aber dem Steuerradikalismus der Abgeordneten gegenüber: Wiederholt akzeptierte da die Regierung, was sie selbst vorher als schädlich oder unmöglich bezeichnet hatte. Dann blieb es dem Herrenhause überlassen, das zu tun, was sie selbst hätte tun müssen. Dadurch exponierte man das Herrenhaus ganz unnötigerweise. Und dadurch verlor man alle Autorität, die in finanziellen Dingen noch nötiger ist, als in anderen, wenn nicht

²⁸ In der Vorlage: ein

Finanzen und Wirtschaftsleben gleichzeitig ruiniert werden und schliesslich alle Interessen beunruhigt und niemand befriedigt [werden] soll. Ohne jeden leitenden Gesichtspunkt nahm man eine Steuer nach der anderen her um sie zu erhöhen, und jeder Abgeordnete stimmte nach seiner Neigung oder seinem Laienurteile wie es ihm gefiel.

Die Folge ist klar. Eine bedrohliche Zerrüttung der Finanzen, allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung, eine schwere Schädigung des Wirtschaftslebens, Konflikt zwischen den Häusern des Reichsrats – kurz sachlicher und politischer Misserfolg. Es bedurfte der Anregung eines Abgeordneten, um der Regierung das Gefühl dafür beizubringen, dass man einen umfassenden Finanzplan vorlegen müssen. Und nicht einmal jetzt scheint sie dieser Forderung entsprechen zu können.

Eines nur ist erfreulich, in dieser ganzen so traurigen Situation: dass sie, wie diese Ausführungen zeigen, nicht die Folge unbeherrschbarer Notwendigkeit ist, sondern nur die Folge persönlicher Unzulänglichkeiten.

Noch heute könnte der richtige Mann das Schlimmste verhüten und sach/24/lich und politisch die Finanzen der Monarchie aus der gegenwärtigen Krise führen. Auch heute noch kann die Finanzpolitik Österreichs zum Erfolg gemacht werden, wenngleich vielleicht schon bald nicht mehr. So steht es aber auch auf anderen Gebieten, die hier nicht im Einzelnen besprochen werden können. Es steht z. B. nicht verzweifelt mit der Versorgung von Heer und Volk. Wirkliche Notlage macht heute noch die Ausnahme und schon die gewaltige Steigerung des Lohnes bewahrt die Massen auch heute noch vor dem Schlimmsten. Aber was geschehen kann um die agrarische und industrielle Produktion zu hemmen, das tun die Kommissionen und Organisationen, die die Regierung, dem Schlagworte folgend gegen ihre eigene Überzeugung täglich vermehrt. Es ist nicht zu gewagt, wenn man behauptet, dass Österreich heute besser versorgt wäre, wenn sich die Regierung nie um die Volkswirtschaft gekümmert hätte. Sie hat Aufgaben übernommen, denen ihr Apparat nicht gewachsen ist. Sie hat überall einen Fachmann, sei der Bauer oder Ingenieur unter die exasperierende, überall hemmende Herrschaft irgend welcher Beamten gestellt, die auf diesen Gebieten Laien sind. Sie hat vielfach Sparmassnahmen eingeführt, die Verschwendung, und Massregeln zur Förderung der Produktion, die Produktionseinschränkung zur Folge haben. Sie hat durch mangelhafte Verordnungen die Achtung vor dem Gesetze erschüttert und dadurch auch notwendige Massregeln unwirksam

gemacht. Den Weg zur Verbesserung der Verhältnisse weist der Satz: »pour gouverner mieux il faut gouverner moins.«

/25/

III

In früheren Memoranden wurden die Grundsätze dargelegt, welche nach Ansicht des Verfassers eine konservative Regierung zum Erfolg und die Monarchie aus der gegenwärtigen Krise führen würden. Es erübrigt hier auf Grund des eben Gesagten, die Aufgaben und Chancen einer konservativen Regierung im gegenwärtigen Zeitpunkt zu diskutieren.

Es wurde gezeigt, dass die gegenwärtige politische Lage, deren Ernst nicht geleugnet werden kann, nicht so sehr die Folge unüberwindlicher Schwierigkeiten als begangener Fehler ist. Es wäre frivol, die Lage des Staates, den Zustand der Parteien den überhandnehmenden Radikalismus leicht nehmen zu wollen. Gefahren, vor denen man nicht die Augen schliessen darf, bedrohen die Selbständigkeit der Monarchie; ebenso unverkennbare Gefahren ihre soziale und politische Struktur. Aber die Masse der österreichischen Völker, besonders der Bauern aller Nationalitäten ist konservativ und lenksam. Die nationalen und sozialen Radikalismen sind vielfach nur die Radikalismen der Ratlosigkeit. Die Machtmittel des Verwaltungsapparates sind gewaltig und in allen Kreisen macht sich ein Gefühl der Ermüdung und ein Verlangen nach ruhiger Arbeit geltend. Die alten Parteiprogramme sind verbraucht und diskreditiert. Nirgends zeigt sich jene Autorität der Führer und jene Klarheit des Willens, die Revolutionen ermöglicht. Daraus folgt: alles, auch ganz Abenteuerliches ist zu befürchten, wenn man die Lage nicht so zu behandeln weiss, nicht zu führen und die vorhandenen Machtmittel zu benützen versteht. Wirkungen der russischen Vorgänge liegen nicht ausserhalb des Bereiches des Möglichen. Und wenn die österreichischen Regierungen fortfahren, die Zügel am Boden schleifen zu lassen, so werden die heute noch gestaltlosen Radikalismen schliesslich Wurzel fassen. Aber alle Gefahr kann heute noch abgewendet werden, nicht durch Gewalt, sondern durch Führung: Dadurch, dass man die moderne Kunst der Massenbeherrschung in den Dienst des Staates, des konservativen Interesses und fruchtbarer politischer Ideen stellt. Weiss man die Krise glücklich zu überwinden, so ist mehr als ein temporärer Erfolg erreicht: Es wird /26/ sich eine Periode vorwiegend konservativer Stimmung eröffnen. Der Augenblick ist ernst. Für

Staat und Gesellschaft steht viel, möglicherweise Alles auf dem Spiele. Aber die Entscheidung über den Ausgang ruht heute noch in den Händen des Staates und der Gesellschaft selbst.

Wie in früheren Memoranden auseinandergesetzt, kommt es auf vier Punkte an:

1. auf Beherrschung von Parlament, Verwaltungsapparat und öffentlicher Meinung
2. auf fachgemässe, zielbewusste Erledigung der täglichen administrativen und legislatorischen Aufgaben auf allen Gebieten
3. auf energisches Eintreten für Verständigungsfrieden und internationaler Friedensgarantie
4. auf eine Nationalitätenpolitik von grossem Zuge in Richtung der Föderation der österreichischen Völker auf Grund der historischen Ländergruppen.

ad. 1.: Niemals hat die Regierung eine solche Macht über die Presse gehabt wie heute. Weiss man sie zu benützen, und überall namentlich aus Beamtenkreisen Leute zu gewinnen, die für die Regierung schreiben, so kann der Gesamtpolitik wie jeder einzelnen Massregel der Regierung der Boden bereitet werden, dessen sie bedarf. Es ist zweifellos, nur erfordert des Geschick und Beharrlichkeit. Schwieriger ist es, den Verwaltungsapparat zu einem politischen Helfer der Regierung zu erziehen. Zu lange ist jeder Versuch dazu unterlassen, und den Beamten gestattet worden, politisch zu tun und zu lassen, was ihnen beliebt. Das ist umso bedenklicher, als die Dienstpragmatik die Macht der Regierung über die Beamten verringert hat. Dazu kommt, dass der Verwaltungsapparat namentlich für den Zweck der Neuwahlen der Regierung zur Verfügung stehen muss und daher jene Erziehung desselben schnell vor sich gehen müsste. Aber dennoch kann manches geschehen. Und wenn der Minister des Innern nach und nach und unauffällig alle Bezirkshauptleute zu sich beordert, wo wird er sich ein Urteil über sie bilden, mit den meisten zum Ziele gelangen und die Unge/eignetsten entfernen können. Auch ist die Bestellung besonderer (unoffizieller) Agenten der Regierung in den Wahlkreisen empfehlenswert, was nur in ganz unzureichendem Masse geschieht.

Natürlich gehört zum Erfolg auch, dass alle Minister ausreichend oft und wirkungsvoll in Wien wie in der Provinz vor die Öffentlichkeit treten. Ferner müssen sie im Parlament einander unterstützen, statt mit stoischem Désinteressement zuzusehen, wenn einer von ihnen in eine Klemme gerät.

ad 2.: Vor allem muss ein Finanzplan vorgelegt werden, der sachlicher und politischer Kritik standhält und der Regierung die Führung der Finanzpolitik zurückgewinnt. Das ist durchaus möglich und wird auch das Herrenhaus aus seiner gegenwärtigen Stellung degagieren. Im übrigen hat jedes Ressorts immer ein brauchbares cheval de bataille, dem nur der Reiter nicht fehlen darf. Hier kommt es auf viele Einzelheiten an, die im Rahmen dieses Memorandums nicht berührt werden können. Auch zahlreiche populäre Massregeln, die unvermeidlich sind, wie z. B. Zensurerleichterungen muss man mit bonne grace darbieten, statt sie sich vom Parlament abringen zu lassen.

ad 3.: Wiederholt hat der Krieg der Monarchie die Chance dargeboten, eine grosse historische Rolle zu spielen, damit auch ihre Selbständigkeit zu sichern [,] sich Sympathien neutraler und feindlicher Staaten zu erwerben und ihre Politik dem Empfinden mancher österreichischer Völker anzunähern. Niemals war die Chance so günstig wie jetzt, wo es gilt, am Gedanken des »Verständigungsfriedens« festzuhalten. Innenpolitisch²⁹ würde damit ein grosser Erfolg erzielt. Seit langer Zeit zum erstenmal würde die Regierung imponieren und zum Gegenstand aktiver Sympathie von Millionen werden.

ad 4.: Das im letzten Memorandum dargelegte Nationalitätenprogramm ging davon aus, dass weder die deutsche Formel: »Autonomie der Nationalitäten innerhalb der Kronländer bei garantiertem territorialen Besitzstand« noch die Formel der Sozialdemokraten, das sogenannte »Personalitätenprinzip«, irgend wen befriedigen und dass keine von beiden eine Majorität finden würde. Es wurde dort gezeigt, /28/ dass die Föderation der historischen Ländergruppen, (also: Galizien, der Länder der Wenzelskrone, eines deutschen und eines südslawischen Gebietes) die einzige Methode sein dürfte, um allen berechtigten Wünschen nach ruhiger nationaler Entfaltung zu entsprechen und das nur so das notwendige Mass von Einheit und Zentralisation dauernd und ohne unerträgliche Reibungen gesichert werden könnte. In Böhmen müsste den Deutschen unter der Wenzelskrone weitgehende Autonomie gesichert werden. Dieses Programm sollte keineswegs eine starre doktrinaire Formel sein. Die Stellung jener vier Teile, aus denen sich Cisleithanien dann zusammensetzen würde, brauchte nicht schlechthin gleich zu sein. Eine Krönung und die Konstruktion eines staatsrechtlichen Gebildes war nur für Böhmen in Aussicht genommen. Das südslawische Gebiet wäre seiner Natur nach ein Torso, der erst in

²⁹ In der Vorlage: innerpolitisch

späterer Zukunft sich im Sinne trialistischer Gedanken entfalten und einstweilen den Südslawen nur das bieten sollte, was eben Cisleithanien bieten kann. Es dürfte überhaupt kein Nachteil sondern eher ein Vorteil jenes Programmes sein, dass es nicht mit dem Anspruch auftreten kann, eine »definitive« Lösung der Grundprobleme der Monarchie zu bieten, was gegenwärtig unmöglich ist. Vielmehr soll es nur ein erster Schritt zu dieser Lösung sein. Der dadurch geschaffene Zustand soll sich zwanglos den Bedürfnissen weiterer Entwicklung anpassen, um schliesslich organisch in eine neue Ordnung der Gesamtmonarchie überzugehen, wenn einmal die Phase des Dualismus überwunden sein wird. Es sei nun gestattet, in wenigen Worten dieses Programm zu präzisieren, gegen einige Einwendungen zu verteidigen und seine Chancen im gegenwärtigen Zeitpunkt zu prüfen. Dabei mag von Galizien, dessen künftige Stellung heute noch ganz undefinierbar ist, abgesehen werden. Schwierigkeiten würden die Polen dem Programme nicht machen. Die Ruthenen aber könnten dafür durch Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse gewonnen werden.

Zufrieden würden die Slowenen sein. Sie wären heute wohl auch mit weniger zufrieden. Man könnte bei ihnen daran denken, durch kleine Konzessionen (Universität usw.) mit ihnen auszukommen, wenn nicht drei Gründe dagegen sprächen: Erstens erwecken kleine Konzessionen beinahe dieselbe Gegnerschaft, /29/ wie grosse. Das Ministerium Windischgraetz ist über eine so unbedeutete Massregel wie die Errichtung slowenischer Parallelklassen an einem Gymnasium gestürzt. Zweitens handelt es sich nicht um eine »Konzession« im Sinne eines Opfers, das der Staat zu bringen hätte, sondern um eine Lösung des Problems, die im eminentesten Interesse der Dynastie und der Gesamtmonarchie liegt. Denn gewaltigen Machtquellen auf dem Balkan und wichtige Sympathien in der Welt würden ihr dadurch erschlossen werden. Drittens aber warnen viele historische Fälle davor, grosse Probleme erst zu lösen, wenn sie brennend geworden sind. Denn sonst wird, was dankbar empfundene Gabe gewesen wäre, zur Errungenschaft, die im bitteren Kampf erstritten worden ist³⁰. Das südslawische Gebiet würde die slowenischen Teile von Kärnten und Steiermark dann Krain, das Küstenland, Dalmatien umfassen. Es erhielte einen einheitlichen Landtag und eine einheitliche Statthalterei, deren Chef für die autonomen Angelegenheiten dem ersteren verantwortlich sein könnte. Was autonome Angelegenheit ist, würde die Vereinbarung mit dem deutschen Gebiet festsetzen, welche die

³⁰ In der Vorlage: sind

Grundlage des Verhältnisses beider zueinander wäre und dem deutschen Gebiet Garantien für freien Zugang zum Meere geben müsste.

Allgemein wird angenommen, dass sich unter den Deutschen der heftigste Widerstand gegen den Plan einstellen würde. Wenn man darunter versteht, dass Aleldeutsche und Deutschradikale den Anlass zu lärmenden Protesten nicht vorübergehen lassen werden, so hat man Recht. Wer aber meint, dass sich unter den Deutschen keine Majorität dafür finden werde, der übersieht, dass inmitten alles Radikalismus ein tiefer Überdruß am nationalistischen Treiben unter den Deutschen um sich greift. Eben dieser Radikalismus der Agitatoren ist oft nur Symptom ihrer Verzweiflung an ihrer Macht über die Massen. Ein »Volkstag« nach dem anderen verläuft in trostloser Wiederholung von Formeln, die ihren Inhalt verloren haben. Und nichts ist charakteristischer, als dass vor einigen Tagen der Abgeordnete K. H. Wolf in der »deutschesten« Stadt der Monarchie, nämlich in Graz, in einer Versammlung nicht zu Worte kommen und diese Versammlung selbst von Arbeitern gesprengt werden konnte. Wichtiger aber ist, dass /30/ dieses Programm den Deutschen nichts nimmt, was sie heute noch haben und nichts versagt, was sie heute noch anstreben können. Ihr eigenes Programm gewährt nationale Autonomie innerhalb der Kronländer. Welchen Wert aber behält die Kronlandeinteilung für sie, wenn Autonomie konzidiert und der Gedanke an Herrschaft aufgegeben wird? Sie streben »Sicherung des Besitzstandes« an. Allein das gewährt der Plan im Wesen und abgesehen von jenen Inseln, die ohnehin keinesfalls haltbar sind, und für die durch Übereinkommen der vier Teile ja ausserdem gewisse Garantien geboten sein können. Damit fällt jede Beschwerde weg.

Allein die besten Kenner sind der Ansicht, dass das, was der angedeutete Plan bietet, das tschechische Volk nicht befriedigen könne. Man habe sich im tschechischen Lager zu sehr und zu öffentlich für weitergehende Ziele engagiert, als dass etwas acceptabel wäre, was zu sehr dagegen zurückbliebe. Mit aller schuldigen Achtung vor den erwähnten Autoritäten und mit allem Gefühl dafür, dass es als Anmassung erscheinen könnte von ihnen abzuweichen, seien die folgenden Erwägungen unterbreitet: Ist auch hier, wie im Falle der Deutschen, zuzugeben, dass die radikalsten Elemente nicht zu gewinnen sein werden und ferner dass jeder nationale Ausgleich den Führern, die ihn schliessen, einen Teil ihrer Anhängerschaft kosten muss. Aber abgesehen davon darf wohl hervorgehoben werden, dass das hier vorgeschlagene Programm den Čechen Viel bietet: Mehr als die

Fundamentalartikel des Grafen Hohenwart und keineswegs wesentlich weniger als von den ernstesten Führern bisher verlangt worden ist. Gegenüber den Fundamentalartikeln kann der Kreis der Angelegenheiten, die autonom zu regeln wären, wesentlich erweitert werden: Alles, was nicht mit der Armee und der auswärtigen Politik, y compris die Zollpolitik, zusammenhängt, kann der autonomen Regelung überlassen werden. Und wie im Wesen so könnte auch in der Form den böhmischen Wünschen Rechnung getragen werden, so dass, bei der Unklarheit des Begriffes der Souveränität, in demselben Sinn von einem selbständigen Staat gesprochen werden könnte, in welchem z. B. Bayern immer: abgesehen von der Armee und der äusseren Vertretung – ein selbständiger /31/ Staat ist. Die Schwierigkeiten, die sich aus einer solchen Organisation ergeben können, sind, wie der Verfasser im Einzelnen zu zeigen bereit ist, keineswegs unüberwindlich. Das Bestehen von Centralorganen Österreichs wird dadurch nicht unmöglich gemacht und ob dann Österreich als Staatenbund zu qualifizieren wäre, ist eine Frage, der wohl mehr akademisches als praktisches Interesse zukommt. Dass in Prag verantwortliche Minister amtieren würden, ist selbstverständlich, aber es wäre kaum leicht nachzuweisen, dass dieser Zustand besondere Bedenken wachrufen müsste. Sicher wären aber damit sehr viel böhmische Wünsche erfüllt. Sodann aber bietet das Programm nicht nur viel, es bietet auch Alles, was vernünftigerweise realisierbar ist. Weitergehende Wünsche tragen den Stempel der Utopie an der Stirne. Alles das dürfte die Hoffnung rechtfertigen, dass sich auf dieser Basis eine Einigung erzielen lässt, zumal der Parteienstreit im tschechischen Lager auf ähnliche Verhältnisse hindeutet, wie sie im deutschen herrschen.

Viel leichter wiegen zwei andere Gruppen von Einwänden. Die eine möchte ich die bürokratische nennen, weil sie vor allem im Beamtenkreise erhoben wird, denen einheitliches Recht und einheitliche Verwaltung als unantastbares Dogma und alle Abweichungen davon als Unglück erscheinen. Allein die Verwaltung Österreichs wird nie einfach sein und Österreich wird immer ein kompliziertes Gebilde bleiben. Weit entfernt, diese Komplikation zu erhöhen, wird vielmehr die vorgeschlagene Organisation manches vereinfachen. Heute haben wir eine Reichsgesetzgebung und 17 Landtage. Wir haben den so unökonomischen Parallelismus von Staatsverwaltung und autonomer Verwaltung auf vielen Gebieten. Dem gegenüber ist die vorgeschlagene Organisation nicht schwerfälliger zumal sie viele Hemmungen beseitigt, die heute sehr störend sind. Man begeht immer

wieder den Fehler, jede föderalistische Organisation mit einem gut funktionierenden Zentralismus zu vergleichen. Dann kommt man freilich zu einem für die erstere ungünstigen Resultat. Aber unser Zentralismus funktioniert eben nicht gut und kann nie gut funktionieren. Und die Wahl zwischen einem alle Augenblicke versagenden einheitlichen Gesetzgebungs- und Verwaltungs/32/maschine und einer zwar nicht einheitlichen aber glatt funktionierenden kann nicht zweifelhaft sein. Oft wird auch eine Rechtsverschiedenheit zwischen einzelnen Teilen Österreichs – oder selbst Verschiedenheiten [in der]³¹ Unterrichtsorganisation usw. – als ein Unding und ein Hemmnis für den Verkehr erklärt. Einige Überlegung lehrt aber, dass darin kein Nachteil, sondern ein Vorteil liegt. Österreich besteht aus Gebieten und Nationen verschiedener Entwicklungsstufen und verschiedener Anlage. Eine stete Quelle von Unzufriedenheiten und Unzukömmlichkeiten liegt darin, dass alle diese Entwicklungsstufen und Nationen durchaus unter demselben Recht leben, gleichorganisierte Schulen erhalten müssen usw. In einem Gebiet wird oft als volksfremd und zu modern empfunden, was anderswo veraltet erscheint: Und welcher Grund spricht dafür, dass der galizische Bauer und der Reichenberger Industrielle unter dem gleichen Recht leben? Tatsächlich nichts als das Schematisierungsbedürfnis des Bürokraten! Die Praxis der Verwaltung hilft sich indem sie einfach dasselbe Gesetz in örtlich verschiedener Weise handhabt. Warum sollte nicht offiziell anerkannt werden dürfen, was sich ohnehin praktisch durchzusetzen strebt? Wo wirklich ein Bedürfnis nach einheitlichem Rechtszustand besteht, wird es durch freiwillige Konventionen zwischen den vier Gebieten erfüllt werden können.

Die letzte Gruppe von Einwendungen bezieht sich auf Ungarn. Wer den Dualismus als *noli me tangere* für alle Zeiten betrachtet, wer meint, dass jeder Schritt der inneren Politik Österreichs mit einer Bitte um Erlaubnis in Budapest eingeleitet und dass am Bestehenden festgehalten werden muss, weil das im Interesse Ungarns liegt, der wird tatsächlich auf jeden solchen Plan verzichten müssen. Aber er müsste dann auch an der deutschen Vorherrschaft in Österreich festhalten, denn auf ihr beruht der Dualismus gradeso wie auf der magyarischen Herrschaft in Ungarn. Nimmt man diesen Standpunkt ein, dann erspart man sich allerdings eine wenig angenehme Episode: Nämlich den Entrüstungsturm der wohlorganisierten durch keine Rücksichten irgend welcher Art

³¹ In der Vorlage: im

gehemmten ungarischen Politik. Ein solcher Entrüstungssturm ist freilich zu gewärtigen, wengleich er heute nicht zu einer ernsten Gefahr werden und nie /33/ die Dimensionen früherer Zeiten annehmen kann. Denn das gegenwärtige régime in Ungarn ist das régime einer verhassten Minorität, die sogar unter den Magyaren ihre energischen, von der Politik der Gewalt und Korruption degoutierten Gegner hat. Alle Nationalitäten in Ungarn und viele Magyaren selbst, vor allem aber nicht ausschliesslich die Sozialdemokraten würden den herrschenden Cliques die Gefolgschaft versagen und jener Entrüstungssturm würde laut aber kraftlos sein. Das ist eben der grosse Unterschied zwischen der heutigen Lage und der Vergangenheit: Früher standen die Mächte der Demokratie auf seiten der Magyaren, heute würden sie sich gegen die Magyaren wenden. Es ist zweifellos, dass das Experiment Fejervary gelungen wäre, wenn es mit mehr Geschick und mit mehr Beharrlichkeit durchgeführt worden wäre. Und ebenso zweifellos ist, dass heute die Chancen noch günstiger sind als damals.

Aber das gilt nur für den äussersten Fall. Keineswegs wird hier empfohlen, ohne zwingenden Grund einen Kampf mit Ungarn aufzunehmen. Im Gegenteil ist es ein Grundgedanke der Politik, die hier diskutiert wird, dass sie ohne solchen Kampf, lediglich durch die Macht der natürlichen Entwicklung, die sie in ihren Dienst stellt, die neue Ordnung der Monarchie herbeiführen wird. Und deshalb ergibt sich die Frage, ob jene neue föderalistische Organisation Cisleithaniens rechtlich möglich ist innerhalb des Dualismus, den sie zwar schliesslich überwinden wird, mit dem sie aber zunächst friedlich zusammenbestehen soll. Bekanntlich hat man dieses Bedenken schon den Fundamentalartikeln des Grafen Hohenwart entgegengehalten und sie damit zu Fall gebracht. Allein dieser Präzedenzfall beweist nichts. Verfolgt man Schritt für Schritt das Schicksal dieses denkwürdigen Versuches, so kommt man zu dem Resultat, dass die Bedingungen eines solchen Erfolges gegeben waren und sein Ausbleiben nur darauf zurückzuführen ist, dass die Regierung den Kampf nicht durchgekämpft, vielmehr im entscheidenden Moment versagt hat. Die vorgeschlagene Neuordnung Österreichs ist rechtlich ebenso zulässig wie es die Durchführung des Fundamentalartikels gewesen wäre. Nichts gibt Ungarn ein Recht, sich in die inneren Angelegenheiten Österreichs zu mischen. Das Rechtssubjekt mit dem der Ausgleich /34/ geschlossen wurde, bliebe aber bei Verwirklichung unseres Programms erhalten. – noch immer wäre rechtlich dasselbe

Österreich da, wie im Jahre 1867. Ob es sich innerlich so verwandelt, dass es als Staatenbund oder Bundesstaat bezeichnet werden kann, ist ganz irrelevant. Und sich deshalb vom Dualismus loszusagen wäre für Ungarn rechtlich ebenso unmöglich, wie es z. B. für die Vereinigten Staaten unmöglich wäre, seine Verträge mit England zu brechen, wenn dieses Irland und Schottland »Autonomie« gewähren würde.

Aber nehmen wir trotzdem for arguments sake an, Ungarn werde sich auf den Standpunkt stellen, dass das alte Rechtssubjekt »Österreich« mit jener Neuorganisation untergegangen und damit das bestehende Verhältnis zwischen Ungarn und Österreich gelöst sei. Es ist ja sicher, dass das gesagt werden wird, schon um neue Vorteile zu erpressen. Dann wird für Österreich gar kein Grund vorliegen, irgend welche Konzessionen zu machen. Bisher waren die Magyaren immer in der Lage, die Rolle des enfant terrible zu spielen, dass man durch Pralinées begütigen muss. Heute nicht mehr. Man braucht nur die Wahrheit auszusprechen, dass niemand als die Magyaren heute noch ein Interesse am Dualismus hat und ruhig zu erklären, dass man für diesen kein Opfer bringen werde. Das würde den ungarischen Politikern die Überzeugung beibringen, dass jenes alte Spiel ausgespielt ist und sie veranlassen, mit dem neuen Österreich ganz dasselbe Verhältnis anzustreben, das sie dem alten gegenüber stets als eine Konzession bezeichneten. Der Dualismus ist längst verletzt und zwar von Ungarn, das im Kriege aus dem Rahmen von 1867 hinausgewachsen ist. Die Unterdrückung von Rumänen und Slawen zu unterstützen; damit die Saat neuer Kriege und schwerer innerer Verwicklungen zu säen; sich seine äussere Politik von den Magyaren diktieren zu lassen; die gemeinsame Armee, die wahrlich auch eine österreichische Angelegenheit ist, immer wieder attackieren und unterminieren zu lassen, dafür noch schwere wirtschaftliche Opfer zu bringen, – dazu liegt für Österreich wahrlich kein Grund vor. Und es ist verwerfliche Schwäche, eine Schwäche, die noch einmal zu schweren Katastrophen führen kann, wenn man aus Furcht vor momentanen Unannehmlichkeiten alles auf sich nimmt, und die Augen vor der Tatsache schliesst, dass die staatsrechtlichen Kapriolen / 35/ ungarischer Politik nichts anderes sind als finanzielle Erpressungsmittel.

Abgesehen davon aber, dass allein eine solche Politik gegenüber Ungarn den Interessen des Kaiserhauses und der Gesamtmonarchie entspricht, und die Gefahren der

Zukunft zu bannen vermag, ist sie auch innenpolitisch³² die einzig mögliche. Keine Regierung, die Ungarn und Deutschland gegenüber nichts anderes kennt, als passives Nachgeben, wird jemals Autorität haben und Sympathie finden. Und jede Regierung, die kraftlos das klare Recht und die unabweisbaren Lebensnotwendigkeiten Österreichs vertritt, wird dadurch allein schon politische Lebenskraft auch für ihre übrigen Ziele gewinnen. Nichts ist so sehr geeignet, in der Psyche der österreichischen Völker Widerhall zu finden, als Festigkeit in Fragen wie der Quote oder der Kriegsschäden oder der Ernährung und Festigkeit gegenüber unqualifizierbarer Prätensionen, die bis zur Forderung gediehen sind, jede öffentliche Diskussion über die Neugestaltung der Monarchie wie ein Verbrechen zu verfolgen. Der Minister, der das zurückweist, wird seine Rede in einem Beifallssturm aller Parteien schliessen. Ähnliches gilt gegenüber dem Deutschen Reich. Bei allen Völkern Österreichs selbst den Deutschen macht sich steigendes Ressentiment gegen Ungarn und Preussen geltend. Gewiss darf man dieses Gefühl nicht so überhand nehmen lassen, dass es die Erfüllung bestehender Verpflichtungen tangieren könnte. Aber trotzdem ist dieses Gefühl eine wertvolle politische Kraft, die man nicht verachten darf, sondern zum Heil der Monarchie benützen muss. Eine Regierung, die an dieses Gefühl appelliert, wird sogleich einen Kontakt mit den Völkern und eine Gemeinsamkeit unter den Völkern hergestellt haben, die vieles möglich macht, was sonst unmöglich wäre.

Sehr viel noch, was hier nicht mehr besprochen werden kann, muss getan werden, um die Monarchie und ihre Institutionen ohne Schaden in eine glücklichere Zukunft zu leiten. Schwierigkeiten im einzelnen werden noch Generationen von Politikern verbrauchen. Aber die skizzierten Punkte reichen noch heute aus, um die politische Chancen auszunützen, die gerade der gegenwärtige Zeitpunkt neuen Männern mit festem politischem Willen darbietet. Im Falle /36/ des Erfolges wäre auch auf einmal das geschaffen, was bisher in Österreich nie geschaffen werden konnte: Der politische Boden für eine grosse populäre konservative Partei, gegen die politischer und sozialer Radikalismus vergeblich anstürmen würde.

Graz, Weihnachten 1917

Joseph Schumpeter

³² In der Vorlage: innenpolitisch

Joseph Alois Schumpeter
Politisches Memorandum [Fragment, Frühjahr 1918]

[...³³]

.../2/bestimmtes Vorgehen zu beschliessen, und es dann unter allen Umständen durchsetzen zu wollen, obgleich es inzwischen unmöglich geworden sein kann. Allein darum handelt es sich nicht. Es handelt sich vielmehr eben darum, für alle vorhersehbaren Möglichkeiten gerüstet zu sein. Nur dann kann man auch einer unvorhergesehenen Situation sicher entgentreten und dem Impuls des Augenblicks vertrauen. Es ist auch wahr, dass sehr viele Dinge nur getan, nicht aber vorher mit Worten beschrieben werden können. Das ändert aber nichts daran, dass man sich über alle wesentlichen Punkte klar sein muss. Sonst wird man nie die erste Voraussetzung politischen Erfolges erfüllen können: Die Voraussetzung, festen Willen zu zeigen, der oft auch diejenigen mitzieht, denen das Gewollte unsympathisch ist.

Nicht oft genug kann wiederholt werden; die lange Reihe der Echee der österreichischen Regierung hat sehr viel Gründe. Keine Regierung hat es verstanden, die Presse und den Verwaltungsapparat sich politisch dienstbar zu machen, die Wahlen zu beherrschen, dem Parlament und der Öffentlichkeit zu imponieren u.s.w. Aber einer der wichtigsten Gründe ist, dass die Herren, die eine Cabinettsbildung anstrebten, oder übernahmen, sich niemals vorher darüber klar wurden, was sie tun wollten und dass sie niemals mit einem kleinen Kreis von Leuten in Verbindung traten, mit denen sie arbeiten wollten, auf die [sie]³⁴ sich verlassen konnten und die sich auf sie verlassen konnten. Sie glichen Regisseuren, wenn es solche gäbe, die etwa ein Stück auf die Bühne bringen wollten, ohne je eine Probe abgehalten zu haben, ohne je gesehen zu haben, wie die Akteure zusammenarbeiten und was von ihrer Fähigkeit und Anhänglichkeit zu erwarten sei. Deshalb stand der österreichische Ministerpräsident im entscheidenden Moment allein und seine Leute versagten. Daher kam dann im Augenblick der Gefahr ein so lamentabler

³³ Der Anfang fehlt

³⁴ Das Wort fehlt in der Vorlage

Mangel an Sicherheit, daher auch oft schon ein tragikomisches Scheitern beim kleinsten Sturm, wenn es auch ein Sturm im Teekessel war. Wenn jemals so gilt das ganz besonders jetzt. Darüber kann kein Zweifel sein, dass die Stellung jeder österreichischen Regierung für Jahre hinaus überaus schwie/3/rig sein wird. Wenn man die notwendige Vorarbeit nicht leisten will, die im Abwägen und Durcharbeiten aller Chancen und Risiken liegt, so wirft man den Erfolg von vorneherein weg.

Ganz system- und anspruchslos, mögen nun einzelne Punkte herausgegriffen werden.

1. Die Politik der Personen

Weil ein Erfolg nur möglich ist, wenn die leitenden Persönlichkeiten und ihre Mitarbeiter sich mit der äussersten Energie dafür einsetzen, so gewinnen Personenfragen eine Bedeutung, die ihnen in ruhigen Zeiten nicht zukommen würde. Der Verfasser darf sich nicht erlauben, etwa Namen zu nennen, aber er möchte gewisse Grundsätze der Erwägung unterbreiten.

a) Das Kabinett

Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, dass bei österreichischen Regierungen der Misserfolg meist schon in dem Moment besiegelt ist, in dem das Kabinett zusammengesetzt ist. Der Ministerpräsident pflegt sich Herren, die er oft kaum kennt, die sich untereinander nicht kennen, die gar kein Interesse an seiner Politik nehmen, zusammenzusuchen, wie wenn es sich um das Personal eines Haushaltes handelt. Man braucht im gegenwärtigen Zeitpunkt nur wieder so vorzugehen, um sicher zu sein, dass der langen Reihe der Misserfolge ein weiterer hinzugefügt wird. Die stärkste Karte, die man überhaupt hat, ist ein kraft- und temperamentvolles Eintreten für bestimmte Ideen. Das können nur Leute, die ungefähr gleich fühlen und denken, die einander verstehen und entschlossen sind, miteinander zu stehen und zu fallen. Nur solche Leute sind von Wert auf der Ministerbahn³⁵. Des weiteren bieten sich folgende Gesichtspunkte dar: Im gegenwärtigen Zustand der Parteien dürfte es kaum möglich sein, Mitglieder des Abgeordnetenhaus in die Regierung aufzunehmen. Man würde sich dadurch kaum Unterstützung sichern, wohl aber Gegnerschaft zuziehen. Für einen gestopften Mund öffnen

³⁵ Offensichtlich ein Kopierfehler aus „Ministerbank“

sich fünfzig andere und nach österreichischem Gebrauch /4/ fühlt sich ja keine Partei dadurch, dass eines ihrer Mitglieder Minister ist, auch nur im geringsten verpflichtet, die Regierung zu unterstützen. Hingegen ist zu hoffen, dass ein Erfolg sehr bald eine Situation schaffen würde, in der Parlamentarisierung möglich wäre. Deshalb ist es wünschenswert einige Ressorts nur durch Leiter zu besetzen, die an den Ministerräten nicht teilnehmen und wieder in ihre frühere Stellung zurückkehren können, sowie man das wünscht. Übrigens übt die Tatsache, dass einige Portefeuilles frei sind, auf die Parteien einen Einfluss aus, den man schon oft nicht ohne Amusement konstatieren konnte, und den sich manche geschickte Politiker wie z. B. Baron Gautsch auch zunutze gemacht haben. Es kommt hinzu, dass anfangs in der schwierigen Zeit das Kabinett so klein wie möglich sein soll. Denn nur dann ist wirklich herzliches Einvernehmen und Promptheit möglich. Überflüssige Minister und Verlegenheitsbesetzungen sind eine Quelle der Schwäche. Ferner sind auch Beamte durch ihre ganze Vergangenheit und Stellung im Allgemeinen keine sehr wirksamen Minister. Auch höchste fachliche Tüchtigkeit für sich allein berechtigt noch nicht zu einem Sitz im Kabinett. Dazu ist immer vor allem der Wille und die Fähigkeit, den Ministerpräsidenten wirksam zu unterstützen, erforderlich. Und weil man ohnehin Ursache hat, einige Portefeuilles unbesetzt zu lassen, so kann man tüchtige Fachleute, die nicht mehr sind als das, auch sehr gut als Leiter dieser Portefeuilles unterbringen. Sachlich unbedingt nötig ist ein guter Minister des Innern und ein Finanzminister. Die Portefeuilles des Unterrichts, des Ackerbaues und der Landesverteidigung wären zweckmässigerweise an Herren zu geben, die den politischen Generalstab des Ministerpräsidenten bilden sollen. Nur diese fünf Ernennungen, zu denen noch der eine oder andere Minister ohne Portfeuille treten könnte, müssten sofort und definitiv vorgenommen werden. Eventuell noch die Ernennung eines Handelsministers, wenn man eine in jeder Beziehung geeignete Persönlichkeit hat. Aber alle anderen Portefeuilles könnten zunächst unbesetzt bleiben.

Es erübrigt noch die Frage nationaler Minister. Gleichgültig ob das Minister mit oder ohne Portfeuille sind. Es dürfte sich empfehlen, zunächst /5/ von solchen Ministern überhaupt abzusehen und den Standpunkt einzunehmen, dass man sofort, aber auch erst dann zur Ernennung solcher Minister schreiten werde, wenn die Parteien ihre Stellung zur Regierung präzisiert haben werden. Denn solche Minister würden in der ersten Zeit des Kampfes nur als nationale Spione wirken und möglicherweise Schwierigkeiten machen. Nur

bezüglich des polnischen Landsmannsministers ist die Frage zweifelhaft. Wenn es möglich ist, wäre es gut, wenn man auch ohne ihn auskommen könnte.

Die Liste jener fünf bis sechs Leute festzustellen, ist eine der ersten Aufgaben. Sie sollten schon lange ehe sie sich auf der Regierungsbank und im Ministerrat finden, ein unoffizielles Kabinett bilden, wie das in England üblich ist. Zwischen ihnen muss unbedingtes Vertrauen herrschen. Sie müssen unverbraucht und *vif*³⁶ sein. Eine der schwierigsten Aufgaben ist es dann, ihre Ernennung durchzusetzen und zu verhindern, dass auf allerhöchsten Wunsch ein fremdes, möglicherweise sehr störendes Element in ihren Kreis genommen werden muss, wie seinerzeit der Baron Holzegethan in das Ministerium Hohenwart, an dem Graf Hohenwart denn auch wirklich gescheitert ist.

b) Das Personal der Ministerien

Der Verfasser hat den Eindruck, dass in jenen Ministerien, die die schwierigsten fachlichen Aufgaben zu lösen haben werden, besonders im Ministerium des Innern und dem der Finanzen die Qualität des Beamtenstabes unzulänglich ist. Es ist schwierig und es wird besonderer Darlegung an allerhöchster Stelle und einer besonderen daraufhin erteilten Vollmacht bedürfen, die nötigen Veränderungen durchzuführen. Aber die Leute, die man braucht, sind vorhanden. Es kann z. B. im Finanzministerium innerhalb weniger Tage alles, worauf es zunächst ankommt, mit erstklassigen Kräften besetzt werden. Diejenigen, die dadurch ausgeschifft werden, kann man im Verwaltungsrechtshof, in den Rechnungshöfen und in zahllosen anderen Positionen schmerzlos unterbringen, wenn auch in manchen Fällen die einfache Pensionierung das Richtige sein wird. Auch wird man dann den unermesslichen Vorteil erzielen, dass die Beamten der Ministerien ihre Karriere von Brauchbarkeit abhängig wissen, so dass möglicherweise ein ganz anderer /6/ Ton in die Bureaux einziehen wird. Nur bedarf das eines Entschlusses und jeder der in Aussicht genommenen Ressortminister muss Zeit haben, sich seinerseits eine Liste von Leuten zusammenzustellen, mit denen er arbeiten zu können hofft.

c) Die politische Verwaltung

Jeder, der das Vergnügen hat, mit den leitenden Persönlichkeiten der politischen Verwaltung in den Provinzen zu verkehren, hat wohl die Wahrnehmung gemacht, dass die

³⁶ d. h. etwa: fit

Statthalter mit einer Art amüsiertes³⁷ Indifferenz den Schwierigkeiten und Klemmen der Minister zusehen. Sie haben nicht das geringste Gefühl dafür, dass sie die politischen Armeekommandanten für das Ministerium sind und dass ihnen dessen Schicksal nicht gleichgültig sein darf. Wenn das weiterhin so bleibt, ist ein Misserfolg nicht nur zu befürchten, sondern man kann sogar angeben, an welchem Punkt er eintreten muss: Nämlich bei den Neuwahlen. Deshalb wird der künftige Ministerpräsident und sein Minister des Innern sich vor allem der Statthalter versichern bzw. über die Leute klar werden müssen, die sie an ihre Stelle setzen wollen. Sie alle müssen, wenn auch in geringerem Mass wie die Minister sich mit der Politik des Kabinettschefs identifizieren und geeignet sein, diese Übereinstimmung in geschickte Wahlmache umzusetzen. Das gilt dann weiterhin ganz ebenso für die Statthaltereivizepräsidenten und die Bezirkshauptleute. Es ist nun ein grosses Stück Arbeit, sich eine Übersicht über alle diese Herren und das, was man mit ihnen beginnen kann, sowie über den eventuellen Ersatz zu verschaffen, zumal das höchst diskret geschehen muss. Aber es ist das eine Aufgabe, deren Unterlassung sich schwer rächen würde. Am besten wird für die Frage ein spezielles Komité zusammengesetzt.

Die Regierung bedarf zu ihrem Erfolg der Unterstützung oder wenigstens der Neutralität einer Reihe anderer Gruppen und Persönlichkeiten. So am Hofe, in der Kirche, im Grossgrundbesitz, in der haute finance und unter den Machthabern der Presse. Vielen dieser Gruppen und Persönlichkeiten hat sie ja sehr viel zu bieten. Was die Einzelnen wollen und was dafür von ihnen zu /7/ erwarten ist, ihre Bedeutung und ihre konkreten Verhältnisse alles das muss tunlichst systematisch zusammengestellt werden. Das mag befremdend klingen, doch kann nur so die Summe aller der kleinen Schwierigkeiten vermindert werden, aus denen oft das hervorgeht, was sich als populärer Sturm oder ungünstige Abstimmung herauskristallisiert.

2. Die Presse

Es liegt mir fern, dem erfahrenen Mann vorgreifen zu wollen, der unsere unübertreffliche Autorität in diesen wie vielen anderen Dingen ist. Nur um ihn zu veranlassen, seine Anschauungen zu entwickeln, sei das Folgende vorgebracht. Die Regierung muss die Presse im Zügel haben noch ehe ihr Chef seine Programmrede gehalten

³⁷ In der Vorlage: amüsierter

hat. Denn von der Beherrschung der öffentlichen Meinung kann es abhängen, ob diese Programmrede sofort einen Erfolg in der Öffentlichkeit hat oder einen Sturm hervorruft. In dieser Beziehung sei auf das warnende Beispiel des Grafen Badeni hingewiesen. Graf Badeni hat eher er seine Sprachenverordnung herausgab, mit allen möglichen deutschen Politikern Fühlung genommen. Dabei hat er gefunden, dass die Leute ja erstaunlich reasonable seien. Vielleicht hat ihn der eine oder andere sogar zur Erlassung dieser Verordnung ermuntert und doch brach sofort der bekannte Sturm aus und die allgemässigten Deutschen wurden im Widerspruch zu ihrem klaren Wort von ihren Wählern zur Obstruktion getrieben. Das war nur möglich, weil er die Presse nicht in der Hand hatte. Deshalb konnte sich die Erregung, die anfangs auf ein paar „Hotspurs“ beschränkt war, wie ein Lauffeuer durch die Provinzen verbreiten. In solchen Situationen kommt alles auf den ersten Impuls an, der der fluktuierenden Öffentlichkeit gegeben wird. Und dieses Impulses muss man sicher sein. Man kann in dieser Beziehung die Blätter in drei Kategorien einteilen. da gibt es erstens solche, die „zu haben“ sind. Die muss man kennen und entsprechend instruieren. Zweitens gibt es solche, die nicht einfach zur Verfügung stehen, die man aber /8/ gewinnen kann. Das sind vor allem die grossen Blätter der Zeitungstrusts, mit deren Machthabern man eben wo möglich auf gutem Fusse leben muss. Andere Organe die keinem der gewöhnlichen Mittel zugänglich sind, können oft schon dadurch gewonnen werden, dass der Ministerpräsident mit den Herausgebern in der Weise spricht, für die ein Journalistenherz so empfänglich ist. Drittens endlich gibt es Blätter, die nicht zu gewinnen sind. Keine Macht der Erde kann etwa aus der Ostdeutschen Rundschau ein Organ der Idee des böhmischen Staatsrechts machen. Hier sind Mittel anderer Kategorie nötig. Im äussersten Falle, obgleich man sonst alles vermeiden muss, was einem Zwang ähnlich sieht, das Einstellen. Näher liegt das Gründen von Konkurrenzunternehmen und anderes. Auch kann unter Umständen ein sozialistischer Haufe die Arbeit der Regierung tun.

Doch ist es mit allem dem noch nicht getan. Es muss die Regierung dafür sorgen, dass ausreichend viele und ausreichend gute Artikel direkt von ihr inspiriert werden. Auch das müsste vorbereitet werden. Wenn es aber geschieht, wird die Regierung ganz andere Figur machen als man das von österreichischen Regierungen gewohnt ist.

3) Die Neuwahlen

Im Kreise, für den diese Noten bestimmt sind, herrscht Übereinstimmung darüber, dass keine Regierung wirklich Autorität haben kann, wenn sie es nicht wagt, mit Neuwahlen zu drohen. Der Umstand, dass das Abgeordnetenhaus einen solchen Mut der Regierung nicht zutraut, erklärt die Art, wie es mit ihr umgeht. Ein Blick auf die Verhältnisse zeigt, dass hier eines der wichtigsten Machtmittel der Regierung fehlt. Man muss daher, sowie man das Programm vorgetragen hat, hinzufügen: „Die Regierung erwartet von der Weisheit des Hauses Mitarbeit an der grossen Aufgabe. Sie ist entschlossen, kein verfassungswidriges Mittel anzuwenden. Sie besteht aus Männern, die mit ihrer ganzen Überzeugung auf dem Boden parlamentarischer Institutionen stehen und die zur Zeit des Absolutismus unermüdlich für die Einberufung des Parlaments eingetreten sind. Aber eben deshalb hat sie die Pflicht, das Par/9/lament zu retten vor dem Versinken in die Jämmerlichkeit der nationalistischen Spielereien, die allen Sinn verloren haben. Und wenn sie sich dazu auch keines verfassungswidrigen Mittels bedienen will, so ist sie doch entschlossen, sich aller verfassungsmässigen Mittel zu bedienen. Wenn daher jeder Versuch scheitern sollte, das gegenwärtige Haus zu ruhiger Arbeit an der Neuordnung Österreichs zu führen, so wird sie nicht zögern, das Haus aufzulösen und zu den Völkern Österreichs zu sprechen.“ Von einer solchen Erklärung kann man eine ernüchternde Wirkung erwarten. Wenn namentlich die Presse gleichzeitig den richtigen Ton anschlägt, so ist es immerhin möglich, dass das Haus funktionsfähig bleibt. Allein es wäre zugleich frivol und ungeschickt, eine Drohung auszusprechen, die man nicht wahr machen will oder kann. Deshalb erhebt sich nun die Frage zuerst nach der Möglichkeit und der Art und sodann nach den Chancen der Neuwahlen.

Was den ersten Punkt betrifft, so schliesst zunächst das Wahlgesetz Leute in aktivem militärischen Dienst vom aktivem und passivem Wahlrecht aus. Wenn man also nach dem Buchstaben des Gesetzes verfährt, so würden sämtlichen Truppen von der Ausübung des Wahlrechtes ausgeschlossen, wozu ich allerdings gleich bemerke, dass man natürlich umfangreiche Beurlaubungen verlässlicher Leute vornehmen müsste. Eine andere Möglichkeit wäre es, wenn man die Wahl auf mehrere Monate ausdehnen würde, während welcher die Truppen abwechselnd zurückkommen könnten. Schon das wäre nichts strikt gesetzmässig und abgesehen davon auch kaum empfehlenswert, weil es sehr viel schwerer

ist, die Stimmung durch drei Monate zu beherrschen als durch eine Woche. Man könnte auch daran denken, die Truppen im Schützengraben wählen und ihre Wahlzettel einfach einsenden zu lassen. Auch das gibt es nach dem Gesetze nicht. Aber man könnte da sehr wohl sagen, dass das Gesetz nicht an den Fall eines Weltkrieges gedacht hat. Endlich könnten die Truppen noch zu besonderen Wahlkörpern formiert werden. Wogegen allerdings sehr Vieles spricht. Im ganzen muss der Verfasser gestehen, dass er dafür wäre, die Truppen auszuschliessen. Dafür sprechen die folgenden Gründe: Erstens /10/ bleibt man damit dem Buchstaben des Gesetzes treu. Das ist kein entscheidender Vorteil aber es ist eine Vorteil. Gerade Gesetzesverletzungen im Kleinen sind politisch besonders unzweckmässig, weil sie ohne viel zu erreichen dennoch genau dieselbe Gegnerschaft auslösen wie grosse. Zweitens kann man dem³⁸ Vorwurf, man habe die Kämpfer ihres Rechts beraubt, leicht entgegen: "Wir wollen die Leute aus den Schützengräben befreien und ihr fragt uns, warum wir sie nicht um ihre Zustimmung gefragt haben!" Drittens sind manche radikalen Elemente durch die Einberufung besonders geschwächt. Dieser Punkt bedürfte allerdings besonderer Untersuchung. Man muss auch untersuchen, wie es z. B. wirken würde, wenn man die älteren Jahrgänge beurlauben würde usw. Viertens vermeidet dieser Modus alle Beunruhigung der Disziplin, die mit der Wahl verbunden wäre.

Noch wichtiger als die Frage der juristischen Möglichkeit ist die Frage der Chancen einer Neuwahl. Man darf sich dabei nicht verhehlen, dass zum Teil ja sogar gefördert durch die Politik der Militärverwaltung die nationalen Adverbitäten sich noch verschlimmert haben. Dass jetzt eigentlicher Hass in Kreise gedrungen ist, die früher davon unberührt waren. Ich halte davon nicht allzuviel und meine, dass das vor einem Jahr ernster gewesen wäre als heute und das heute die Leute der nationalen Schlagworte etwas müder geworden sind. Aber trotzdem muss man mit diesem Moment rechnen. Die einzige Antwort also, die man auf diese Frage geben kann, dürfte die sein: es kommt alles auf die Art an, wie die Sache gemacht wird. Würde man nichts tun als auflösen und den Dingen ihren Lauf lassen, so würde das Haus, das da hervorgehen würde, vielleicht noch radikaler sein als das gegenwärtige. Bricht man aber mit der Tradition, versteht man es, Presse und Verwaltung zu beherrschen, setzen sich alle Minister und ihre Mitarbeiter in öffentlichen Reden bis zum Äussersten ein; sieht man darauf, dass bei der Auflösung recht viele populäre

³⁸ In der Vorlage: den

Gesetzentwürfe unerledigt seien, so dass dem Hause die Schuld zufällt, eine wohlmeinende Regierung an ihren beabsichtigten Wohltaten gehindert zu haben; stellt man die ganze Politik der Regierung unter die leitende Idee, die jetzt allmächtig ist, die Idee des Friedens, weiss /11/ man dem Arbeiter zu sagen, dass die Gegner der Regierung Intellektuelle und Bourgeois sind, die Krieg und nationalen Hader perpetuieren möchten, um dadurch sozialen Fortschritt zu verhindern, und den Bauern die Überzeugung beizubringen, dass die Niederlage der Regierung den Verlust der letzten Kuh bedeutet u. dgl. mehr, kann man endlich die aktive Hilfe der Kirche gewinnen – so dürfte ein Erfolg wahrscheinlich sein. Diesen Erfolg stellt sich der Verfasser in der folgenden Weise vor: Es dürfte möglich sein, in einer Anzahl von Wahlkreisen unbedingte Anhänger der Regierung durchzubringen, die etwa unter dem Namen „Friedenspartei“ einen besonderen Klub gründen könnten. Es dürfte weiter möglich sein, den agrarischen Flügel der christlich-sozialen abzusprengen und mit der Friedenspartei zu koalieren. Man darf vielleicht annehmen, dass diese beiden Gruppen 70 deutsche Stimmen ausmachen würden. Rechnet man dazu die Ukrainer mit 27, die Wilden mit 6, die Rumänen mit 5, die Italiener mit 14, die Tschechen mit 94, die Südslawen mit 31 Stimmen, so hätte man 247 Stimmen, denen 100 deutschnationale und christlich-soziale, 77 Polen und 41 Deutsche Sozialdemokraten gegenüberstünden. Wenn das erreicht wäre, so wäre der tatsächliche Erfolg noch viel grösser, als das Verhältnis von 247: 218 anzeigt. Denn es muss jede Regierung, die eine kräftige Stellung einnehmen will, ohne [die]³⁹ polnischen und sozialistischen Stimmen auskommen können. Aber wenn sie das kann, sind sowohl Polen wie Sozialisten wahrscheinlich zu haben. Gewiss darf dieser Rechnung nicht vertraut werden. Es wird sicher einen radikalen Flügel der Čechen geben, der nicht mittut. Man wird vielleicht auch die Italiener nicht gewinnen können. Aber dennoch wäre die Basis für eine starke und vor allem verlässliche Gefolgschaft⁴⁰ der Regierung vorhanden. Auch wenn man sich nicht in Polen, was äusserstenfalls geboten und möglich wäre, der Mittel der Militärverwaltung bedienen würde.

Natürlich ist das nur eine Schätzung, die zur Kritik einladen soll. Vor allem aber bitte ich zu berücksichtigen, an welche lange Reihe von Voraussetzungen die Prognose dieses Erfolges geknüpft ist. Erfüllt man jene Voraussetzungen nicht, kann man auch von Neuwahlen nichts erwarten. /12/ Über einzelne Punkte wird noch gesprochen werden.

³⁹ In der Vorlage:den

4. Die Friedensdeklaration

Schon für den Zweck von Neuwahlen, aber auch für die allgemeine Stellung der Regierung in der öffentlichen Meinung dürfte ein energisches Bekenntnis zum Frieden unentbehrlich sein. Denn keine Regierung kann den Völkern imponieren, ihr Interesse und ihre Liebe gewinnen, wenn die Massen der Arbeiter und Bauern nicht überzeugt sind, dass sie für den Frieden etwas tun kann und etwas tun will. Auch im gegenwärtigen Parlament dürfte ihr das, wie nichts anderes Prestige sichern. Jeder Abgeordnete und jede Zeitung würde dann und nur dann wissen, dass sie etwas riskiert, wenn er oder sie einer Regierung entgegentritt, die Österreich zum Frieden führen will. Allein die Schlagworte, die man vor sechs Monaten mit Wirksamkeit hätte benutzen können, sind heute abgebraucht. Es bleibt kaum mehr etwas übrig als: das Eintreten für internationale Friedensgarantien, für vertragsmässige Rüstungsbeschränkungen, für baldigen Waffenstillstand und, so unangenehm das werden kann, für das Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker[,] das man freilich im Sinne einer Berücksichtigung ihrer Lebensinteressen interpretieren muss.

Nun ist aber eine solche Friedensdeklaration eine ausserordentliche Belastungsprobe für das Ministerium. Die geringste Schwierigkeit ist noch die, dass der Regierung ein Minister des Äusseren fehlt, denn sie hat ja verfassungsmässigen Einfluss auf die Führung der äusseren Angelegenheiten und sie kann sehr wohl sagen, in welcher Richtung sie diesen Einfluss geltend machen wird. Dabei kann ja hinzugefügt werden, dass man sich bewusst ist, durch die Verpflichtung gegenüber Ungarn und gegenüber dem Deutschen Reiche wesentlich eingeschränkt zu sein. Aber viel sicher ist die Tatsache, dass man dadurch in einen Konflikt mit dem Grafen Czernin geraten wird und es erhebt sich die Frage, ob man das kann und mit welchen Mitteln in diesem Konflikt zu reussieren hofft. Selbstverständlich geht /13/ das nur mit voller Zustimmung des Allerhöchsten Herrn, die wohl nur zu gewinnen wäre, wenn ihm die Überzeugung beigebracht werden könnte, dass die österreichische Regierung das geeignete Organ seiner persönlichen wahren Intention ist und nichts anderes sein will. Ungarische Einsprüche wären nur bei Hof eine Schwierigkeit. In der österreichischen Öffentlichkeit würden sie die Stellung der Regierung nur befestigen.

⁴⁰ Das Wort „Gefolgschaft“ ist von dritter Hand an die Stelle des ursprünglichen Wortes „Position“ gesetzt worden.

5. Zum Inhalt des Nationalitätenprogramms

Es ist selbstverständlich, dass die Grundgedanken föderativer Organisation, die in früheren Memoranden unterbreitet wurden, in der Richtung [des] österreichischen Konservatismus liegen. Aber es ist ebenso selbstverständlich, dass sie in moderne demokratische Phraseologie gekleidet werden müssen. Insbesondere erfordert die Aufgabe, irgend ein Entgegenkommen gegenüber dem böhmischen Staatsrecht zu formulieren, den höchsten Takt. Denn einerseits sind für die Čechen und überhaupt für alle Konservative die alten historischen Assotiationen durchaus entbehrlich. Andererseits richtet sich gerade gegen sie die Phraseologie der Gegner, die sich ganz besonders auf die Ablehnung eben dieser Assotiationen festgelegt haben. Dabei ist ein Punkt ganz besonders zu berücksichtigen. Die Sozialdemokratie muss, wenn anders sie nicht all ihren Grundsätzen untreu werden will, an jeder Aktion nationaler Verständigung mitarbeiten. Mit Rücksicht auf nationale Strömungen im Elektorat würde die deutsche Sozialdemokratie aber jeden Vorwand mit Freuden ergreifen, der ihr das ersparen würde. Insbesondere zeugen die Reden der offiziellen Parteiführer bezeichnenderweise jetzt, wo das böhmische Staatsrecht in der Luft liegt, schon eine Tendenz in dieser Richtung: Immer wieder wird betont, die Sozialdemokratie habe gar kein Verständnis für den „staatsrechtlichen Fetisch“ oder für „antiquarische Spielereien“. Deshalb wird es notwendig sein, die alte Stute zu satteln, welche „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ heisst⁴¹ und jedes Entgegenkommen gegenüber dem Wunsch nach staatsähnlicher Existenz bei den Čechen /14/ unter diesen Gesichtspunkt zu stellen.

Von polnischen und italienischen Problemen soll für den Augenblick abgesehen werden. Das polnische Problem kann wirklich nur je nach der Situation gelöst werden. Und das unsichere Schicksal der austro-polnischen Lösung kann wohl zu den ernstesten Besorgnissen Anlass geben, denn ein selbständiges Polen, das nicht mit Österreich verbunden ist, kann Galizien unhaltbar machen und nach welcher Richtung die polnischen Verhältnisse gravitieren werden, kann augenblicklich niemand voraussehen. Das italienische Problem wäre an sich das leichteste von allen; Südtirol könnte ohne weiteres als selbständige Provinz konstituiert werden. Die Schärfe der Sprachgrenze macht das sehr leicht. Die Ladiner könnten sich nach Belieben einer italienischen oder anderen Provinz

⁴¹ Die Vorlage hat hier ein Satzende und behandelt das folgende *und* als Satzanfang. Offensichtlich ein Kopierfehler.

anschiessen. Die Italiener in Istrien und Dalmatien können keinesfalls gerettet werden. Allein es ist durchaus fraglich, ob diese Lösung aus aussenpolitischen Gründen möglich sein wird.

Im übrigen ist die Situation durchaus zwingend. Man kann nicht anders als den Ländern der Wenzelskrone jene Stellung geben, die in den Fundamentalartikeln enthalten ist. Ja, man muss sogar noch weiter gehen. Die erste Frage, die sich nun dieser Lösung gegenüber ergibt, ist die Stellung Deutsch-Böhmens. An sich läge es nahe, Deutsch-Böhmen in eine Beziehung zu den übrigen deutschen Ländern Österreichs zu bringen. Der Umstand, dass Deutsch-Böhmen mit diesen nicht zusammenhängt, wäre an sich nicht entscheidend. Aber viel wichtiger ist die Einwendung, dass dafür die Zustimmung der Čechen nicht zu gewinnen sein wird. Dann bleiben nur zwei andere Wege. Entweder man kann eine besondere deutsche Kurie im böhmischen Reichstag konstituieren, die in gewissen Dingen vor Majorisierung gesichert sein muss. Dazu käme die Konstituierung rein deutscher Kreise. Allein das würde die Reibungsflächen ausserordentlich ausdehnen. Oder man kann eine besondere deutsche Provinz mit der Hauptstadt Reichenberg und einem besonderen Landtag konstituieren, die allerdings staatsrechtlich unter der Wenzelskrone stünde aber so autonom wäre, dass diese Unterordnung kaum mehr bedeuten würde, als eine Form. Da die Konstituierung einer besonderen Provinz Deutschböhmen ohnehin zu einer Forderung der Deutschen erwachsen ist, so würde hier die Gelegenheit geboten, den Deutschen eine Kompensation zu gewähren, mit der sie zufrieden sein könnten und wohl auch würden. Wenn diese Provinz alle Aufgaben des Unterrichts, der Landeskultur, der Sozialpolitik, der Rechtspflege und ein weitgehendes Besteuerungsrecht übertragen erhielte, so werden sich die Wogen nationaler Erbitterung beruhigen. Die Fragen der nationalen Minoritäten im Gebiet der anderen Nation müssten durch eine Übereinkunft geregelt werden, über die der noch zu erwähnende Reichsgerichtshof zu wachen hätte. Zur Entscheidung gemeinsamer Fragen des gesamten Königreichs müssten von beiden Teilen Deputationen bestellt werden[,] die wohl nur in ähnlicher Weise verhandeln können, wie heute die Delegationen. Die Abgrenzung dieser Provinz kann nur nach den Wünschen der Bevölkerung geschehen, wobei allerdings an dem Grundsatz festzuhalten ist, dass dadurch nur ein geographisch zusammenhängendes Gebiet geschaffen werden darf. Die

Sprachinseln anzuschliessen, wäre an sich sehr wünschenswert, dürfte aber kaum durchführbar sein.

Die zweite Frage betrifft den Umfang der böhmischen Selbständigkeit. Wenn man wirklich Erfolg haben und den Völkern wirklich etwas bieten will, was sie dauernd befriedigen kann, so muss man sich auf den Standpunkt stellen, dass man tatsächlich ein Gebilde von selbständiger rechtlicher Existenz schaffen will, dass nur mit dem anderen Teil Cisleithaniens zum Zwecke des Schutzes und des gemeinsamen Auftretens nach Aussen ein Bund eingeht. Die gewährte Selbständigkeit muss mit dieser Idee kompatibel sein. Daraus, dass man unbedingt und grundsätzlich nur an der Gemeinsamkeit der Armee – inklusive Landwehr – und der äusseren Politik – inklusive Zollpolitik – festhalten muss. Wohl besteht auch darüber hinaus ein Bedürfnis nach manchen Gemeinsamkeiten. Aber das ist ein Bedürfnis der Völker oder des Verkehrs und nicht ein Bedürfnis des Staates. Die Völker werden sich gerade umso eher, je weniger man von Staats wegen⁴² darauf besteht, darüber von selbst verständigen. Und selbst wenn das nicht geschehen sollte, so wäre Rechtsverschiedenheit, Gründung einer selbständigen Notenbank und ähnliches noch lange kein Unglück. /16/ Deshalb kann und muss die Regierung davon absehen, sich über die Armee und die äussere Politik hinaus für eine Gesamtheit zu exponieren, die gerade dann ehesten emporwachsen wird, wenn die Regierung so verfährt und wenn man dem böhmischen Volk das Bewusstsein lässt, dass es bei einer eventuellen Ausdehnung der gemeinsamen Angelegenheiten nichts anderes tue, als was auch ein ganz souveräner Staat tun kann. Die Verbrauchsteuergesetzgebung sollte allerdings der Zentralgewalt reserviert werden, aber nur aus Gründen finanzieller Zweckmässigkeit, nicht aber „prinzipiell“.

Die dritte Frage betrifft die Organisation des Königreiches. Seine Verwaltung muss von einem dem böhmischen Reichstag verantwortlichen Ministerium geleitet werden, dem nur der Minister des Äusseren und der des Krieges bzw. der Landesverteidigung fehlt. Ein solches selbständiges Ministerium ist unbedingt notwendig, und würde eine ungeheure Bedeutung für das Gefühl des böhmischen Volkes haben. Manche viel grössere Konzession würde nicht so gut wirken, wie das Bewusstsein, dass man nun ein eigenes Ministerium hat. Natürlich ergibt sich aber das Problem, dieses Ministerium in den Einflusskreis der Zentralregierung zu rücken. Sonst wäre der ganze Zusammenhang zwischen

⁴² In der Vorlage: von Staatswegen

Zentralregierung und Bevölkerung unterbrochen. Der Verfasser erlaubt sich, den folgenden Modus vorzuschlagen: Die tschechischen Minister sind vom Kaiser zu ernennen, aber auf Vorschlag eines Würdenträgers, der böhmischer Hofkanzler heissen könnte und Mitglied der Zentralregierung wäre, also ein Minister des Zentralkabinetts wie alle anderen und als solcher dem cisleithanischen Ministerpräsidenten unterstellt. Sowohl für den böhmischen Reichstag wie den deutsch-böhmischen Provinziallandtag empfiehlt sich das Zweikammersystem.

Ganz anders dürfte die Lösung des südslawischen Problems anzufassen sein. Aus den im letzten Memorandum angedeuteten Gründen soll sich die Lösung ausdrücklich als provisorisch geben. Sie soll einen ersten Anfang machen, aus dem sich eine Gestaltung in der Richtung trialistischer Gedanken in späterer Zukunft organisch entwickeln soll. Es handelt sich daher zunächst nur darum, alle Südslawen Cisleithaniens in einem besonderen Verwaltungsgebiet zu vereinen. Dieses Verwaltungsgebiet soll „Kulturautonomie“ haben d.h. sein Unter/17/richtswesen, seine Rechtspflege und soziale Fürsorge nach Gefallen regeln können. Dazu muss es auch eine autonome Steuergewalt haben, die aber nur in ähnlicher Weise wie heute die Steuergewalt der Länder neben die des Reiches treten soll. Das Gebiet müsste einen einheitlichen Landtag haben, wodurch aber die Existenz von Landtagen für Teilgebiete nicht ausgeschlossen würde. In dieser Beziehung kann man wirklich das Schlagwort von der „Selbstbestimmung“ zur Wahrheit machen und es den Leuten ganz überlassen, ob sie etwa ein slowenisches oder kroatisches Sondergebiet konstituieren wollen oder nicht. Das gesamte südslawische Gebiet müsste von einem Statthalter verwaltet werden, der sich in seiner rechtlichen Stellung durch nichts von einem der heutigen Statthalter unterscheiden würde. Höchstens könnte er, um dem Dualismus zwischen Staatsverwaltung und autonomer Verwaltung auch hier ein Ende zu machen, in autonomen Angelegenheiten dem Landtag verantwortlich sein. Die ganze Organisation ist ähnlich zu denken wie die von Kroatien und Slowenien. Und dafür würden die Deutschen zu haben sein. Sie hätten nichts zu entgegnen auf das Argument: „Wir können unsere Südslawen doch nicht schlechter behandeln als es die Ungarn tun.“ Die 40 000 Deutschen in Krain, die 200 000 Deutschen in Südsteiermark und ähnliche Inseln können keinen Grund bilden, die wertlose Kronlandsaufteilung aufrecht zu erhalten. Für sie kann vertragsmässige Vorsorge getroffen werden. Und ebenso lässt sich leicht eine Formel

finden, die der absurden Befürchtung der Deutschen den Boden entzieht, dass sie von Triest abgeschnitten werden könnten.

Auch die deutschen Kronländer würden in eine Gesamtheit zusammengefasst, die einen Generallandtag haben müsste und an deren Spitze ein Statthalter stünde, der ebenso wie der südslawische Mitglied des Kabinetts sein könnte, wenn er auch nur gelegentlich bei dessen Beratungen erscheinen würde. Auch hier ist das Fortbestehen von provinziellen Zusammenschlüssen dort, wo sie den Wünschen der Bevölkerung entsprechen, nicht ausgeschlossen. So würde z.B. wohl Tirol immer eine Sonderstellung wünschen, die es auch haben könnte, wenn es für die Kosten aufkommt. Auch für den südslawischen und deutschen Generallandtag ist das Zweikammersystem dringend wünschenswert. Besonders dann, wenn /18/ sich die Demokratisierung der Landtagswahlen nicht verhindern lässt. Wenn alle Staaten der nordamerikanischen Union ihre Senate haben, so kann dasselbe auch bei uns nicht unmöglich sein.

Die zentrale Autorität Cisleithaniens könnte man sich wohl als eine Art „Bundesregierung“ denken. Es würde jedoch die Stellung der Zentralregierung wesentlich stärken, wenn das Zentralministerium zugleich auch das Ministerium des deutschen und südslawischen Gebietes wäre. Zu seinen Funktionen wird ferner die Summe aller jener Agenden hinzutreten, die sich aus der freiwilligen Kooperation der Sondergebiete ergeben werden. Diesem Ministerium muss nun ein Vertretungskörper gegenüberstehen. Nicht nur der strengen Logik, sondern auch den Anschauungen vieler konservativer Politiker würde es entsprechen, diesen Vertretungskörper als einen „Delegiertenkongress“ zu konstruieren, dem ein „Reichssenat“ zur Seite stünde. Aber unzweifelhaft wäre es der Position der Zentralregierung zuträglich, wenn man unser Herrenhaus sowie ein aus direkten Wahlen nach dem allgemeinen Wahlrecht hervorgehendes Zentralparlament beibehalten würde. Die böhmischen Abgeordneten würden an dessen Beratungen allerdings nur dann teilnehmen können, wenn Reichsangelegenheiten verhandelt werden.

Eine spezielle Frage ist, ob nicht eine Wahlreform für dieses Zentralparlament in das Programm der Regierung aufgenommen werden soll. Es handelt sich da um das Proportionalwahlrecht und um die Basierung des Wahlvorganges auf einen nationalen Kataster. Die Entscheidung der Frage hängt lediglich von der zu erwartenden Wirkung ab. Es ist nämlich möglich, dass man mit dem Proportionalwahlrecht und dem National-

Kataster eine sehr demokratische Forderung erfüllt und im konservativen Sinn wirkt. Denn das Proportionalwahlrecht wird vor allem den politischen Einfluss der Intellektuellen vernichten, weshalb die Sache so erwägenswert ist.

Diese Neuorganisation wird eine Reihe von Staatsgrundgesetzen über Sprache, Minoritäten u.s.w. erfordern. Und es bedarf einer Instanz, die über diese Gesetze und die Einhaltung der Verträge zwischen den Gebieten wacht. Zu diesem Zweck eignet sich ein Reichsgerichts am besten, dem sich auch /18/ das Königreich Böhmen ohne allen Verlust an Würde oder Selbständigkeit fügen könnte. Denn darin läge nichts anderes, als in einer Unterordnung unter den Haager Schiedsgerichtshof. Die Zusammensetzung dieses Organs ist Nebensache doch würde nach Ansicht des Verfassers das Beste einfach einen Ausschuss des Herrenhauses zu einem solchen Reichsgerichtshof zu konstituieren.

Es ist wichtig, dass die zentrale Autorität finanziell auf eigenen Füßen stehe. Dieser Punkt scheint mir von solcher Bedeutung, dass in dieser Beziehung sogar eine Ausnahme von dem Prinzip der böhmischen Selbständigkeit gerechtfertigt wäre. Und zwar sollten, wie schon gesagt, dem Zentrum die indirekten Steuerquellen inklusive Monopole reserviert bleiben. Gleichheit des Verbrauchsteuersystems zieht ein Gebiet mit eisernen Klammern zusammen und schafft eine Gleichheit der Produktionsbedingungen, die ein Nährboden für Gemeinsamkeit in jeder Richtung ist. Alle direkten Steuern könnten und müssten den Einzelgebieten überlassen bleiben. Ungleichheit in dieser Beziehung wäre kein Nachteil sondern ein Vorteil. Die einzelnen Gebiete müssten nämlich auf die Verhältnisse aller anderen Gebiete Rücksicht nehmen, wenn sie nicht eine Auswanderung riskieren wollen und das würde ihren eventuellen Steuerradikalismus wirksam dämpfen. Übrigens kommt noch hinzu, dass es höchst zweckmässig ist, die indirekten Steuern der Zentralautorität zuzuweisen, weil das zentrale Parlament wahrscheinlich das demokratischste sein wird, während die Landtage der Einzelgebiete die über die indirekten Steuern zu entscheiden haben werden, konservativen Einflüssen viel zugänglicher bleiben dürfen.

Es hätte keinen Zweck, in diesem Augenblick weiter in Einzelheiten einzugehen. Erst wenn über die skizzierten Grundlinien entschieden sein wird, kann mit ihrer Ausarbeitung begonnen werden.

6. Die Methode

Es wäre der sachlich richtigen Behandlung aller der einzelnen Probleme nur förderlich, wenn die Neuorganisation Österreichs schrittweise durchgeführt werden könnte, zumal die Aktivierung der neuen Institutionen ja sicher eine Arbeit von Jahren ist. Aber dieser Weg scheint dem Verfasser politisch ungangbar zu sein, so dass nur der andere Weg bleibt: Proklamierung des Planes in seinem gesamten Umfang mit dem festen Entschluss, sich völlig für seine Realisierung einzusetzen. Folgende Gründe sprechen mit zwingendem Gewicht dafür: Erstens: Die kleinste Konzession in der Richtung einer Föderation würde von allen Parteien und der ganzen Öffentlichkeit genau so als Symptom eines weitgehenden Planes aufgefasst werden, wie seine offizielle Proklamierung. Man kann nicht etwa hoffen, dass die gegnerischen Parteien und Interessen bloss Verdacht schöpfen und unruhig werden, aber nicht energisch handeln würden. Ist überhaupt ein Sturm zu befürchten, so tritt er beim ersten Schritt genau so heftig auf, wie wenn man gleich den ganzen Weg sehen lässt, den man gehen will. Kleine Konzessionen erbittern genau so wie grosse, wie das Beispiel des Ministeriums Windischgrätz und jüngst der tragisch-komische Zwischenfall des Trautenauer Kreisgerichtes zeigt. Aber wir haben noch viel deutlichere Präzedenzfälle: Graf Badeni hat einen ersten Schritt zur Regelung der Sprachenfrage versucht. Die Konsequenz ist bekannt. Graf Hohenwart hat zuerst die polnische Frage erledigen wollen, ehe er seine Absichten über die böhmische kundtat. Das ist besonders interessant, weil die Bedeutung der galizischen Frage für das Cabinet Hohenwart ganz ähnlich war der Bedeutung der südslawischen Frage für ein modernes Ministerium. Graf Hohenwart brachte also seine grundsätzlichen Bestimmungen für das Königreich Galizien vor und holte sich sofort eine Niederlage, die das Prestige der Regierung schädigte. Und der Abgeordnete Sturm gab sofort am 7. Juni 1871 im Abgeordnetenhaus die Erklärung ab, dass es sich [für die]⁴³ Regierung mit dem vorgelegten Statut nur darum handelte, damit ein später für alle Länder anzupassendes Experiment zu machen.

Zweitens: Während man also nicht einen einzigen Gegner durch schrittweises Vorgehen besänftigen würde, so würde man dadurch die Reihen des ministeriellen Heeres zum Wanken bringen. Denn jeder erste Schritt muss nach irgend einer Richtung geschehen. Er muss z. B. den Südslawen entgegenkommen. Dann werden sofort die Čechen unruhig

⁴³ In der Vorlage: der

werden, da sie mit Recht befürchten müssen, dass das Ministerium etwa nur diesen Schritt vorwärts tun und daran zugrunde gehen /21/ kann, in welchem Falle die Situation leicht darauf hinauslaufen könnte, dass sich die Deutschen mit den Südslawen verständigen und die Čechen die Kosten tragen.

Drittens: Man muss damit rechnen, dass man beim ersten Schritt Konvulsionen im Abgeordnetenhaus hervorruft. Dann muss man auflösen. Und nur mit einem grossen Programm kann man mit Aussicht auf Erfolg vor das Elektorat treten. Dieses grosse Programm kann man aber nicht etwa erst in diesem Moment proklamieren, nachdem man vorher darüber geschwiegen hat. Denn es verliert allen Glanz, wenn man es dem Verdacht aussetzt, Produkt einer parlamentarischen Zwangslage zu sein.

Viertens: Das ganze Programm ist auch notwendig, wegen der Wirkung auf das Ausland. Nur wenn es ganz in die Öffentlichkeit tritt, kann es von den Westmächten als ein ernster Versuch den Beschwerden der Völker Rechnung zu tragen begrüsst werden. Nur dann kann sich in der ganzen Welt grossartig ausnehmen, was der Kaiser von Österreich bietet.

Fünftens: Jedes etappenweise Vorgehen sieht nach Ängstlichkeit und Unsicherheit aus. Die stärkste Karte aber, die man auszuspielen hat, ist politischer Mut.

Natürlich ist damit noch lange nicht über Einzelheiten des Vorgehens entschieden. Das wird auch davon abhängen, ob man in einem Augenblick ins Amt kommt, in dem man mehrere Monate vor sich hat, in denen weder da Budgetprovisorium noch sonstige befristete Vorlagen einzubringen sind, oder nicht. Wenn das nicht der Fall ist, so ist die Situation natürlich wesentlich schwieriger. Auch ist der Erfolg viel leichter, solange man den Wählern noch Friedenspolitik versprechen kann als wenn der Friede schon geschlossen ist. Doch muss das alles der Beurteilung der gegebenen Situation im entscheidenden Moment überlassen werden. Jedenfalls ist eine vorherige Verständigung mit den tschechischen und südslawischen Führern wünschenswert. Dabei muss man auch auf ein Bekenntnis zum Reichsgedanken und zur Dynastie dringen. Von allen diesen Umständen und insbesondere von der Lösung der letztgenannten Frage wird auch der Zeitpunkt der Krönung in Prag abhängen. Auch muss man sich vorher über die Grundsätze einig werden, die für die Übergangszeit zu gelten haben insbesondere /22/ mit Rücksicht auf die durch den Krieg geschaffene Finanzlage. Man kann es nicht riskieren, dass z.B. irgend ein Radikaler die

Verantwortung für die Staatsschuld ablehnt. Man kann auch nicht riskieren, dass z. B. die Krönung vor sich geht und die Leute dann erklären, dass sie sich dadurch in ihren Anschauungen durchaus nicht beeinflusst fühlen. Man muss ferner sicher sein, dass die autonomen Gebiete den vorhandenen Rechtszustand übernehmen. Denn obgleich sie ihn später innerhalb der Grenzen der Autonomie beliebig ändern können, so muss doch die Gefahr eines Chaos vermieden werden, das die Folge einer plötzlichen Änderung aller Gesetze sein müsste. Insbesondere muss den Verordnungen der absolutistischen Zeit ein gewisser Schutz zugesichert werden, wemgleich es der Popularität und dem Erfolg der Regierung förderlich sein wird, wenn sie soviel als möglich davon selbst aufgibt. Die Erfahrungen mit der Amnestie haben in dieser Beziehung Vorsicht gelehrt. Wenn es gelingt, auf diese Art die Zustimmung ausreichend mächtiger Gruppen zu gewinnen, so genügte die Grundsätze prinzipiell zu verkünden und damit [–] sei es im gegenwärtigen, sei es im neuen Parlament [–] zunächst eine Reihe von Staatsnotwendigkeiten zu erledigen, die einzelnen Organisationsgesetze aber erst nach und nach einzubringen. Überhaupt dürfte es sich empfehlen, zunächst nur die Grundlinien der künftigen Gestaltung Cisleithaniens festzulegen, die detaillierten Gesetzesvorlagen aber zurückzubehalten damit die Öffentlichkeit sie nicht zerpflücken kann. Denn weil zwischen der Programmrede des Ministerpräsidenten und der Beratung der einzelnen Gesetze notwendig einige Zeit verstreichen muss, so wären die Regierungsentwürfe unterdessen schutzlos exponiert und es würde manchen Dingen in der präzisen Fassung eines Gesetzesparagraphen der öffentliche Beifall versagt werden, der ihnen in der Form einer allgemeinen Proposition möglicherweise werden könnte. /23/

6. Nebenpunkte

Auch abgesehen von den finanzpolitischen Fragen und von dem Problem der handelspolitischen Beziehungen zum deutschen Reich gibt es noch eine ganze Reihe von Punkten, die für den Erfolg der Regierung von grösserer oder geringerer Bedeutung sind. In aller Kürze seien einige der wichtigsten angedeutet.

Erstens. Jede Regierung übernimmt vom gegenwärtigen régime verschiedene Erbschaften, die nicht gerade wünschenswert sind. Die versprochene Form des Gemeindewahlrechts ist die erste. Die dadurch provozierte Schwierigkeit ist umso

ärgerlicher als sie völlig überflüssig ist. Denn die Massen haben diese Reform ja gar nicht verlangt und würden einem refus sehr gleichgültig gegenübergestanden sein. Nun fragt es sich aber, was mit dem Versprechen zu geschehen hat. Das zweckmässigste dürfte sein, den Standpunkt einzunehmen, dass die Erledigung dieser Frage in den Bereich der autonomen Teilgebiete fallen werde und daher für die Regierung kein Anlass vorliege, Stellung zu nehmen. Wenn aber die Sozialisten damit nicht zufrieden sind, so hängt die Entscheidung davon ab, ob sie sich für das Regierungsprogramm erklären oder nicht. Im letzteren Fall ist ein glattes „Nein“ das einzig richtige. Im ersten muss sich die Regierung mit dem Versprechen identifizieren, wenn es geltend gemacht wird. Das zu verhindern, ist die Aufgabe. Die zweite unangenehme Erbschaft ist die sog. Frage der Justizgesetze. Hier kann man dem Herrenhause nicht zumuten, dass es der Regierung als Paravent dient. Es muss vielmehr degagiert werden. E empfiehlt sich daher, dass die Regierung selbst sich dem Standpunkt des Abgeordnetenhauses tunlichst nähert und sich so zum mindesten einen populären Erfolg sichert.

Zweitens. Die Behandlung der Ernährungsfrage ist eine der grössten Schwierigkeiten der Situation; denn es ist ganz klar, dass in den nächsten Monaten nichts geschehen kann, was die Lage wesentlich erleichtert und dass auch späterhin man kaum viel tun kann, ohne Eingriffe, die dem Rechtsempfinden des Bauern widersprechen und die Regierung seiner Unterstützung berauben. Darüber werden besondere Beratungen nötig sein. Es handelt sich da um eine Reihe von Massregeln, die nicht in Kürze zu schildern sind.⁴⁴

Drittens. Die Stellung zu Ungarn ist ein wesentliches Element des politischen /24/ Erfolges. Denn nichts ist so geeignet ein herzliches Einvernehmen mit den Abgeordneten herzustellen, und das Parlament zu einer würdigen Stellungnahme als Vertreter der Interessen Österreichs zu rallieren als ein fester Ton gegenüber den Ansprüchen und den Eingriffen Ungarns. Es ist zweifellos, dass der Dualismus zunächst aufrecht erhalten werden muss und ebenso zweifellos ist, dass Ungarn ein Recht hat, aus dem Titel der Neuorganisation Österreichs die Voraussetzungen des 1867er Ausgleichs für hinfällig zu erklären. Denn auch in seiner neuen Form bleibt Österreich dasselbe Rechtssubjekt wie früher. Aber wenn eine Regierung in Ungarn ans Ruder käme, die diese Grundlagen

⁴⁴ Der Satz wurde von dritter Hand in das Typoskript eingefügt.

prinzipiell bekämpfen sollte, so läge für Österreich gar kein Grund vor, dem entgegenzutreten oder gar dafür Opfer zu bringen. Im Gegenteil, eine Erschütterung des Dualismus würde nur eine Erleichterung der innenpolitischen Situation Österreichs bedeuten. Insbesondere gäben gewisse Taktfehler der ungarischen Regierung wie z. B. die Forderung nach strafrechtlicher Verfolgung antiungarischer Äusserungen in Österreich der österreichischen Regierung Gelegenheit zu einem wirksamen populären Auftreten. Dieses Moment kann bei Neuwahlen von sehr grosser Bedeutung sein. Nur setzt natürlich jedes Auspielen dieser Karte voraus, dass sowohl die Regierung wie die massgeblichen Hofkreise Nerven genug haben, um dem Sturm im Wasserglas, den das in Budapest haben kann, die Stirn zu bieten. Wie weit man da gehen kann, muss ebenfalls genau festgesetzt werden. Sehr wichtig sind in dieser Beziehung Aufklärungen über die tatsächlichen Tendenzen der ungarischen Politik an massgebender Stelle.

Viertens: Es gibt ferner eine Reihe von sozialpolitischen Vorlagen über die man verschieden denken kann, die aber sicher eine Funktion haben: Wenn man sie so einbringt, dass sie infolge der Auflösung des Hauses unerledigt bleiben, so bringen sie der Regierung Popularität und ihren Gegnern das Gegenteil davon. Es sind das hauptsächlich die Gesetzentwürfe über Arbeiterkammern, Jugendfürsorge, Sozialversicherung, Heimarbeit und Minimallohn. Der Standpunkt österreichischer Regierungen war sehr häufig und ist auch jetzt einfach der, solche Dinge an sich herankommen zu lassen, und dann hinzunehmen, wie sie eben dargeboten werden. So plant z.B. gegenwärtig die sozialistische Partei einen...⁴⁵

⁴⁵ Hier bricht das Typoskript ab.

Archivliste

Nachlass Graf Otto Harrach

Österreichisches Staatsarchiv Wien, Allgemeines Verwaltungsarchiv; Nottendorfer Gasse 2, A-1030
Wien

Internetadresse: <http://www.oesta.gv.at>

Nachlass Angelo von Eisner-Eisenhof

Österreichische Nationalbibliothek, Handschriftensammlung; Josefsplatz 1; A-1010 Wien

Internetadresse: <http://www.onb.ac.at>

Nachlass Bedřich und Vojtěch Schönborn

Státní ústřední archiv v Praze (Staatliches Zentralarchiv Prag); Archivní 4,
149 01 Praha 4 – Chodovec, Tschechische Republik

Internetadresse: <http://www.soapraha.cz>

Nachlass Jaroslav Goll

Státní ústřední archiv v Praze (Staatliches Zentralarchiv Prag); Archivní 4,
149 01 Praha 4 – Chodovec, Tschechische Republik

Internetadresse: <http://www.soapraha.cz>

Nachlass Fürst Friedrich Lobkowitz

Státní oblastní archiv Litomeřiče, pobočka Žitenice (Staatliches Gebietsarchiv, Arbeitsstelle
Žitenice) 411 41 Žitenice, Tschechische Republik

Internetadresse: <http://www.soalitomerice.cz/de/soalzit.htm>

* * * *

Den Herausgeber dieser Sammlung erreichen Sie unter: post@schumpeter.info

